



Plenarprotokoll

70. Sitzung

Freitag, 27. Januar 2012

Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus..... 5994

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Mittelstands..... 5995

Gesetzentwurf der Fraktionen von SSW und SPD
Drucksache 17/2183

Lars Harms [SSW]..... 5995, 6002
Johannes Callsen [CDU]..... 5996
Regina Poersch [SPD]..... 5997, 6002
Christopher Vogt [FDP]..... 5998
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 5999
Björn Thoroë [DIE LINKE]..... 6001

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr..... 6003

Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/2183 an den Wirtschaftsausschuss..... 6004

Gute Arbeit in der Wissenschaft - Verlässliche berufliche Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses in Schleswig-Holstein sicherstellen..... 6004

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/2186 (neu)

Björn Thoroë [DIE LINKE]..... 6005
Daniel Günther [CDU]..... 6006
Martin Habersaat [SPD]..... 6007

Kirstin Funke [FDP].....	6008	Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte - Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit.....	6032
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6008		
Anke Spoorendonk [SSW].....	6010	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	6011	Drucksache 17/2070	
Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6012	Antje Jansen [DIE LINKE].....	6032
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	6014	Hans-Jörn Arp [CDU].....	6033
Aufmarsch der Faschistinnen und Faschisten in Lübeck verbieten.....	6014	Wolfgang Baasch [SPD].....	6034
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Oliver Kumbartzky [FDP].....	6035
Drucksache 17/2154		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6036
Dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegensetzen.....	6014	Flemming Meyer [SSW].....	6037
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW		Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	6038
Drucksache 17/2216 (neu)		Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6039
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	6014, 6022	Beschluss: Ablehnung.....	6040
Werner Kalinka [CDU].....	6016	Defizite bei der Bildungsqualität abbauen - Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr.....	6040
Serpil Midyatli [SPD].....	6017	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW	
Gerrit Koch [FDP].....	6017	Drucksache 17/2156 (neu)	
Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6019	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	6041
Anke Spoorendonk [SSW].....	6020, 6025	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6045
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6022	Heike Franzen [CDU].....	6048, 6069
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6023	Martin Habersaat [SPD].....	6050
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	6025	Cornelia Conrad [FDP].....	6052
Peter Harry Carstensen [CDU].....	6026	Björn Thoroe [DIE LINKE].....	6054
Klaus Schlie, Innenminister.....	6027	Anke Spoorendonk [SSW].....	6055, 6068
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags		6057
Drucksache 17/2154 (neu)		Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6057
2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6058
Drucksache 17/2216 (neu).....	6031	Dr. Henning Höppner [SPD].....	6061
Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	6031	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	6063
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	6031	Wolfgang Kubicki [FDP].....	6064
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	6031	Werner Kalinka [CDU].....	6072
Dr. Axel Bernstein [CDU], zur Geschäftsordnung.....	6031	Günther Hildebrand [FDP].....	6072
		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6075

Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/2156 (neu) Nummer 1 mit der mündlichen Berichterstattung erledigt		Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss.....	6076
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/2156 (neu) Nummer 2 in namentlicher Abstimmung.....	6076	Bürokratie und Verwaltungsaufwand in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft	6076
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung eines Beteiligungs- und Kostenfolgeabschätzungsverfahrens nach Artikel 49 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (Konnexitätsausführungsgesetz - Konnexitäts-AusfG)	6076	Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1758	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2150		Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Drucksache 17/1987	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	6076	Detlef Buder [SPD], Berichterstatter.....	6077
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)	6076	Beschluss: Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 17/1758.....	6077
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2151		Illegale Drogen in Schleswig-Holstein	6077
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	6076	Bericht der Landesregierung Drucksache 17/2137	
Landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein	6076	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	6077
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2119		Sammeldrucksache über die Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	6077
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	6076	Drucksache 17/2198	
Landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein	6076	Beschluss: Annahme.....	6077
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2119			
Beschluss: Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/2119.....	6076		
ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern	6076		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2167			

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Erkrankt am heutigen Tag sind die Landtagsabgeordneten Klaus Klinckhamer, Birgit Herdejürgen, Dr. Marret Bohn, Ines Strehlau, Ranka Prante und Silke Hinrichsen. Wir wünschen ihnen von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt für den heutigen Tag ist der Abgeordnete Jürgen Weber.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen)

Wir gedenken heute der Opfer des Nationalsozialismus, der Millionen von Verfolgten, Verschleppten und Ermordeten der Jahre zwischen 1933 und 1945. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass wir zwar an Vergangenes erinnern, aber die ideologischen Grundlagen der NS-Schreckensherrschaft bis heute nicht ganz aus der Welt verschwunden sind.

Wir mussten im letzten Jahr erfahren, dass ein rechtsradikales Terrornetzwerk seit Jahren unbehelligt mitten unter uns Mitbürger hat ermorden können. Nach bisherigen Erkenntnissen fielen elf Menschen den heimtückischen Anschlägen zum Opfer. Beschämend war dabei nicht allein die Tatsache, dass viele Verantwortliche, die wachsam hätten sein sollen, die Gefahr nicht erkannten. Beschämend war auch der Umgang von Teilen der Öffentlichkeit mit den Opfern und ihren Angehörigen.

Die Ermordeten wurden allein aufgrund ihrer Herkunft zu Opfern der Terroristen, aber auch die herabwürdigende, kriminalisierende und unerträgliche Bezeichnung der Taten als „Dönermorde“ wurde aus dem gleichen Grund gewählt. Die Herkunft der Opfer führte zu Vorverurteilungen, die darin gipfelten, dass aus Opfern letztlich Mitschuldige an ihrem eigenen Tod gemacht wurden.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass unser Land auf über 60 Jahre einer stabilen demokratischen Rechtsordnung zurückblicken kann. Ich bin davon überzeugt, dass wir heute in einer ganz anderen Gesellschaft leben als noch vor 60 Jahren.

Deutschland ist ein demokratisches, weltoffenes und friedliches Land. Die Deutschen und mit ihnen

(Präsident Torsten Geerds)

alle Europäerinnen und Europäer haben aus den schrecklichen Ereignissen des zweiten Weltkrieges und des Holocaust gelernt. Dieser Lernprozess ist jedoch nie abgeschlossen. Jede Generation muss ihn aufs Neue machen, und deshalb ist die Erinnerung an das Geschehene so wichtig.

Orte des Erinnerns sind die Gedenkstätten, die Orte des Verbrechens, mehr aber noch die Menschen, die noch unmittelbar erzählen können. Besonders eindrucksvoll hat uns das im Schleswig-Holsteinischen Landtag vor wenigen Wochen die über 90-jährige Miriam Gillis-Carlebach geschildert. Als eine der wenigen Überlebenden ihrer vor 70 Jahren deportierten und ermordeten Familie durften wir Frau Gillis-Carlebach hier unter uns begrüßen. Diese unschätzbaren Zeugen der Verschleppung, Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen werden aber in absehbarer Zeit nicht mehr selbst berichten können. Deshalb verstehe ich unseren Auftrag, niemals zu vergessen, nicht allein als Verpflichtung gegenüber den Opfern der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus, sondern auch als eine Verpflichtung den Überlebenden gegenüber. Ich bin mir sicher, dass ich im Schleswig-Holsteinischen Landtag alle Abgeordneten mit diesem Anliegen hinter mir weiß.

Wir wollen nun gemeinsam einen Moment innehalten und schweigend gedenken. - Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Mittelstands

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SSW und SPD
Drucksache 17/2183

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile für die SSW-Fraktion Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht überall, wo Tariftreue draufsteht, ist auch Tariftreue drin, habe ich vor einem halben Jahr in der Debatte zum **Mittelstandsförderungsgesetz** gesagt. Denn das Gesetz reduziert sich in der Frage der Tariftreue auf die Regelungen, die im Arbeitnehmerentendengesetz zusammengefasst sind.

Das ist aber bei Weitem nicht das Maximale, was sich herausholen ließe.

Da sich die Diskussion seinerzeit aber nicht nur um die **Tariftreue** im Mittelstandsförderungsgesetz gedreht hat, machen wir heute gemeinsam mit der SPD-Fraktion den Versuch, doch noch zu einer inhaltlichen Diskussion über dieses wichtige Thema zu gelangen.

Faire Löhne für die Arbeitnehmer und Chancengleichheit für die Unternehmen sind nämlich immer noch Themen, die es verdient haben, hier im Landtag diskutiert zu werden. Das gilt umso mehr, weil die Anhörung zum Mittelstandsförderungsgesetz eindeutig zeigte, wie sehr die Tariftreue von der breiten Mehrheit der Anzuhörenden herbeigewünscht wurde. Es gibt somit einen übergreifenden Konsens, dass **Tariftreue** wichtig und notwendig ist, und es wird eine dringende Aufgabe, den tariftreuelosen Zustand in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall bei SSW und SPD)

Es besteht ja die Möglichkeit, Bereiche mit in das Gesetz aufzunehmen, die nicht vom seinerzeitigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum niedersächsischen Vergabegesetz umfasst waren. Stellvertretend seien hier nur der ÖPNV und der SPNV genannt. Wir könnten hier immer noch die Tariftreue bezogen auf den **Tariflohn** und nicht auf irgendeinen Mindestlohn anwenden, meine Damen und Herren.

Das heißt, hier könnten wesentliche höhere Standards gelten. Betrachtet man, dass gerade wir als Land Schleswig-Holstein im **SPNV** in diesem Jahr damit beginnen werden, für das Netz West die **Ausschreibung** in die Wege zu leiten und wir ab 2014 das Netz Südholstein ausschreiben werden, haben wir einen enormen Zeitdruck, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die faire Löhne und fairen Wettbewerb ermöglicht.

Aber auch die **Kommunen** und ihre Unternehmen erhoffen sich eine Gesetzesgrundlage, um ihren **ÖPNV** fair ausschreiben zu können. Im ÖPNV gibt es Jahr für Jahr in den einzelnen Regionen des Landes Ausschreibungen, und auch hier ist der Druck groß, zumal in Zukunft die **Regionalisierungsmitel** gekürzt werden. Wer sich der Einführung der Tariftreue verschließt, handelt bewusst gegen die Interessen der Arbeitnehmer und der Unternehmen in diesem Land.

(Beifall bei SSW)

(Lars Harms)

Weiter ist es auch möglich, **regionale branchenspezifische Tariflöhne** in Schleswig-Holstein für **allgemeinverbindlich** zu erklären und so die Tariftreue anwenden zu können. Aber die Landesregierung war bisher nicht bereit, im Sinne der Beschäftigten und der Unternehmen hier eine konzeptionelle Grundlage zu schaffen.

In den meisten Branchen wäre es kein Problem gewesen, mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften zu einer regionalen Lösung zu kommen. Das Engagement der Landesregierung war hierbei aber gleich null. Das ist umso schmerzlicher, weil schon im vorvergangenen Jahr durch uns eine Kompromisslösung, aufbauend auf das damals bestehende Tariftreuegesetz, in den Landtag eingebracht wurde und von der Mehrheit im Haus abgelehnt wurde. Das war bisher kein Ruhmesblatt für die Landesregierung, und wir geben ihr heute die Möglichkeit, diesen Fehler zu beheben.

Mit dem von SSW seinerzeit initiierten Tariftreuegesetz waren wir schon wesentlich weiter, als wir es mit dem derzeitigen Mittelstandsförderungsgesetz sind. Rückschritte sind bekanntermaßen etwas, was wir uns gar nicht leisten können. Deshalb suchen wir heute den Kompromiss mit Ihnen allen zusammen zum Wohle der Beschäftigten und der Unternehmen.

Wir haben hier bewusst auf Regelungen zu einem Mindestlohn oder auch zur Einführung von erweiterten Sozial- und Umweltstandards verzichtet, nicht, weil wir meinen, dass man dies nicht auch noch diskutieren könnte, sondern weil wir einen Gesetzentwurf vorlegen wollten, der - vor allem auch schnell - für alle der hier im Hause vertretenen Fraktionen auch tragbar sein sollte.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, gehen Sie in sich und setzen Sie sich gemeinsam mit uns dafür ein, dass das umgesetzt wird, was für die Menschen im Land wirklich wichtig ist! Sorgen Sie für faire Löhne und für saubere Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Nicht mehr, aber bitte auch nicht weniger.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich unsere Gäste. Das sind Schülerinnen und Schüler der Dahlmansschule aus Bad Segeberg sowie Auszubildende des Regionalen Bildungszentrums I in Kiel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn in der Regierungszeit von SPD und Grünen in Schleswig-Holstein 170.000 Menschen arbeitslos waren und die Zahl der **Arbeitslosen** unter der CDU-geführten Regierung auf unter 100.000 gesenkt wurde, so ist das ein großer Erfolg für die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

70.000 ehemals Arbeitslose neu im Arbeitsmarkt, 70.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wurden seit 2005 geschaffen, und 70.000 Menschen in diesem Land haben wieder eine Perspektive. Es waren engagierte mittelständische Unternehmen und eine erfolgreiche CDU-Wirtschaftspolitik, die die Grundlage für diese Entwicklung gelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Zahlen des viel kritisierten **Niedriglohnssektors** muss man sich sehr genau ansehen. Schon 2005, also zu rot-grüner Regierungszeit, lag die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor, also Beschäftigte mit monatlich weniger als 1.800 € brutto, bei einem Viertel der Vollzeitbeschäftigten. Bei den **Minijobs** hat Schleswig-Holstein mit einer Quote von 85,39 geringfügig Beschäftigten je 1.000 Einwohner die geringste Quote unter den westdeutschen Flächenländern.

Gleichwohl gilt für die CDU in Schleswig-Holstein der Grundsatz, dass Menschen von ihrem **Arbeitseinkommen** leben können sollen. Dies war auch ein wesentlicher Grund, warum wir 2006 den ÖPNV in das **Tariftreuegesetz** des Landes übernommen haben. Wir haben die Tariftreueverpflichtung nach dem Ruffert-Urteil EU-konform in das **Mittelstandsförderungsgesetz** übernommen. Dies ist der rechtliche Spielraum, den wir als Landesgesetzgeber haben, nämlich dort, wo Mindestlohnverpflichtungen nach dem Arbeitnehmerentendegesetz vorgegeben sind.

Auf dem **CDU-Bundesparteitag** in Leipzig haben wir eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen gefordert, in denen ein tariflich festgelegter Lohn nicht existiert. Diese **Lohnuntergrenze** soll durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden und sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflichen Lohnuntergrenzen

(Johannes Callsen)

orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der **Kommission**. Wir wollen eine durch die Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und eben keinen politischen Mindestlohn.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU bekennt sich zu ihrer sozialen Verantwortung, sie bekennt sich aber auch zur **Tarifautonomie** und fordert die Tarifpartner auf, entsprechende verbindliche Lohnuntergrenzen zu verhandeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber das, was SPD und SSW uns hier heute mit ihrer Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes präsentieren, ist in Wirklichkeit alter Wein - alter Wein -,

(Andreas Beran [SPD]: Guter Wein!)

weil SPD und SSW von der **EU-rechtlich** vorgegebenen **Grundlage** des Arbeitnehmerentendengesetzes abweichen. Genau hierüber, Herr Kollege Harms, haben wir im Landtag oft genug und ausführlich diskutiert. Aber die rechtliche Problematik und die rechtlichen Grundlagen scheinen SPD und SSW noch immer nicht verstanden zu haben, und sie liefern auch heute leider keine neuen Argumente. Ihr Lösungsansatz ist nicht EU-konform umzusetzen, weil das **Vergaberecht** auch bei Verkehrsdienstleistungen vorrangig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und SSW, Ihr Gesetzentwurf zur Tariftreue ist aber nicht nur alter Wein, er ist auch alter Wein in alten Schläuchen; denn der SPD ist nicht einmal eine eigene Lösung zu dieser Problematik eingefallen. Sie haben diese Formulierung wortgleich aus einem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Januar 2011 abgeschrieben. Dass die Grünen sich diesem Vorschlag heute nicht erneut anschließen, zeigt wohl, dass sie lernfähig sind. Dass die SPD aber einfach unbrauchbare Vorschläge wortgleich abschreibt, ist schlicht einfalllos. Für eine Partei, die in diesem Land Regierungsverantwortung übernehmen will, ist das ein Armutzeugnis.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber nicht nur einfalllos, sondern es ist auch verantwortungslos; denn Sie gaukeln den Menschen eine Lösung vor, die wir als **Landesgesetzgeber** EU-rechtlich gar nicht schaffen können. Sie wecken Hoffnungen bei den Menschen, die rechtlich nicht erfüllbar sind. Das ist unsolid und ein Spiel mit den Sorgen der Menschen. Ich sage deshalb: Wer Probleme mit ei-

ner Parkgebührensatzung hat und einfalllos unbrauchbare Gesetze abschreibt, wird in Schleswig-Holstein keine Regierungsverantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hat sich im vergangenen Jahr in diesem Land nicht über die **streikbedingten Zugausfälle** auf den NOB-Strecken an die Westküste, nach Eckernförde, von Husum nach St. Peter-Ording oder von Hamburg nach Westerland geärgert? Züge fielen aus, Züge, die fahren, waren hoffnungslos überfüllt. Es gab manchen Ärger über fehlende Information, über unregelmäßige Fahrten. Ich glaube, davon hat sich jeder ein Bild machen können. Das Bild, das Schleswig-Holstein abgegeben hat, ist nicht das Bild, das ich abgeben möchte.

Günstig waren die Zugausfälle nur für das Land: Fast 1 Million € hat das Land wegen der nicht bezahlten Zugkilometer gespart.

Vielleicht ist es für eine Sozialdemokratin wie mich unnötig zu betonen, aber an dieser Stelle muss es sein: **Streik** ist ein verbrieftes **Grundrecht**. Das ist hart erkämpft und erstritten worden. Das muss natürlich so bleiben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Aber als Besteller von Leistungen, als Landespolitikerinnen und Landespolitiker können wir unseren Beitrag dazu leisten, dass **Lokführer** und **Zugpersonal** ordentlich und fair bezahlt werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Während die **Deutsche Bahn** ihren Lokführerinnen und Lokführern zwischen 33.000 und 42.000 € brutto jährlich zahlt, zahlen einige ihrer Wettbewerber bis zu 30 % weniger.

Nun gilt: Wer die Musik bestellt und bezahlt, bestimmt, was gespielt wird.

Noch einmal vorweg ein bisschen vor die Klammer gezogen: Wir sind uns, denke ich, alle hier im Hause einig, dass das Ausschreiben von Zugverkehren in Schleswig-Holstein seit mehr als 15 Jahren eine echte Erfolgsstory geworden ist.

(Regina Poersch)

(Beifall bei SPD und SSW)

Das soll auch so bleiben. Vieles hat sich zum Besseren verändert: mehr Züge, besserer Komfort bei gesunkenem Landeszuschuss pro Zugkilometer. Das Prinzip stellen wir nicht infrage, und wir wollen daran festhalten. Aber auf gar keinen Fall darf ein sinkender Landeszuschuss zulasten der Löhne gehen!

(Beifall bei SPD und SSW)

Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Das haben wir immer gesagt und Vorschläge dazu gemacht. Sehr geehrter Herr Kollege Callsen, schauen Sie sich den Gesetzentwurf an, den wir heute einbringen. Dort steht das, was in unserem SPD-Gesetzentwurf zum Vergabe- und Tariftrueugesetz stand. Wir haben hier eher von uns selbst abgeschrieben.

Ich denke, inzwischen muss jedem klar sein, dass **Tariftreue im Bereich von Bus und Bahn** sehr wohl europarechtskonform gestaltbar ist und geregelt werden kann. Mit der Verordnung Nummer 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rats über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße wird den Mitgliedstaaten explizit die Möglichkeit eingeräumt, dass sie - ich zitiere aus der Verordnung -

„ ... zur Gewährleistung transparenter und vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen zwischen den Betreibern und um das Risiko des Sozialdumpings zu verhindern, (...) besondere soziale Normen und Dienstleistungsqualitätsnormen vorschreiben können.“

(Beifall bei SPD und SSW)

In Schleswig-Holstein stehen in diesem Jahr die nächsten Bahnnetze zur Ausschreibung an. Für **zukünftige Ausschreibungen** wird Bilanz gezogen. Gemachte Erfahrungen können und müssen in die nächsten Verfahren einfließen. Der Kollege Harms hat es gesagt: Dafür ist es höchste Zeit. Ich sage, es ist höchste Eisenbahn für eine landesgesetzliche Tariftrueueregelung, damit in den Ausschreibungen nicht mehr steht, irgendein Tariflohn sei zu zahlen, sondern damit wir als **Besteller** der Leistung **faire Löhne** einfordern. Nebenbei bemerkt würde dies auch Fragen rund um den Betriebsübergang nach einer verlorenen Ausschreibung erleichtern. Wir könnten diese Fragen ganz anders beantworten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Als SPD-Fraktion haben wir dazu im vergangenen Jahr ein Tariftrueugesetz zur Diskussion gestellt. Wie die Kolleginnen und Kollegen des SSW finden

wir immer noch, dass im Mittelstandsförderungsgesetz vom Juli letzten Jahres auch etliches anderes grundlegend geändert werden müsste. Auf die Bahn haben wir aber einen direkten Einfluss. Für Bus und Bahn ist jetzt Eile geboten. Deshalb lautet unser gemeinsamer Vorschlag, ganz konkret und umgehend den § 14 zu ändern, damit für die betroffenen Beschäftigten schon bei den anstehenden Ausschreibungen faire Arbeitsbedingungen gesichert werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Lassen Sie uns den § 14 ändern - für fairen Wettbewerb auf der Schiene und für einen Wettbewerb um die beste Leistung, nicht um den niedrigsten Lohn! Das ist unser Vorschlag. Wer ihm nicht folgt, der wird in Zukunft einiges zu erklären haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten bereits in der letzten Legislaturperiode mehrere Debatten zum Thema Tariftrueue. Die Landesregierung hatte vor ziemlich genau einem Jahr wie angekündigt die **Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes** mit der integrierten **Tariftrueueregelung** vorgelegt, die wir dann auch verabschiedet haben. Die Tariftrueueregelung war und ist noch immer an die Hamburger Regelung angelehnt und eben nicht an die Regelung aus Bremen, was die Opposition gern gehabt hätte. Sie bezieht sich auf das **Arbeitnehmerendengesetz** und hält sich an die **Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs**. Sie verstößt nicht mehr gegen den Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs nach Artikel 49 des EG-Vertrags, was das Problem mit dem alten schleswig-holsteinischen Tariftrueugesetz war. Wie gesagt, wir haben schon öfter darüber diskutiert. Ich hatte mich schon gefragt, wann wohl die nächste Initiative aus den Reihen der Opposition dazu kommt. Jetzt ist es so weit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Vielen Dank, Herr Stegner. Ich weiß, dass Sie mir gern eine Freude machen. Das, was Sie gemeinsam mit dem SSW vorgelegt haben, nämlich den Antrag auf eine Gesetzesänderung in § 14 Abs. 5, ist sehr interessant. Zunächst einmal freue ich mich, dass sich SPD und SSW mittlerweile damit angefreundet

(Christopher Vogt)

haben, dass die Tariftreuregelung in das Mittelstandsförderungsgesetz eingebunden ist. Hier waren Sie vor einiger Zeit noch anderer Auffassung. Ich freue mich, dass Sie hier Einsicht haben. Willkommen im Club, besser spät als nie! Ich freue mich auch darüber, dass Sie anerkannt haben, dass eine Mindestlohnforderung in diesen Bereich nicht hineingehört. Auch hier gratuliere ich gerade der SPD zur Einsicht. Der SSW hatte diese schon früher.

Zum Thema **ÖPNV**, der jetzt Teil der Kernforderung ist: Hier haben wir uns im vergangenen Jahr aus rechtlichen Gründen ganz bewusst dagegen entschieden. Es geht dabei vor allen Dingen um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der **Busunternehmen**. Zumindest meine Fraktion - und ich denke auch die CDU-Fraktion - hat im Rahmen der Anhörung öfter mit Gewerkschaftsvertretern - vor allem mit Vertretern von ver.di - darüber gesprochen. Es gibt nach wie vor unterschiedliche rechtliche Beurteilungen. Nach unserer **Tariftreuregelung** können **öffentliche Aufträge** nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sich im Hinblick auf die **Mindestarbeitsbedingungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes** verpflichten. Die Regelungen beziehen sich nicht mehr - wie im alten Tariftreuegesetz - auf bestimmte Branchen. Sie gelten jetzt dort, wo es Tarifverträge gibt, die für **allgemeinverbindlich** erklärt wurden. Das ist im ÖPNV-Bereich nicht der Fall. Das wurde schon ausgeführt. Wir hatten uns deshalb gegen die Einbeziehung des ÖPNV entschieden, weil wir eine rechtlich einwandfreie Regelung haben wollten. Jetzt schlagen Sie ein Verfahren vor, bei dem es einen **repräsentativen Tarifvertrag** gibt. Das werden wir uns genauer anschauen.

Sie sagen, das sei EU-rechtskonform. Auch wenn wir hier sehr skeptisch sind, werden wir uns dies genau anschauen. Im Übrigen finde ich es in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass die Landesregierung laut Ihrem Vorschlag das Verfahren, mit dem festgelegt werden soll, welcher Tarifvertrag als repräsentativ zugrunde gelegt werden soll, selbst bestimmen soll und auch die Möglichkeit bekommen soll, einen **Beirat** einzurichten, für den Sie aber keine genauen Vorgaben in der Frage machen, wie er genau aussehen soll. Ich bin der Meinung, dass man dann, wenn man so etwas vorschlägt, in den Gesetzentwurf aufnehmen sollte, wie das genau laufen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, Sie werden der Landesregierung nicht angehören. Insofern glaube ich, dass Sie ihr

vertrauen werden. Es mag sein, dass Sie hier bei sich selbst skeptischer sind.

Von den zwölf Bundesländern, die in Deutschland eine Tariftreuregelung haben, haben nur sieben Bundesländer eine Regelung für den Verkehrssektor aufgenommen. Wir sind in Bezug auf die **Aufnahme des Verkehrssektors** nach wie vor sehr skeptisch und werden uns dies im Rahmen der Ausschussberatungen noch einmal genau anschauen. Der Kollege Harms hat uns aufgefordert, in uns zu gehen. Kollege Harms, wir gehen öfter in uns, wie Ihnen vielleicht schon aufgefallen ist. Deshalb werden wir das auch dieses Mal tun. Gerade die FDP geht öfter in sich und auch mal aus sich heraus. Insofern werden wir das auch dieses Mal tun. Ich freue mich auf eine ernsthafte Beratung im Ausschuss. Herr Dr. Stegner, ich gehe natürlich nicht davon aus, dass Ihre Initiative irgendetwas mit der DGB-Veranstaltung in der nächsten Woche zu tun hat und diese irgendwie flankieren soll. Das ist sicherlich nicht der Fall.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da haben Sie völlig recht!)

Insofern freue ich mich auf eine ernsthafte Ausschussberatung. Damit das nicht falsch herüberkommt, kann ich Ihnen sagen, dass wir keine Gesetze beschließen werden, die gegen **EU-Recht** verstoßen werden. Das machen wir nicht. Herr Dr. Stegner, wir schauen das aber genau an, weil wir ein Interesse daran haben, Sie als Oppositionsführer auch einmal einzubinden, wenn Sie einen Vorschlag machen. Diesen gucken wir uns dann genau an. Vielleicht ist ja einmal etwas Konstruktives dabei.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und SSW legen heute einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Mittelstandsförderung und Vergabe vor. Diese Debatte haben wir im letzten Jahr immer wieder leidenschaftlich geführt. Ich hatte immer den Eindruck, dass wir aus der Opposition heraus geschlossen gegen ein schwarz-gelbes Gegenmodell waren. Das Thema **Tariftreue bei öffentlichen Vergaben** ist für uns Grüne in der

(Dr. Andreas Tietze)

Tat ein wichtiges Thema. Als ich den Text, den Sie heute vorlegen, allerdings genau las, kam er mir sehr bekannt vor. Es stimmt tatsächlich, der Wortlaut stimmt mit dem Änderungsantrag, den wir am 26. Januar 2011 mit der Drucksache 17/1227 eingebracht haben, überein.

Liebe Freundinnen und Freunde - - Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Heiterkeit)

- Freundinnen und Freunde sind auf der anderen Seite, hat man immer gedacht. Es ist nicht erstaunlich, dass wir uns vom rot-grünen Bremer Gesetz leiten ließen.

(Christopher Vogt [FDP]: Gruselig ist es!)

Das ist in der Tat das einzige Gesetz, das sowohl Tariftreue, Sozialstandards und Mindestlohn sowie ökologische Standards rechtsfest geregelt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Wer sagt das? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kubicki, das wird Sie wundern: Das wurde von einer rot-grünen Regierung veranlasst. Sie sind ja immer der Meinung, dass Rot-Grün keine guten Gesetze machen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das ist ein gutes Gesetz. Herr Kubicki, im Moment liest man jeden Tag in der Zeitung, dass Ihre Umfagerichte mit sehr interessanten Initiativen, die Sie von der Opposition übernehmen, um einen Prozentpunkt steigen. Ich gebe Ihnen einen Tipp: Fordern Sie doch einen Mindestlohn von 8,50 €, dann können Sie einen 2 %-Sprung machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir waren in der Tat sehr überrascht, dass dieser Gesetzentwurf so vorgelegt wurde. Herr Stegner, es wäre tatsächlich klüger gewesen, wenn man dann, wenn man dieses Thema angeht, in diesem Gesetzentwurf die **Verbindung zum Mindestlohn** gehalten hätte, denn im **Bremer Gesetzentwurf** stehen die 8,50 € drin.

(Beifall bei der LINKEN)

Bisher bin ich davon ausgegangen, dass in diesem Fall sozialdemokratische und grüne Programmatik gleich sind. Wenn man das Thema auf die Tages-

ordnung bringt, dann muss man doch die Stärke haben und sagen: Ja, gerade weil Mindestlohn und Tariftreue zusammengehören und weil man beides nicht trennen kann, muss man eine gemeinsame Oppositionsstrategie fahren. Herr Stegner, laut Verfassung sind Sie Oppositionsführer.

Hier hätte ich mir wirklich gewünscht

(Christopher Vogt [FDP]: Sollen wir kurz herausgehen?)

- Ihr Spitzenkandidat und Sie ziehen ja durch die Lande und postulieren Rot-Grün -, wenn Sie mich oder die Grünen einfach angerufen und gefragt hätten:

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen und demonstrativer Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Seid Ihr dabei? Wollen wir dies gemeinsam machen? - Das ist nicht geschehen.

Sie erreichen damit doch nur, statt einer geeinten, starken Oppositionsstrategie für eine geeinte, starke, sozial gerechte Politik in Schleswig-Holstein, dass sich die Kollegen da einen Ast ablachen, dass das nicht gelungen ist.

(Lachen bei der FDP - Zurufe der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP] - Glocke des Präsidenten)

Das würde ich anders machen. Ich hätte mir gewünscht, dass es anders gemacht worden wäre, denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - das ist eine Wahrheit, vor der wir stehen - müssen von ihrer Hände Arbeit leben können. Wir brauchen einen **Gesamtgesetzentwurf**, der **Mindestlohn**, **Tariftreue** und **ökologische Standards** regelt. Wir brauchen endlich eine Initiative in Schleswig-Holstein, die eine Wirkung in den Arbeitsmarkt hinein hat, dass Wirtschaftsförderung, Mittelstandsgesetz und soziale Gerechtigkeit zusammen mit ökologischer Gerechtigkeit gedacht wird. Es geht darum, die Stärke dieses Gesetzes aus Bremen endlich für Schleswig-Holstein zu nutzen. Deshalb sage ich für meine Fraktion: Wir hätten uns das heute sparen können. Wenn man wirklich eine Förderung des Mittelstands will, muss man auch hier geeint vorgehen und die starken Argumente vortragen. Das haben wir leider heute ein wenig versemmt. Sie haben recht, dass Sie sich darüber wundern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroë.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Heiterkeit bei der FDP)

Björn Thoroë [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Anfang: Ich kann juristische Argumente nicht mehr hören,

(Lachen bei der FDP)

wenn es in Bremen schon Rechtstatsache ist, dass das Gesetz existiert und noch keiner dagegen geklagt hat. Sie die Regierungsfractionen, verstecken sich immer noch hinter juristischen Scheinargumenten, wenn es um irgendwelche fortschrittlichen Regelungen geht, die SPD meist, wenn es um den Mindestlohn geht, der SSW auch.

Aber das Anliegen, auch die im **öffentlichen Personennahverkehr** Beschäftigten in die Tariftreuregelung des sogenannten Mittelstandsförderungsgesetzes mit aufzunehmen, ist auf jeden Fall erst einmal richtig.

Im letzten Jahr mussten viele Menschen darunter leiden, dass sich die **Nord-Ostsee-Bahn** geweigert hat, ihre Lokführerinnen und Lokführer anständig zu bezahlen, und sie zahlen immer noch weniger als andere Bahnunternehmen. Die GDL führte daraufhin zu Recht Streiks durch. Der **Wettbewerb** im öffentlichen Nahverkehr darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Fahrgäste ausgetragen werden.

Ein weiteres Beispiel für **Lohndumping** sind die **privaten Omnibusunternehmen** in Schleswig-Holstein. Letztes Jahr konnte man der Presse entnehmen, dass Busfahrerinnen und Busfahrer dort bis zu 300 € im Monat weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen bei öffentlichen Unternehmen. Hier gilt dasselbe wie bei der Bahn: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine unserer Grundforderungen.

Eine **Tariftreuregelung** für öffentlich vergebenen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein ist das Mindeste, was zu tun ist. Wir würden am liebsten ganz auf Ausschreibungen verzichten, da wir den öffentlichen Personennahverkehr als Daseinsvorsorge betrachten.

Allerdings frage ich mich ebenso wie Herr Tietze: Wenn das Gesetz schon geändert werden soll, warum dann nur ein so kleiner Wurf statt eine

grundsätzliche Überarbeitung des Gesetzes? Warum nicht einen **Mindestlohn** mit aufnehmen? Warum nicht eine wirksame Kontrolle der Einhaltung des Gesetzes einfordern? - Diese Fragen bleiben - wie schon bei der letzten Debatte um Tariftreure - offen. SSW und SPD scheuen vor diesen Regelungen in diesen Bereichen des Tariftreuregesetzes zurück.

Ich habe auch noch kein schlüssiges Gegenargument gehört. Die juristische Argumentation - ich habe es vorhin schon gesagt - gegen einen Mindestlohn in diesem Gesetz ist unserer Meinung nach vorgeschoben und entspricht auch nicht der Realität in den Bundesländern und wie zum Beispiel in Bremen. Es ist keine juristische Frage, ob ein Mindestlohn im Gesetz verankert wird, genauso wenig wie eine Tariftreuregelung für den öffentlichen Personennahverkehr. Es ist eine politische Frage.

DIE LINKE wird auf jeden Fall weiterhin für einen **Mindestlohn** von 10 € im Tariftreuregesetz streiten, und wir werden dies in die Ausschussberatungen auch noch einbringen. Dann werden wir in der zweiten Lesung sehen können, ob sich mittlerweile mehr als zwei SPD-Abgeordnete - wie bei der letzten Abstimmung - dazu durchringen können, einen Mindestlohn zu unterstützen. Tariftreuregelungen durch einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn zu flankieren, widerspricht dem übrigens in keiner Weise. Nichts spricht dagegen, heute in Schleswig-Holstein voranzuschreiten und später über eine **Bundesratsinitiative** in ganz Deutschland einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen einzufordern.

Wir haben schon viel über den **Niedriglohnbereich** in Schleswig-Holstein gesprochen. Ich sage es aber noch einmal: Schleswig-Holstein ist mittlerweile Spitzenreiter im Niedriglohnbereich. Wir müssen dringend etwas dagegen tun. Deshalb wird DIE LINKE auch weiterhin für 10 € Mindestlohn im Tariftreuregesetz streiten. Wir wollen auch Putzkräften, Pförtnern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kantine - eben allen für das Land Arbeitenden - einen würdigen Lohn auszahlen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Kollegin Regina Poersch von der SPD-Fraktion.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin genau wie der Kollege Harms beschrieben, warum ein einzelner Paragraf aus unserer Sicht jetzt ganz schnell geändert werden sollte. Wir haben unsere Kritik am Mittelstandsförderungsgesetz, das nun einmal gilt, deutlich gemacht - nicht nur heute. Ich denke, es ist nicht erforderlich, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder betonen, dass sie für den **Mindestlohn** sind. Wir sind dafür, wir schreiben es in unser Regierungsprogramm und in unsere Anträge. Wir haben allein im vergangenen Jahr zwei Anträge dazu gestellt, die hier keine Mehrheit gefunden haben. Das ist okay, aber ich habe beschrieben, worum es uns ganz konkret und aktuell mit diesem § 14 geht.

(Der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Kollege Tietze, Sie stellen sich schon freundlich zu einer Zwischenfrage hin. Wollen wir die erst zulassen?

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, Sie haben die Möglichkeit, dem Abgeordneten Dr. Tietze die Möglichkeit zu geben, eine Frage zu stellen.

Regina Poersch [SPD]:

Die Gelegenheit gebe ich ihm.

(Beifall des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Frau Kollegin Poersch. Können Sie mir erklären, warum Sie sich bei der Abstimmung zu dem Antrag, den Sie wortwörtlich übernommen haben, seinerzeit im Ausschuss, als es um den Mindestlohn ging, enthalten haben und nicht diesem Antrag, den Sie jetzt übernehmen, zugestimmt haben?

(Zuruf von der FDP)

- Wir haben seinerzeit einen eigenen Vorschlag für ein Vergabe- und Tariftreuegesetz gemacht. Ihr Änderungsantrag seinerzeit bezog sich auf den Gesetzentwurf der Landesregierung. Ich habe mir gerade noch einmal die Drucksachennummern herausgesucht. Sie haben Ihren eigenen Antrag, Drucksache 17/1227, zitiert. Der bezog sich auf den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/1159.

Wir waren der Meinung, dass unser älterer Gesetzentwurf, nämlich Drucksache 17/889, umfassender und ausreichend sei. Deshalb wollten wir den durchsetzen und nicht am Gesetzentwurf der Regierung herumdoktern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Nun ist es so, dass zu Beginn dieses Jahres ganz schnell für die **anstehenden Ausschreibungen** der Bahnnetze das Mittelstandsförderungsgesetz im Bereich der **Tariftreue auf der Schiene und in Bussen** geändert werden muss. Dann hat man manchmal auch eine Verfahrensschwierigkeit, wenn der Drucksachenschluss - ich sage es einmal - fünf Tage nach Ende einer Sitzungsfreien Zeit liegt. Herr Dr. Tietze, ich gönne Ihnen, dass Sie dies zum Anlass nehmen, sich vielleicht ein bisschen von uns abzusetzen und sich an uns abzarbeiten. Dass Sie fünf Minuten darauf verwenden und nicht das ausdrücken, was ich eigentlich von Ihnen immer wahrgenommen habe, nämlich für Tariftreue zu sein, finde ich an der Stelle eher schade. Aber geschenkt.

Ich denke, was die Kolleginnen und Kollegen vom SSW und wir gemeinsam wollen, ist klar geworden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem die Kollegin Poersch kurz „beschrieben“ hat, wovon wir abgeschrieben haben, nämlich vom damaligen SPD-Gesetzentwurf, möchte ich kurz dazu Stellung nehmen, was für uns das Ziel ist. Für uns ist nicht das Ziel, noch einmal etwas politisch hochzuziehen, sondern uns bewegt, dass wir demnächst Ausschreibungen haben werden. Unsere Sorge ist, dass das für die Beschäftigten, aber auch für die **Unternehmen**, die **faire Löhne** zahlen, ein Problem werden könnte. Dieses Problem wollen wir lösen.

Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sehr schlank ist und der all die Konflikte, die möglicherweise entstehen könnten - Stichwort Mindestlohn, Stichwort Sozialstandards, Stichwort Umweltstandards - außen vor lässt, weil wir das Problem der **Bahnunternehmen** und das Problem der **ÖPNV-Unternehmen** sehen. Wir wollen erst einmal dieses Problem kurzfristig, schnell lösen und wünschen uns, dass das auch in den Regierungs-

(Lars Harms)

fraktionen noch einmal ernsthaft betrachtet wird. Deshalb bin ich - das sage ich ganz ehrlich - dankbar für das, was der Kollege Vogt gesagt hat. Er hat gesagt: Wir sind immer noch kritisch, wir haben immer noch Bedenken, aber wir wollen uns als FDP ernsthaft damit beschäftigen.

Genau das ist das Ziel, dass wir uns im Ausschuss hinsetzen und uns ernsthaft mit dieser Problematik beschäftigen. Das ist Sinn und Zweck des Gesetzesentwurfs und nicht unbedingt ein Heraufbeschwören von Konflikten. Wir wollen versuchen, eine möglichst breite Einigkeit zu erreichen, um den Beschäftigten im SPNV und im ÖPNV zu helfen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Harms, gestatten Sie zunächst eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Callsen?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege Harms, die Kollegin Poersch hat auf die engen Verfahrensfristen hingewiesen. Können Sie mir erklären, warum ein Telefonanruf von der SPD zum SSW offenbar schneller geht als zwischen SPD und Grünen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Fangfrage! - Christopher Vogt [FDP]: Das ist Mobbing! - Weitere Zurufe)

- Lieber Kollege Callsen, wie die Telekommunikationswege hier im Hause zwischen anderen Fraktionen laufen, ist mir nicht bekannt. Ich weiß nur, dass ich einen sehr guten Draht zu allen habe.

(Beifall und Zurufe)

Präsident Torsten Geerds:

Kollege Harms, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Ja, gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, ich will Sie nicht nach dem Liebeswerben fragen wie der Kollege, sondern etwas anderes fragen. Würden Sie es angesichts dessen, was Sie gerade als Ziel ausgeführt haben, für dienlich halten, wenn SSW und SPD den Kollegen aus den Regierungsfractionen den europäischen Entwurf zur

Verfügung stellen, sodass sie sehen, dass das rechtssicher möglich ist?

- Sie meinen die Richtlinie, die Ihre Kollegin Poersch zitiert hat? - Ich gehe davon aus, da dies im Protokoll genannt worden ist, dass auch CDU und FDP in der Lage sind, dies selbst herauszusuchen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir googeln das, Herr Stegner! Wir sind medienkompetent!)

Lieber Kollege Stegner, mir geht es nicht um Rechthaberei, sondern mir geht es wirklich darum, dass wir ernsthaft versuchen, die Problematik kurzfristig zu lösen.

Derzeit haben CDU und FDP nun einmal die Mehrheit in diesem Haus, und wir wollen uns vernünftig an unsere Kollegen in den Regierungsfractionen wenden, in der Hoffnung, dass wir eine vernünftige Diskussion hinkriegen, dass wir das möglichst schnell durchdiskutieren. Das Thema an sich ist durchdiskutiert. Dass wir es schaffen, eine Mehrheit dafür zu bilden, dass wir den SPNV- und den ÖPNV-Leuten helfen, dass wir das schaffen - egal auf welchem Weg -, ist für uns als SSW das Entscheidende.

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe ehrlicherweise zu, dass ich nach dem Beitrag des Abgeordneten Tietze kurz überlegt habe, ob ich für die Landesregierung überhaupt noch rede oder nicht den Beitrag im Raum stehen lasse. Manchmal muss man auch schweigen und genießen.

(Zurufe)

Denn es zeigt sich ja, wenn wir nicht gerade als Regierung selber Anlässe bieten, lieber Wolfgang, dass es mit der Geschlossenheit und Schlagkraft der Opposition gar nicht weit her ist.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe mich gleichwohl entschlossen, ans Rednerpult zu gehen, weil ich das Vorhaben der Abgeordneten Poersch nicht durchkreuzen wollte. Ich habe vernommen, dass die Debatte dazu dient, dass

(Minister Jost de Jager)

Sie zu Protokoll geben können, Sie haben gekämpft, und wir zu Protokoll geben, wir lehnen es ab, und Sie jetzt im Wahlkampf loslaufen und sagen: Die Bösen haben abgelehnt.

(Zustimmung bei der SPD)

Damit Sie zumindest wissen, warum, möchte ich in der gebotenen Kürze darlegen

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- ja, das hat er gehört, er hat vieles gehört, Herr Stegner -, warum die Formulierung, die Sie erneut vorschlagen, nach unserer Rechtsauffassung gegen die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs verstößt und deswegen nicht rechtssicher zu realisieren ist.

Öffentliche Aufträge im Bereich des **öffentlichen Personennahverkehrs** sollen nach Ihrem Gesetzentwurf nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten - jetzt kommt der entscheidende Passus - mindestens das am **Ort der Ausführung tarifvertraglich vorgesehene Entgelt** zu zahlen. Exakt dies hat der **Europäische Gerichtshof** beanstandet. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Der Unterschied ist, dass man als Opposition so etwas gleichwohl beantragen kann, es aber meinen Ansprüchen an Regierungshandeln nicht genügt, eine Formulierung in ein Gesetz zu schreiben, von der man selber der Auffassung ist, dass sie nicht rechtssicher ist. Aus dem Grund haben wir uns als Koalition für eine andere Formulierung im Mittelstandsförderungsgesetz entschieden, von der wir glauben und wissen, dass sie rechtssicher ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei uns werden ÖPNV-Leistungen unter Beachtung des Vergaberechts vergeben, das seine Rechtsgrundlage in den europäischen Vergaberichtlinien hat, die wiederum auf dem **EG-Vertrag** fußen. Deshalb ist es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge aus wettbewerbsrechtlichen Gründen zwar zulässig, für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge vorzuschreiben, nicht jedoch sonstige nicht allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Mir ist natürlich bekannt - das ist ja der Punkt, über den wir reden -, dass es im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs derzeit keine **allgemeinverbindlichen Tarifverträge** gibt und die Tarifregelungen damit dort praktisch nicht greifen. Das kann aber aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass wir ein Gesetz machen, das einer europarechtlichen Prüfung nicht standhalten würde.

Frau Poersch, wenn Sie das Beispiel der **Nord-Ostsee-Bahn** und der **Streiks**, die es dort gegeben hat, nennen, dann stelle ich fest, dass das nicht allein eine Frage der gesetzlichen Regelung ist, sondern auch eine Frage der Tarifpolitik eines einzelnen Unternehmens ist. Denn es hat ja nicht bei allen Bahnen und Vergabelosen unlösbare Streiks gegeben, sondern wir hatten die besondere Situation bei der NOB.

Ich bin nicht jemand, der einseitig in öffentlichen Debatten Unternehmen kritisiert, aber ich bin auch nicht jemand, der einseitig in öffentlichen Debatten die Gewerkschaft der Lokführer kritisiert. Denn es gehört auch zur Wahrheit, dass sich die NOB als eine der Letzten, wenn nicht sogar als Einzige der Schlichtung widersetzt hat, als andere Unternehmen das schon lange gemacht haben. Insofern haben wir es nicht nur mit gesetzlichen Voraussetzungen zu tun, sondern wir haben es auch damit zu tun, wie sich einzelne Unternehmen rechtfertigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass wir bei künftigen Vergaben unsere Lektion gelernt haben und Erfahrungen ziehen aus dem, was wir auf den Strecken der NOB und vor allem auf der Marschenbahn gesehen haben, habe ich für die Regierung schon mehrfach ausgeführt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/2183 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Gute Arbeit in der Wissenschaft - Verlässliche berufliche Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses in Schleswig-Holstein sicherstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/2186 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroer das Wort.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Prekäre Beschäftigung** in der Wissenschaft ist heute keine Ausnahme, sondern die traurige Realität für etwa 85 % der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Ich möchte versuchen, Ihnen in meinem Redebeitrag einen kurzen Überblick über die Situation an unseren Hochschulen zu geben, denn offensichtlich hat das hier bisher kaum interessiert.

Eine Ursache für die Prekarisierung des Wissenschaftsbetriebs ist das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz**. Das Sonderbefristungsrecht für die Wissenschaft wurde bereits unter Rot-Grün eingeführt und 2007 von der Großen Koalition in einem eigenen Gesetz geregelt.

(Unruhe)

Es ermöglicht eine sachgrundlose **Befristung** von Arbeitsverträgen innerhalb von zwölf Jahren und auch über diese Frist hinaus, wenn es sich um drittmittelfinanzierte Forschung handelt. Einmalig ist zudem die sogenannte **Tarifsperr**e. Das heißt, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber nichts Abweichendes regeln dürfen.

Wir als LINKE setzen uns mit unserem Antrag dafür ein, dass dieser Wahnsinn endlich ein Ende hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann nur durch eine Überarbeitung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes erfolgen, so wie wir es in unserem Antrag fordern.

Seit Jahren laufen Gewerkschaften und Verbände Sturm gegen die Ausbeutungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf das **Templiner Manifest** hinweisen, das sich seit Jahren für eine **Reform der Personalstrukturen** und Berufswege in **Hochschule** und **Forschung** einsetzt. Es kann doch nicht sein, dass es an unseren Hochschulen kaum sichere Beschäftigungsperspektiven gibt, wenn man kein Professor ist.

In einer Kleinen Anfrage, die unsere Fraktion gestellt hat, tritt zudem der traurige Umstand zutage, dass allein an der **Christian-Albrechts-Universität** 53 **Lehrbeauftragte** im Wintersemester 2009/2010 ganz ohne Vergütung beschäftigt waren. Der Schweizer Historiker Caspar Hirschi vergleicht die Situation von angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland mit der von Günstlingen an Fürstenhöfen.

„Um sich im akademischen Betrieb zu halten, müssen sie den Ruhm ihres professoralen

Patrons durch treue Dienste und wissenschaftliche Taten erhöhen.“

Es muss endlich Schluss sein mit der Ausbeutung von Lehrkräften. DIE LINKE fordert deshalb, **Mindeststandards** für Bezahlung, Vertragsdauer und Verlängerungsoptionen zu gewährleisten, und zwar nicht nur für Lehrkräfte, sondern für den gesamten wissenschaftlichen Mittelbau.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **Quote der Teilzeitbeschäftigung** stieg in den letzten Jahren enorm an. Über die Hälfte der universitär Beschäftigten arbeiten in Teilzeit. Langfristig gefährden wir durch diesen unverantwortlichen Umgang mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht nur die Qualität von Wissenschaft und Forschung. Nein, wir nehmen auch in Kauf, dass junge, gut ausgebildete Fachkräfte ihren Berufsweg außerhalb Schleswig-Holsteins und Deutschlands fortsetzen.

Die zweite maßgebliche Ursache für die Prekarisierung wissenschaftlicher Beschäftigung liegt in der Verantwortung der schleswig-holsteinischen Regierung. Die **strukturelle Unterfinanzierung** von Wissenschaft und Forschung hier im Land gefährdet die Existenz zahlreicher junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hoch- und Höchstqualifizierte werden hier wie ein lästiger Titel im Haushalt behandelt. Sie sind belastet durch eine unsichere Zukunft, mangelnde Berufsperspektiven und eine enorme Beeinträchtigung der Lebenschancen. Die Stipendienflut ebenso wie die Abhängigkeit von sehr kurzen drittmittelfinanzierten Projekten müssen endlich eingegrenzt werden. Selbst die Deutsche Forschungsgemeinschaft empfiehlt, mehr auf Stellen als auf Stipendien zu setzen.

DIE LINKE fordert, endlich den Landeszuschuss angemessen zu erhöhen. Daueraufgaben müssen durch **Dauerstellen** besetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Stipendien sind auf die sehr wenigen Fälle zu reduzieren, in denen sie geeigneter sind als Stellen. Der Regelfall in der **Promotion** sollte ein Arbeitsverhältnis mit sozialer Absicherung und angemessenem Umfang an Arbeitszeit und Gehalt sein. Stipendien werden häufig als besonderer Status gesehen. Aber unbeachtet bleibt dabei, dass weder in die Arbeitslosen-, noch in die Rentenversicherung eingezahlt wird. Und obwohl die Stipendiatinnen und Stipendiaten in den gleichen Laboren und Büros stehen oder sitzen wie ihre angestellten Kolle-

(Björn Thoro)

ginnen und Kollegen, genießen sie keinen Unfall- oder Arbeitsschutz.

Abschließend möchte ich auch noch einmal die **Familienfreundlichkeit** unserer Hochschulen hinweisen. Bisher ist nicht viel passiert, einmal abgesehen von Lippenbekenntnissen.

Es muss sich etwas ändern. Wissenschaft als Beschäftigungsverhältnis darf nicht länger in der Prekarisierung versinken. DIE LINKE kämpft für gute Arbeit - auch in der Wissenschaft.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für den Beitrag meines Vorredners. Die Schilderung, wie wir sie gerade eben von den Zuständen an unseren Hochschulen gehört haben und die fast den Eindruck macht, als würden unsere wissenschaftlichen Kräfte alle verwahrlosen und in Armut leben, weise ich wirklich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich finde es wichtig, dass wir uns mit dem Thema auseinandersetzen. Wer sollte auch etwas gegen die Überschrift Ihres Antrags „Gute Arbeit in der Wissenschaft - Verlässliche berufliche Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses in Schleswig-Holstein sicherstellen“ haben? Dagegen kann niemand etwas haben. Das unterstützen wir ausdrücklich.

Was Sie dann aber aufstellen, ist im Prinzip ein einziger Wunschkatalog. Ich darf auf den ersten Punkt hinweisen, in dem Sie einfordern, dass wir als Landtag heute die Landesregierung auffordern, mehr Geld für die **Grundfinanzierung der Hochschulen** zur Verfügung zu stellen. Ich darf Sie daran erinnern, dass dafür immer noch der Landtag selbst zuständig ist. Die Forderung ist sehr schön gegenüber der Regierung zu erheben, aber dann müssen wir ja diese zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen. Deswegen macht der Antrag in diesem Punkt allein schon aufgrund der Formulierung keinen Sinn.

Ich darf aber auch darauf hinweisen - Sie können sich da auch gern die Zahlen anschauen -, dass in

den letzten drei Jahren - 2009 bis 2011 - die durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag für die **Hochschulen** zur Verfügung gestellten **Mittel** um 5 Millionen € gestiegen sind. Das mag für Sie nicht dramatisch viel sein. Das ist eine Steigerung um 2,1 %. Aber der Antrag erweckt ja den Eindruck, als wäre massiv in diesen Bereich gespart worden. Das Gegenteil ist der Fall. Hochschulpolitik genießt unter dieser Regierungskoalition eine besondere Priorität.

Ich will nicht bestreiten, dass wir mit einigen Forderungen durchaus konform gehen. Ich glaube, es ist wichtig, dass auch vonseiten des Ministeriums weiterhin Gespräche mit den Hochschulen geführt werden und dass wir verstärkt mit nicht ganz so kurz befristeten **Beschäftigungsverhältnissen** arbeiten. Ich glaube, es ist wichtig, dass man, um guten wissenschaftlichen Nachwuchs hier in Schleswig-Holstein zu halten, diesem auch eine Perspektive bietet. Da sind wir mit Ihnen absolut d'accord. Ich meine nur, dass wir das so machen sollten, dass wir die **Hochschulautonomie** auch in diesen Bereich nicht aushebeln.

Ich darf vielleicht auch nach der Rede, die Sie, Herr Thoro, gehalten haben, nachfragen, was Sie denn in diesen Bereichen eigentlich wirklich erwarten. Sie lehnen **Promotionsstipendien** ab, weil Sie sagen, da gebe es eine gewisse Abhängigkeit, und fordern ein, dass das alles **sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse** sein sollen. Dann reden Sie aber hier in einem zu Tränen rührenden Vortrag, wie schlimm es ist, dass das alles Teilzeitverhältnisse sind. Da frage ich mich: Wie stellen Sie sich das denn vor? Die dürfen kein Stipendium bekommen, die sollen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, das dürfen aber keine Teilzeitverhältnisse sein. Wann sollen die denn dann bitte noch an ihrer Promotion arbeiten, wenn die alle in Vollzeit beschäftigt sind? Sie sollten vielleicht einmal erläutern, was Ihre konkrete Vorstellung eigentlich in diesem Bereich ist.

(Beifall bei der CDU)

Da Sie zum Schluss relativ themenfremd auch das Thema **Familienfreundlichkeit** einfach noch einmal hinten angedockt haben, damit es der Vollständigkeit halber auch in diesem Antrag noch Erwähnung findet, darf ich darauf hinweisen, dass wir uns hier in diesem Hohen Hause mit diesem Thema auch schon häufig auseinandergesetzt haben.

Es gab diverse kleine Anfragen, über die wir hier gesprochen haben. Diese Anfragen haben ergeben, dass zu einem erheblichen Teil die Hochschulen in

(Daniel Günther)

unserem Land **campusnahe Kindertagesstättenbetreuung** anbieten. Im Moment wird konkret auch in Heide wahrscheinlich die nächste FH dazukommen, die das für ihre Studierenden bietet. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich in den letzten Jahren gut vorangekommen sind.

Wir werden das Thema, denke ich, im Ausschuss weiter beraten und würden einer entsprechenden Überweisung dieses Antrags an den Fachausschuss zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kurz vor der Wahl ist sie da: die Versuchung, Wahlprogramme und Flugblätter in Parlamentsanträge umzulayouten. Schon die Überschrift des vorliegenden Antrags würde sich auf einem Plakat in Hochschulvierteln gut machen. Nun fordern sie - der Kollege Günther hat das schon gesagt - den Landtag auf, die Landesregierung aufzufordern, die schöne neue Welt an den Hochschulen zu schaffen. Da sind wenige Gedanken dabei, die andere nicht schon vorher gehabt hätten.

Ein wesentlicher Bestandteil Ihrer Forderung ist die **Höhe der Grundfinanzierung Hochschulen**. Was diese Grundfinanzierung und den Weg dahin angeht, hat Herr Günther auch schon den entscheidenden Hinweis geliefert. Damit Ihnen die Arbeit hier in den verbleibenden drei Monaten leichter fällt, verrate ich Ihnen auch den zugehörigen Artikel der Landesverfassung. Es ist Artikel 50. Da steht wie in jeder Landesverfassung und auch im Grundgesetz, dass das **Parlament** und nicht die Regierung der Haushaltsgeber ist.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Das ist kleinlich!)

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Kleinlich!)

- Kleinlich, sagen Sie, Frau Jansen. Das erzählen wir Ihnen seit zwei Jahren bei jedem Ihrer Anträge, und nicht einmal das können Sie in Ihre Anträge aufnehmen, Frau Jansen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der LINKEN)

Wir haben hier über die Sache verschiedentlich diskutiert, wir haben über die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Zusammenhang mit der Antwort auf unsere Große Anfrage zu Promotion und Habilitation erst vor wenigen Monaten gesprochen. Herr Thoroe hat damals in seinem Redebeitrag auf die soziale Lage von Privatdozenten und auf die prekäre Beschäftigung an den Hochschulen hingewiesen. Da gibt es reale Probleme, gar keine Frage, ja.

Das Problem, das wir da haben, ist, dass **Wissenschaftlerstellen** an den Hochschulen nun einmal in erster Linie dazu dienen, **wissenschaftlichen Nachwuchs** zu qualifizieren. Sie sind deshalb per se gar nicht auf eine **Dauerbesetzung** angelegt, das können sie auch gar nicht sein. Das vom Bundestag 2007 beschlossene **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** regelt einiges besser als im Vorfeld. Da gibt es jetzt die **Zwölfjahresregelung** und die Möglichkeit, mit **Drittmittelprojekten** noch länger beschäftigt zu werden. Das ist schon erheblich besser als die Unsitte davor, dass Beschäftigte auf den Tag genau fünf Jahre nach Beginn ihrer Tätigkeit entlassen werden mussten.

Für eine funktionierende Hochschule gibt es natürlich auch den Bedarf an **dauerhaftem wissenschaftlichen Personal** unterhalb der Professur. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass jede unbefristete Besetzung einer Wissenschaftlerstelle zulasten der Qualifikationsmöglichkeiten von bis zu 20 Nachwuchswissenschaftlern geht.

Befristungsketten bei Drittmittelverträgen können nun wiederum nichts mit der Grundfinanzierung der Hochschule zu tun haben, sonst müssten wir hier ja nicht über Drittmittel sprechen. Die Ursachen solcher Befristungsketten können tatsächlich in einem besonders trickreichen Verhalten des Hochschullehrers liegen. Häufig ist es in der Realität aber so, dass an den Hochschulen verbleibende **Projektmittel** aus diversen Projekten und kleinere Projekte zusammengezogen werden, gerade um Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten. Da passiert also in der Praxis genau das Gegenteil von dem, was Sie vermuten. Bei den **Landesstellen** achten normalerweise die **Personalräte** sehr darauf, dass bei Promotionen zunächst Zweijahresverträge gemacht werden. Ich habe mir am Montag einmal die Stellenausschreibungen der CAU durchgesehen. Da waren alle Promotionsstellen auf zwei Jahre ausgeschrieben, eine DFG-Stelle sogar auf drei Jahre.

Um wirklich an Problemlösungen zu arbeiten, schlage ich vor, dass wir einmal gemeinsam dem Gedanken eines eigenen **Wissenschaftstarifs** nä-

(Martin Habersaat)

hertreten, der dann auch Hiwis ohne Abschluss mit einschließen müsste. Viele Verwerfungen, so auch die wirklich nicht neue Problematik der halben Stellen mit voller Arbeitserwartung ließen sich damit wesentlich besser lösen.

Wir haben in einer Kleinen Anfrage vor rund zwei Jahren - das sage ich jetzt der Vollständigkeit halber, auch wenn das mit diesem Thema nur rudimentär zu tun hat - herausgearbeitet, wie es mit der **Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft** im Land bestellt ist. Wir haben festgestellt, dass an den Hochschulen einiges passiert, vieles besser werden muss. Daran sollten wir arbeiten. Da ist unser Weg nach wie vor der, dass wir das in die **Zielvereinbarungen** mit den Hochschulen mit aufnehmen wollen. Ansonsten haben wir auch nichts dagegen, über Ihren Antrag im Bildungsausschuss weiterzudiskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE reißt eine Problematik auf, die sicherlich im weitesten Sinne einer eingehenderen Betrachtung bedarf. In diesem Fall ist es jedoch - wie eigentlich immer - die Frage, wie man mit einem wichtigen Thema umgeht. Und der Antrag der Linken strotzt nur so von Aufträgen an die Landesregierung, die zum Teil nicht umsetzbar sind oder eben auch mehr Geld kosten.

Ihr Plan läuft ja darauf hinaus, den **Mittelbau der Universitäten** stärker und strukturell aufzublasen. Wenn Sie also hier die Schaffung neuer unbefristeter Stellen für Daueraufgaben in Forschung und Lehre fordern, dann sind Sie sich hoffentlich im Klaren darüber, dass Sie damit sehr stark in die Eigenverantwortlichkeit der Universitäten eingreifen. Dass jetzt die Landesregierung die Hochschulen zwingen soll, mehr Stellen in bestimmten Bereichen zu schaffen, entspricht nicht meinem Verständnis einer vernünftigen Hochschulpolitik. Denn woher wissen die Linken, an welcher Stelle jetzt ein struktureller Mehrbedarf an den unterschiedlichen Hochschulen besteht, um mehr Personal für **Daueraufgaben** in Forschung und Lehre einzustellen?

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Wir sprechen mit ihnen!)

Was passiert, wenn die Daueraufgaben im Laufe der Zeit andere oder weniger werden? - Meines Erachtens muss die Hochschule selbst, insbesondere für den Mittelbau, entscheiden können, a) für welche Aufgaben, b) für wie lange, und c) welches Personal sie dafür einstellt.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in dieser Debatte keineswegs verschweigen, dass die **Startbedingungen** für junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen finanziell betrachtet besser sein könnten. Fakt ist aber, dass die Behauptung, der Beruf in der Wissenschaft verliere an Attraktivität, nicht stimmt. Die Zahl der Promovierenden ist seit den 90er-Jahren mit circa 25.000 konstant.

Eine weitere haltlose Behauptung lautet, dass in Schleswig-Holstein die Möglichkeiten für das **Studieren mit Kind** schlecht seien und daher viele ausgebildete Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen lieber woanders forschten. Natürlich lässt sich die Situation immer verbessern. Fakt ist aber, dass das **Familienservicebüro der CAU** im Jahr 2002 durch das Audit familiengerechte Hochschule der „berufundfamilie GmbH“ zertifiziert wurde und 2010 das Zertifikat bereits zum dritten Mal erhielt.

Insofern bin ich der Auffassung, dass der Antrag als solcher zwar von vorn bis hinten nicht sonderlich gut durchdacht ist, die Problematik im Allgemeinen aber mit Sicherheit einer tiefergehenden Debatte bedarf. Daher freue ich mich über die Beratungen - nicht zu diesem Antrag, aber zu diesem Thema - im Bildungsausschuss.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich etwas zu meinen drei Vorrednern sagen - nicht zu dem der Linksfraktion, sondern zu denen, die sozusagen teilweise berechnete Kritik an dem Antrag geäußert haben, selbst aber in

(Rasmus Andresen)

den letzten Jahren überhaupt nichts dazu beigetragen haben, dass sich die Situation für Nachwuchswissenschaftler verbessert. Das heißt, man könnte auch selbst Anträge vorlegen, wenn man hier schon so unkonstruktive Kritik äußert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der LINKEN)

In Schleswig-Holstein gehen bis 2025 über 1.000 Wissenschaftler in den **Ruhestand**. Hinzu kommt, dass Schleswig-Holstein in einem bundesweiten, wenn nicht sogar weltweiten, **Wettbewerb um Wissenschaftler** steht. Und die Voraussetzungen sind schlecht. Das haben Sie vom Kollegen Thoroer auch schon gehört. Schleswig-Holstein ist für Wissenschaftler zu unattraktiv. So sind wir bei der Professorenbesoldung beispielsweise unterdurchschnittlich. Wir müssen deshalb den Wissenschaftsstandort auf unterschiedliche Weise attraktiver machen.

Als grüne Landtagsfraktion haben wir letztes Jahr eine Veranstaltung zur Perspektive von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern gemacht. Auf der Veranstaltung hat die Nachwuchswissenschaftlerin Dr. Anna Südkamp von der Christian-Albrechts-Universität deutlich gemacht, wie schwer es für sie und ihre Kolleginnen und Kollegen ist, eine Laufbahn in der Wissenschaft zu bestreiten.

Trotz guter Abschlussnoten ist es für viele schwer gewesen, überhaupt eine **Promotionsstelle** zu erhalten. Sie beschrieb, wie schwer es für Sie war, an der Hochschule zu promovieren und nebenbei ihr Leben zu finanzieren. Auch nach der Promotion wurde ihre Situation nicht erheblich besser. Dabei hatte sie noch Glück. Sie gehört zu der Gruppe, die sich in der starken Konkurrenz um Stellen durchsetzen konnte. Sie klagt aber darüber, dass sich Forschungsprojekte durch die große Anzahl an befristeten Stellen auch qualitativ verschlechtern. Keiner weiß, wie lange Finanzierungen stehen und vor allem, wie es danach weitergeht. Von **Familienplanung** - deshalb ist der Aspekt im Antrag der linken Fraktion äußerst relevant - kann da gar nicht die Rede sein. Auch da gibt es sehr, sehr viele Unsicherheiten.

Sie klagte darüber, dass die Politik zu träge agiere. Sie fordere auf der einen Seite Mobilität, gebe auf der anderen Seite den Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aber keine Perspektive. So funktioniert das nicht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

- Das Klatschen kam ein bisschen spät.

Die Landespolitik hat eine glasklare Verantwortung, sich gegen prekäre Beschäftigung einzusetzen, auch in der Wissenschaft. Herr Habersaat, wenn man hier über Tariftreue redet und dabei mehr oder weniger berechtigt so einen Popanz aufbaut, dann sollte man sich doch überlegen, ob das nicht auch für andere Bereiche gilt. Dann muss man in diesem Bereich aber auch weiterdenken und kann nicht einfach nur mit links Anträge kritisieren.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Landespolitik hat hier eine Verantwortung; denn **prekäre Beschäftigungsverhältnisse** haben an unseren Hochschulen nicht abgenommen, sondern drastisch zugenommen. Frau Funke, in anderen Ländern wird in diesem Bereich wesentlich mehr getan. In anderen Ländern wird im Bereich der Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler viel mehr getan als in Schleswig-Holstein.

Es geht nicht darum, dass Nachwuchswissenschaftler die Beamtenprofessur „vor die Füße geschmissen bekommen wollen“. Das wollen die Nachwuchswissenschaftler gar nicht. Vielmehr geht es darum, klugen jungen Menschen eine **berufliche Perspektive** aufzuzeigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Unsere Hochschulen stehen nicht nur im Wettbewerb mit den Hochschulen anderer Bundesländer und anderer Staaten, sondern auch mit der **Privatwirtschaft** und mit **außeruniversitären Forschungseinrichtungen**. Wer heute forschen will und das gut kann, der geht doch gar nicht mehr an die Hochschulen. Der sucht den Weg zu außeruniversitären Einrichtungen oder in die Privatwirtschaft. Es kann nicht im Interesse unseres Landes sein, dass wir alle klugen Köpfe an die Privatwirtschaft verlieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr de Jager, Sie reden immer gern über die **Exzellenzinitiative**. Wenn ich es richtig verstehe, ist dies die einzige Priorität, die Sie in den vergangenen Jahren als Landesregierung bzw. als Koalitionsfraktionen im Hochschulbereich gesetzt haben. Das ist alles schön und gut. Dazu kann man unterschiedliche Meinungen haben. Man kann aber nicht über diese Exzellenzinitiative diskutieren, ohne nicht auch über diese Aspekte nachzudenken. Wenn

(Rasmus Andresen)

die Arbeitsbedingungen bei uns so schlecht bleiben, wie sie jetzt sind, dann ist die Exzellenzinitiative im Prinzip erst einmal egal, weil es uns nicht gelingen wird, kluge junge Leute ins Land zu holen. Deshalb interessiert mich, was Sie gleich noch zu diesem Aspekt beizutragen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich muss jetzt leider zum Schluss kommen, auch wenn ich noch viel zu sagen hätte.

Wir beantragen, diesen Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen. Ich fordere alle Fraktionen, die sich gerade kritisch zu diesem Antrag geäußert haben, dazu auf, eine Anhörung zu diesem Antrag zuzulassen. Wir sind nicht bei jedem Aspekt hundertprozentig einer Meinung. Wir schreiben nicht einfach - die Spitze kann ich mir nicht verkneifen - das Positionspapier der GEW ab. Wir haben noch ein paar andere Ideen, die wir gern einbringen würden. Wir wollen das Ganze noch etwas mehr auf Schleswig-Holstein herunterbrechen. Wir sollten aber auf jeden Fall eine Anhörung zu diesem Thema durchführen. Ich hoffe, dass Sie sich im Ausschuss dazu durchringen können, zumindest eine schriftliche Anhörung durchführen zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Frau Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion DIE LINKE fordert in ihrem Antrag eine verlässliche berufliche Perspektive für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Das Ansinnen dieses Antrags findet voll und ganz unsere Unterstützung. Um sich aber an den konkreten Problemlagen der Betroffenen orientieren und Lösungen entwickeln zu können, reicht es unserer Meinung nach nicht, mit dem staatlichen Holzhammer zu kommen.

Zunächst fällt im Antrag auf, dass in der Begründung gar nicht auf die **Situation in Schleswig-Holstein** eingegangen wird. Entweder werden Behauptungen mit Daten des Bundes untermauert, oder es ist nicht klar, ob sie sich auf das Land oder den Bund beziehen. Darum ist es wichtig, dass wir in der Ausschussberatung das Ganze herunterbrechen auf Schleswig-Holstein.

Auch die Aufreihung der **Forderungen** erscheint ein wenig weltfremd, weil notwendige Zwischenschritte und Fragestellungen ignoriert werden und als Lösung der Personalsituation lediglich auf die Unterfinanzierung des Schleswig-Holsteinischen Hochschulsystems eingegangen wird. Sicherlich ist die **Unterfinanzierung der Hochschulen** ein Kernproblem. Es wird aber zum Beispiel nicht danach gefragt, was in den Hochschulen, der Forschung und der Gesellschaft an qualifiziertem **Mittelbau** und Professuren gebraucht wird, welche Defizite auf eine verfehlte Hochschulpolitik der derzeitigen Landesregierung zurückzuführen sind, welche Initiativen der Hochschulen oder der betroffenen Akademiker es gibt, um die Situation zu ändern, und wo genau angesetzt werden muss, um die Betroffenen aus dem Teufelskreis **prekärer Beschäftigung** herauszuholen.

Das zentrale Problem scheint zu sein, dass die meisten Karrierevorstellungen des akademischen Mittelbaus nicht in einer Professur enden werden. Im Kern geht es darum, berufliche Anknüpfungspunkte jenseits der Professur zu finden, wobei unbefristete und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse mit arbeitsvertraglicher Absicherung im Vordergrund stehen dürften.

Gewerkschaften wie ver.di bieten sich als Anlaufstellen an. Schwerpunkte dieser **gewerkschaftlichen Arbeit** bilden derzeit acht Universitäten bundesweit. Eine schleswig-holsteinische Universität gehört bisher noch nicht dazu. Um seine Lage zu verbessern und um seine Rechte einzufordern, ist der akademische Mittelbau also auch selbst gefordert. Bedauerlich ist, dass es bisher offensichtlich nicht gelungen ist, einen eigenständigen Tarifvertrag mit entsprechender Entgeltregelung für das an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen beschäftigte Personal abzuschließen. Das ist unserer Meinung nach ein wichtiger Punkt.

(Beifall des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Ein großer Nachteil der akademischen Laufbahn scheint in ihrer Langwierigkeit zu liegen. Schon vor einem Jahrzehnt hat der SSW deshalb gefordert, die **Hochschulstrukturen** so zu ändern, dass nicht mehr die langjährige Habilitation, sondern eine aufgewertete Promotion die Voraussetzung für die Berufung auf eine Professur ist. Seitdem hat sich zum Glück vieles geändert. Das ist nun möglich. Wir wissen aber, dass die Promotion als Bewerbungsgrundlage für eine Professur immer noch als zweitrangig angesehen wird. Auch die Situation der Ju-

(Anke Spoorendonk)

niorprofessuren ist vor diesem Hintergrund sehr schwierig.

Anders als bei einer **Habilitation**, mit der meist eine akademische Laufbahn an einer Hochschule oder Forschungseinrichtung angestrebt wird, ist die **Motivation** für eine **Promotion** breiter gefasst. Hierbei spielen vermehrt andere Arbeitsmöglichkeiten wie etwa im Dienstleistungs- oder im Industriesektor oder im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit eine zunehmend größer werdende Rolle. Hier ergeben sich Beschäftigungspotenziale jenseits der Hochschulen, die auch eine Dauerbeschäftigung oder zumindest eine Beschäftigung beinhalten können.

Dennoch wird sich durch die genannten Punkte zunächst wenig ändern, wenn das Hochschulsystem nicht ausgewogen durchfinanziert ist. Um die Existenz unserer Hochschulen längerfristig zu sichern und die Arbeitsbedingungen des Mittelbaus zu ändern, ist eine bessere Finanzierung der Hochschulen zwingend notwendig. Darin sind wir uns einig.

Dass wir Studiengebühren zur Finanzierung von Hochschulen kategorisch ablehnen, ist hinlänglich bekannt. Darüber hinaus ist eine stärkere **Beteiligung des Bundes** an der Hochschulfinanzierung notwendig. Das haben wir schon miteinander diskutiert. Darin sind wir uns im Übrigen einig.

Unser Bundesland ist allein nicht in der Lage, eine angemessene Ausstattung der Hochschulen zu sichern. Deshalb fordern wir die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots.

Ich finde es gut, dass dieser Antrag im Ausschuss weiterberaten werden soll. Ich finde es auch gut, wenn wir uns im Ausschuss darauf konzentrieren, was Schleswig-Holstein in eigener Zuständigkeit ändern könnte. Außerdem müssen wir verstärkt den Dialog mit den Hochschulen suchen mit dem Ziel, Entwicklungskonzepte für den wissenschaftlichen Nachwuchs voranzubringen. Darüber müssen wir uns berichten lassen. Natürlich müssen wir auch - wie es der Kollege Andresen vorhin deutlich machte - auch mit denjenigen sprechen, die direkt betroffen sind.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hilft persönliche Erfahrung und Betroffenheit, um die Dinge einschätzen zu können. Wenn Sie in das Handbuch des Landtags schauen, werden Sie feststellen, dass ich unter anderem Personalratsmitglied Wissenschaft an der Hochschule war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, ich freue mich, dass mein Hinweis bezüglich der Anwesenheit von Professoren - dabei ging es um den akademischen Mittelbau, der auch eine Lehrverpflichtung hat - inzwischen bei Ihnen angekommen ist.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Danke!)

Das ist aber auch das einzige, was ich an positiver Analyse in Ihrem Antrag erkennen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Mit mehr Geld kann man immer alles lösen. Sie müssen nur sagen, woher das Geld kommen soll. Dies nehme ich als allgemeine Lösungskeule aber einmal aus.

(Zuruf des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

- Das ist unfair, weil ich Ihnen einfach Ihr Spielzeug weggenommen habe. Wenn wir aber über die Realität reden, dann ist das fair, insbesondere fair gegenüber den Betroffenen. Dann können Sie nicht immer irgendwelche Versprechungen machen, von denen Sie genau wissen, dass Sie diese im Rahmen der Finanzverantwortung für Schleswig-Holstein nicht einhalten können.

Lieber Kollege Rasmussen, deshalb haben wir - -

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich glaube, ich habe das Wort. Andere können gleich auch noch einen Dreiminutenbeitrag abgeben.

(Zurufe)

Lieber Kollege Rasmussen, deshalb haben wir keinen Antrag gestellt, das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** mit einem entsprechenden Wissenschaftstarifvertrag zu unterlegen. **Tarifpartner** ist nicht das Parlament des Landes Schleswig-Holstein. Wir brauchen eine Sparte im TV-L, und zwar in allen Ländern, damit man in allen Ländern die gleichen Bedingungen hat, die die besonderen An-

(Dr. Kai Dolgner)

forderungen an den Wissenschaftsberuf und wie man dort hinkommt entsprechend berücksichtigt. Das sollte auch HiWis mit und ohne Abschluss - mit Abschluss nach dem Bologna-Prozess ist ein besonderes Problem - einbeziehen.

Zu dem Thema, wen man an einer Hochschule dauerhaft braucht. Das Problem ist: Es kann nicht jeder Professor werden. Es will auch nicht jeder **Professor** werden. Aber die, die Professorin oder Professor werden wollen, brauchen rechtzeitig eine Perspektive, dass sie das auch können, und zwar nicht erst mit 42, sondern mit 30. Dann muss die Garantie gegeben werden, dass, wenn sie die notwendigen Leistungen erbringen, es auch werden können.

Das heißt, wir brauchen einen Tenure Track. So nennt sich die ganze Geschichte. Wenn man schon internationale Systeme übernimmt, muss man das auch komplett machen. Jemand muss mit 30, wenn er die Leistung erbringt, die Sicherheit haben, von der Befristung in die Unbefristung durchzusteigen. Da sind wir noch nicht weit genug. Wer sich ein bisschen damit auskennt: Das geht dann über Assistent Professor und so weiter. Darüber soll im Ausschuss vernünftig gesprochen werden. Dann haben diejenigen eine Perspektive, die Professor werden wollen, und stehen nicht plötzlich mit 42, 43 Jahren auf der Straße. Das wäre ein Lösungsansatz.

Natürlich brauchen wir auch einen **dauerhaften akademischen Mittelbau**. Den gibt es übrigens auch. Hier steht jemand. Ich bin nicht Professor. Ich bin unbefristet an der Uni beschäftigt. Was für ein Wunder! Nach Ihrem Antrag kann es mich gar nicht geben.

Die Frage ist allerdings: Brauchen wir nicht mehr akademischen Mittelbau, der den erhöhten **Lehrbedarf** entsprechend abdecken kann, weil wir so viele **Bachelor- und Master-Studiengänge** haben? Die Frage ist: Wie kriegen wir das organisiert?

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich komme zum letzten Satz. - Die erste Antwort aus der Großen Koalition war, die Lehrverpflichtung für den Mittelbau zu erhöhen. Das kann auf die Dauer nicht weitergehen. Sicherlich brauchen wir mehr dauerhafte Mittelbaustellen. Aber eine Garantie für jeden, der eine Promotion anfängt, eine Dauerstelle zu bekommen, können und sollten wir nicht abgeben. Das ist auch nicht sachgerecht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Kollege Dr. Dolgner, das war ein sehr langer letzter Satz. Damit im Protokoll nichts Falsches steht: Wir haben im Landtag keinen Kollegen Rasmussen. Wir haben einen Kollegen Rasmus Andresen. Deshalb gab es eben ein bisschen Bewegung.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD]: Er wollte auch Lebhaftigkeit in der Debatte haben!)

Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, begrüßen Sie bitte gemeinsam mit mir Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Käthe-Lassen-Gemeinschaftsschule aus Flensburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag und einen interessanten Vormittag!

(Beifall)

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde nachher noch auf das eingehen, Herr Abgeordneter Andresen, was Sie in Bezug auf die Exzellenzinitiative gefragt haben. Gleichwohl stelle ich voran, dass es für die Landesregierung ausgesprochen wichtig ist, ständig zu überprüfen und mit den Hochschulen zu besprechen, wie man die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen verbessern kann.

Bevor ich gleich zu dem komme, was die Fraktion DIE LINKE vorgeschlagen hat, möchte ich als pauschale Einschätzung sagen, dass es bestimmte Bewegungen gegeben hat. Der **TV-L** - man hat sich bewusst dagegen entschieden, einen eigenen Tarifvertrag für die Wissenschaft zu machen - sieht Optionen vor, die gesondert für **wissenschaftliche Arbeitsverträge** genutzt werden können. Dort gibt es die Möglichkeit von Zuschlägen, die es sonst im Tarifvertrag der Länder nicht gibt. Insofern hat es dort ein Stück Bewegung gegeben.

Ich glaube auch, dass sich durch einige Änderungen in den vergangenen Jahren sowohl für die **Qualität der Ausbildung** des **wissenschaftlichen Nachwuchses** wie auch für bestimmte **Planbarkeiten** schon etwas verändert hat. So ist es zum Beispiel

(Minister Jost de Jager)

so, dass es durch die Einführung der Juniorprofessur vor einigen Jahren möglich geworden ist, dass diese sich weiter an einer Hochschule qualifizieren, an der sie promoviert haben. Insofern sind bestimmte Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern, gerade auch aus dem angloamerikanischen Raum, durchaus in das deutsche Hochschulwesen eingefügt worden.

Herr Dolgner, ich warne aber ein wenig davor, immer zu glauben, dass man irgendeine Situation in einem anderen Land eins zu eins übersetzen könnte auf das, was man sich wünscht. Der Tenure Track in den USA ist etwas anderes, als Sie hier dargestellt haben. Ich glaube, es gibt kein Land, in dem die wissenschaftlichen Karrieren wettbewerblicher ausgerichtet sind als in den USA. Gerade in den USA bedeutet der **Tenure Track** eben nicht, dass sie sozusagen im Alter von 30 Jahren die Gewissheit der ewigen Verbeamtung haben. Gerade in den USA müssen Sie sich nämlich von Qualifikationsstufe zu Qualifikationsstufe immer weiter bewerben, und zwar nicht nur allein über die wissenschaftliche Leistung, sondern vor allem auch über die Drittmittelfähigkeit. Insofern warne ich davor, mit bestimmten Begriffen Dinge in Deutschland zu fordern, die nicht sachgerecht sind und auch nicht dem Beispiel aus den anderen Staaten entsprechen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja, klar.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Minister, sind Sie bereit, mir zuzugestehen, dass ich mitnichten gesagt habe, dass ich eine beamtenähnliche Dauergarantie fordere, sondern eine Perspektive bei entsprechenden Leistungen gefordert habe analog denen in den USA? Perspektive bedeutet keine Garantie. Sind Sie bereit, zuzugestehen, dass das nichts damit zu tun hat, dass in den USA unbefristete Wissenschaftlerstellen gemacht werden, sondern die Fragestellung schlicht und ergreifend ist: Wann kriege ich eine Perspektive, dass ich das erreichen kann, wenn ich entsprechende Leistungen erbringe?

- Der Abgeordnete Habeck hat mir eben empfohlen, mit Ja zu antworten. Das mache ich konditioniert. Ich gestehe es Ihnen zu, verweise aber darauf, dass,

egal, ob Sie es beamtenrechtlich hinterlegen oder nicht, ich den Anspruch, dass jemand, der sich für eine bestimmte akademische Qualifikation interessiert, eine Einstellungsperspektive unabhängig davon, ob er seine Qualifikation erreicht oder nicht, bekommt, für problematisch halte.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ich komme jetzt zu dem, was ich weiter ausführen möchte. Ich möchte, dass sich die Rede der Landesregierung nicht allein in einem Dialog widerspiegelt. Wir wollen es mit der Dialogkultur nicht über-treiben.

Deshalb möchte ich auf das eingehen, was die Fraktion DIE LINKE beantragt hat, das auch ein bisschen in diese Richtung geht.

Wenn ich mir das ansehe, stelle ich fest: Es gibt insgesamt neun Forderungen, die erhoben werden, die alle verbunden werden mit den Stichworten: unbefristet, Dauerstellen, Gesamtlaufzeit, Unterbrechung vermeiden, Zeitverträge vermeiden und so weiter. Dann konzidiere ich in der Tat, dass das bestimmte Herausforderungen für diejenigen sind, die sich für wissenschaftliche Nachwuchsstellen interessieren. Es ist aber das Wesen einer **wissenschaftlichen Nachwuchsstelle**, dass sie befristet ist. Ich warne auch davor, in einem frühen Stadium der Qualifikation Dauerstellen einzurichten. Eine Dauerstelle, die über 30, manchmal 40 Jahre vergeben wird, führt nämlich dazu, dass sich andere auf dieser Stelle nicht mehr qualifizieren können. Die **schrittweise Qualifizierung** ist nun einmal ein Kernelement einer wissenschaftlichen Ausbildung und Qualifizierung. Deshalb würden Sie der Wissenschaft sogar einen Bärendienst erweisen, wenn Sie alle Stellen in Dauerstellen umstellen würden.

(Beifall bei CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das zurückkommen, was Sie, Herr Andresen, hinsichtlich der **Exzellenzinitiative** gesagt haben. Es stimmt, die Exzellenzinitiative ist einer der wissenschaftlichen Schwerpunkte dieser Landesregierung, aber beileibe nicht der einzige. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Landesregierung besteht auch darin, weitere Forschungseinrichtungen nach Schleswig-Holstein zu bekommen, weil es auch das Ergebnis rot-grüner Regierungspolitik in Schleswig-Holstein gewesen ist, dass wir in beklagenswerter Weise mit **außeruniversitären Forschungseinrichtungen** unterausgestattet waren.

(Minister Jost de Jager)

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran hat sich nichts geändert!)

- Oh doch! Wir sind auf dem Weg zu einem zweiten und dritten Fraunhofer Institut in Lübeck. Wir sind auf dem Weg zu einem weiteren Leibniz-Institut in Schleswig,

(Beifall des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

was die Vor- und Frühgeschichte anbelangt. Weiter haben wir dafür gesorgt, dass die Forschungseinrichtungen, die wir haben, allesamt erweitert werden. 30 Millionen € für ISIT! Das ist doch kein Pappenstil. Wir haben dafür gesorgt, dass die wissenschaftlichen Leistungen unserer außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sei es das Institut für Weltwirtschaft, sei es GEOMAR, sei es Borstel, alle ganz hervorragend sind, alle erfolgreich sind. Insofern haben wir einen klaren Forschungsschwerpunkt, der übrigens vom Landesrechnungshof - der Herr Präsident ist ja hier - kritisiert wird. Wir machen das allerdings, weil wir wissen, dass eine große kritische Masse in der Forschung Voraussetzung dafür ist, dass es Wissenschaft gibt, und die Voraussetzung dafür ist, dass es auch Qualifikationsstellen und Nachwuchsstellen geben kann.

Gerade die Frage der **Nachwuchsstellen** ist eines der wesentlichen Kriterien der **Exzellenzinitiative**. Der Ministerpräsident, der im Moment nicht hier sein kann, und ich haben ja auch unsere Universitäten begleitet bei den Antragsverfahren der Exzellenzinitiative. Deshalb weiß ich aus eigenem Erleben, dass vor allem die Frage, welche Nachwuchsstellen es gibt, die Frage, wie der Nachwuchs gefördert wird, die Frage, wie es zu einer Nachwuchsqualifikation kommt, zu den wesentlichen Erfolgskriterien dieser Exzellenzinitiative gehört. Insofern sind viel Forschung und ein Erfolg der Exzellenzinitiative auch Voraussetzung dafür, dass es eine gute wissenschaftliche Qualifikation in Schleswig-Holstein gibt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2186 (neu) dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE

LINKE und SSW. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich frage noch, ob es Enthaltungen gibt. - Gegenstimmen kann ich auch nicht sehen. Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 36 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Aufmarsch der Faschistinnen und Faschisten in Lübeck verbieten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/2154](#)

Dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegenzusetzen

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
[Drucksache 17/2216 \(neu\)](#)

Mir ist mitgeteilt worden, dass sich die Fraktionen von CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW darauf verständigt haben, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und dem Präsidium dann auch noch einzureichen und hier verteilen zu lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mir ist ferner mitgeteilt worden, dass die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW den Antrag Drucksache 17/2214, also den Änderungsantrag, zurückzuziehen.

Es liegt uns aber noch der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/2154, vor. Ich gehe davon aus, dass wir in die Debatte einsteigen können, obwohl der gemeinsame Änderungsantrag noch nicht vorliegt. - Ich sehe, dass es dazu keinen Widerspruch gibt. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist auch nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen, und zwar nicht erst, seit bekannt geworden ist, was die **Terrorzelle aus Zwickau** jahrelang gemacht und in diesem Land getrieben hat.

(Ulrich Schippels)

Heute ist der Gedenktag für die **Opfer des Nationalsozialismus**. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal dem Landtagspräsidenten ganz doll danken für seine Worte, die er hier heute gesagt hat. Das war klasse.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. Ich erinnere an den Polizistenmörder Kay Diesner, ich erinnere an die sogenannten deutschen Aktionsgruppen von Manfred Roeder in den 80er-Jahren, ich erinnere an das Kommando 88, an die Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland, an die sogenannte Wehrsportgruppe Hengst, an Michael Kühn, an die Gruppe Otte und so weiter und so fort. Ich erinnere mich auch an die Vorfälle in Lübeck Mitte der 90er-Jahre.

Rechtsterrorismus ist keine neue Erscheinung, sie begleitet Deutschland letztlich seit den 50er-Jahren. Faschistinnen und Faschisten vertreten nicht nur eine menschenverachtende Ideologie, sie versuchen auch, diese in die Tat umzusetzen. Faschistinnen und Faschisten gehen über Leichen.

Die Erkenntnisse über die Zwickauer Terrorgruppe deuten daraufhin, dass es eine enge Verzahnung auch zu denen gibt, die alljährlich in Lübeck marschieren.

Ich habe gerade auch mit dem Innenminister darüber gesprochen. Gestern Abend - ich habe das heute Morgen gesehen - wurde mir eine **Facebook-Seite** zugespielt, die offensichtlich aus Schleswig stammt, in der ein Nazi ein T-Shirt vertreibt. Vorn steht drauf „NSU Schleswig-Holstein“. Hinten steht drauf „Terrortour“ mit den Namen der Städte, aus denen die Opfer der letzten Anschläge stammen. Ich werde Strafantrag stellen. Ich habe gehört, es sei bereits **Strafantrag** gestellt worden. Das macht bestürzend deutlich, dass in dieser rechten Szene offensichtlich auch eine große Bereitschaft besteht, so etwas gutzuheißen.

Die **Verbindungen nach Schleswig-Holstein** sind auch darüber hinaus meiner Meinung nach deutlich. Herr Innenminister, ich hoffe, Sie wissen sogar noch mehr darüber und wissen hoffentlich genau, wie es ist. Ich möchte an das sogenannte Fest der Völker in Jena erinnern, bei dem auch Peter Borchert gesprochen hat. Ich möchte daran erinnern, dass die Rechtsterroristin Zschäpe offensichtlich beim Verfahren gegen die Rockergruppe „Bandidos“ anwesend war. Viele Rechtsextreme aus Schleswig-Holstein haben sich auch den „Bandidos“ angeschlossen. Ein Zufall? - Ich möchte erin-

nern an die Konzerte des Netzwerkes „Blood and Honour“, auch in Schleswig-Holstein, an „Combat 18“, Pinneberg, und an Clemens Otto. Ich erinnere an die jüngsten Naziaktivitäten in Ratzeburg mit den Morddrohungen und an die Ereignisse in der Silvesternacht. All dies, meine Damen und Herren, sollte uns heute vor Augen führen, dass von den Faschistinnen und Faschisten eine **konkrete Gefahr** ausgeht.

Inzwischen gibt es eine Annäherung bei der Bewertung der Gefahr von rechts zwischen dem Innenminister und der LINKEN. Dazu kann ich nur sagen, ich freue mich darüber, dass der Innenminister endlich - wie ich das formulieren würde; er würde das natürlich anders sagen - auch die Gefahr von rechts ähnlich bewertet, wie wir es tun.

An dieser Stelle möchte ich aber auch an die Debatte zu unserer Großen Anfrage erinnern, die wir vor wenigen Monaten gestellt hatten, und zwar noch vor dem Aufdecken der Terrorzelle.

Herr Gerrit Koch, Sie haben damals gesagt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„... weiterhin geht von den Rechtsextremisten für die freiheitliche demokratische Grundordnung keine ernstzunehmende Gefahr aus.“

Was für eine fatale Einschätzung! Ich möchte alle bitten, die damals am 6. Oktober 2011 hier gesprochen haben, sich Ihre damaligen Reden noch einmal durchzulesen.

Meine Damen und Herren, Faschismus ist keine Meinung, **Faschismus** ist ein Verbrechen. Ich gehe sogar so weit zu sagen: Es ist ein fatales Zeichen, dass der **Bundesverfassungsschutz** offensichtlich mit Akribie die Repräsentanten der LINKEN beobachtet, wie zum Beispiel Gregor Gysi, und das rechte Terrornetzwerk nur durch einen Zufall, durch einen missglückten Banküberfall auffliegt. Deshalb brauchen wir auch aus der Mitte des Landtags heraus ein deutliches Zeichen gegen rechts. Und insoweit sind wir uns ja auch alle einig, auch wenn es unterschiedliche Nuancierungen gibt. Das Wichtigste ist jedoch, dass es dieses deutliche Zeichen gibt.

Die **Lübeckerinnen und Lübecker**, die sich dem **Naziaufmarsch** seit Jahren mutig entgegenstellen, brauchen Hilfe und Unterstützung, sie brauchen Rückenwind, Rückenwind von der Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Zeichen wollen wir ihnen geben.

(Ulrich Schippels)

Jetzt haben wir ein kleines Geschäftsordnungsproblem, weil wir uns nämlich - das hatten wir auch angekündigt - den Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW zu eigen machen wollen. Da Sie offensichtlich Ihren Antrag zurückgezogen haben, müssen wir nun klären, ob das überhaupt noch möglich ist. Das können wir vielleicht bis zum Ende der Debatte noch klären. Ansonsten möchte ich fordern beziehungsweise erklären, dass wir den Antrag, der von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW vorgelegt worden ist, in voller Gänze übernehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollen und wir wünschen nicht, dass Neonazis in Lübeck oder in Neumünster demonstrieren, weder am 31. März noch am 1. Mai.

(Beifall bei der CDU)

Das **Recht auf Versammlung** ist ein hohes Gut. Aber es ist unerträglich, dass **Neonazis** versuchen, nationalistische Verbrechen zu relativieren oder Bürger oder Gewerkschaften anzugreifen.

Für ein **Verbot** ist die örtliche Behörde zuständig. Ich glaube, wir haben die gute Situation, dass im Miteinander alle relevanten Informationen gegeben werden und Unterstützung zuteil wird, und das seit geraumer Zeit, um zu dem von uns allen gewünschten Ergebnis zu kommen. Eines ist aber auch klar: Anweisen kann der Innenminister nicht.

Die Frage des Verbots stellt sich erst in konkreter **zeitlicher Nähe zum Demonstrationstag** und -geschehen. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen, ob Gewalt droht. Ich fürchte, man wird davon ausgehen müssen, dass diese Frage im Raum steht. Im Jahr 2011 waren es 250 Neonazis, die dort waren, es können auch mehr zusammen kommen. Das weiß zur Stunde niemand.

Ich füge in aller Ernsthaftigkeit eine weitere Bemerkung hinzu: Es ist wichtig, dass wir darüber auch öffentlich diskutieren und sprechen. Es ist aber auch ganz wichtig, dass **relevante Informationen**, die nicht in der Öffentlichkeit sein müssen, mit dem Ziel **gerichtsfester Hinweise** auch tatsächlich beigesteuert werden können. Ich glaube, dass

diese Effektivität wichtig ist; denn zur Bitternis der vergangenen 14 Jahre gehört ja auch, dass nicht alle Informationen bundesweit in Relevanz zusammengetragen werden konnten.

Wir brauchen ein **gesamtgesellschaftliches Bündnis** zwischen Politik, Vereinen, Verbänden, jedem einzelnen. Ich glaube, dass es einige Gesichtspunkte gibt, die wir noch hinzusetzen sollten. Die Möglichkeit, dass es zwischen den **Zwickauer Neonazistrukturen** und der **NPD** eine Verbindung gibt oder geben könnte, könnte möglicherweise ein weiterer Gesichtspunkt sein, der noch deutlicher werden könnte. Das **NPD-Verbotsverfahren** ist konkret in die Nähe des Möglichen gekommen. Ich glaube, wir wünschen uns alle, dass dieses noch beschleunigter vonstatten gehen könnte.

Die **Polizei** ist zum Teil an die Grenze der Belastbarkeit gekommen. Ich möchte gerne das wiederholen, was ich hier im vergangenen Jahr gesagt habe: Es ist auch eine große innere Belastung, wenn man ständig das Recht von Leuten schützen muss, die unsere Demokratie nicht nur nicht achten, sondern bekämpfen. Auch das gehört zu dieser Diskussion dazu.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen zusammenstehen, und wir tun dieses. Nach dem, was ich von dem **NPD-Marsch in Neumünster** gehört habe, habe ich für mich entschieden, dass mein Platz am 1. Mai an der Seite der Gewerkschaften in Neumünster ist. Das ist doch ganz klar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Vorgang von besonderer Tragweite, der sich hier abzeichnet.

Wir alle sollten uns auch weiterhin gegen die Neonazis engagieren, wie wir das hier auch tun. Ich will gern noch einen Satz hinzufügen: Nicht jede Toleranz ist bei Intoleranten geboten. Wer die **Grundstrukturen der Demokratie** bekämpft, darf nicht all ihre **Rechte** nutzen dürfen. Dies ist ein Punkt, der im Rechtlichen, aber auch im Politischen von Bedeutung ist. Wir zeigen heute in diesem Landtag, dass wir gemeinsam in dieser Frage denken, handeln und agieren. Ich meine, das ist ein wichtiges Signal auf dem Weg, die Neonazis in die Schranken zu verweisen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns in diesem Hohen Haus immer einig gewesen: **Null Toleranz** gegenüber den **Rechtsextremisten**, egal ob in den Parlamenten oder auf der Straße!

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ferner waren wir uns auch immer einig, dass der **jährliche Naziaufmarsch** und der Versuch, die Bombardierung **Lübecks** zur Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen zu missbrauchen, zu verurteilen ist und eine unerträgliche Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus darstellt.

Herr Innenminister, es erschließt sich uns daher nicht, wie Ihre gegenüber der Presse gemachten Äußerungen dabei helfen sollen, diesen Spuk in diesem Jahr durch ein rechtssicheres Demonstrationsverbot zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Öffentlich fordern Sie den Bürgermeister von Lübeck auf, den Aufmarsch zu verbieten. Als zuständiger Minister wissen Sie aber genau, dass öffentliche Verbotsaufforderungen der **obersten Versammlungsbehörde** drei Monate vor der Demonstration den Erfolg eines Verbotsverfahrens mehr gefährden als ihm nützen können.

Aber wir wissen ja, dass Sie es eigentlich besser wissen; denn in der letzten Innen- und Rechtsausschusssitzung haben Sie uns wortreich erklärt, dass eine öffentliche Diskussion über die Erkenntnisse, die Ihnen heute vorliegen, die Sie zu Ihrer Einschätzung gebracht haben, dass ein **Verbotsverfahren** erfolgreich sein könnte, dieses gefährden könnte. Und dann wiederum dürfen wir aber in der Presse lesen, dass die **Erkenntnisse über die NSU** Sie zu dieser Einschätzung geführt haben. Herr Innenminister, Sie können nicht gegenüber dem Innen- und Rechtsausschuss die auch unserer Meinung nach richtige Auffassung vertreten, dass jede öffentliche Diskussion über konkrete Verbotsgründe das Verfahren gefährdet, aber gleichzeitig gegenüber der Presse genau dies tun, um nach außen das Bild des durchgreifenden Ministers zu suggerieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, kommen wir jetzt zu unserem nun endlich gemeinsamen Antrag. Ich finde, dass es auch diesem Hohen Haus sehr gut zu Gesicht steht, dass wir es geschafft haben. Ich hätte mich gefreut, wenn wir es bei diesem Thema, bei dem wir uns immer sehr einig sind, noch ein paar Tage vorher geschafft hätten. Aber nun ist es ja geschafft. Wir wollen alle ein **rechtssicheres Verbot der Nazi-Demo** in **Lübeck** erreichen. Hier schließen wir uns den Forderungen des Kollegen Kalinka aus dem Dezember an. Dies kann nur gelingen, wenn der Innenminister alle ihm bekannten Informationen der Versammlungsbehörde in Lübeck, und nur dieser, mitteilt. Mit Freude stelle ich fest, dass wir es nun geschafft haben. Ich stelle aber auch fest, dass viele in diesem Haus die Auffassung teilen, dass Demo-Verbote nicht die Verpflichtung zur Demonstration der öffentlichen **demokratischen Gegenmacht** ersetzen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade am heutigen Tag sollten wir die Gemeinsamkeit der Demokraten suchen und nicht kleinlich das Trennende in der Interpretation einzelner Formulierungen. Das ist ein Wink in Richtung der LINKEN. Deshalb freue ich mich darauf, wenn möglichst viele am 31. März in Lübeck ein friedliches Zeichen gegen Rassismus, Faschismus und rechte Gewalt setzen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt stimmt in zweierlei Hinsicht sehr nachdenklich. Zum einen lassen wir uns mal wieder hier im Plenum von einer Gruppe eine Diskussion aufzwingen, mit der kein Demokrat in Verbindung gebracht werden will. Keine Angst, ich meine nicht Sie - aber Sie hören sowieso nicht zu -, liebe Kollegen von den LINKEN. Ich meine die braune Horde, die alljährlich durch Lübecks Straßen zieht und sich nicht schämt, sich die Opfer des Bombenangriffs auf meine Heimatstadt vor 60 Jahren für ihre **menschenverachtende Ideologie** zunutze zu machen.

(Zurufe)

(Gerrit Koch)

- Es sollte nur kein Missverständnis auftreten; dem wollte ich vorbeugen.

Jetzt beschäftige ich mich doch mit der **LINKEN**; denn ein Thema beschäftigt mich sehr. Ihr Ursprungsantrag, wie immer der auch geändert werden sollte, zeigt nämlich ein sehr schräges **Rechtsstaatsverständnis**. Erinnern Sie sich noch an die Aussprache im Dezember-Plenum zum **Versammlungsrecht**? - Da war nicht nur am Rande von Bürgerrechten die Rede. Wir betonten alle das garantierte **Grundrecht**, sich frei versammeln zu können. Das war der zentrale Punkt, um den sich die Diskussion drehte. Davon ist bei Ihnen nicht viel hängen geblieben. Sie setzen nämlich Grundrecht mit Gesinnungsrecht gleich, und das macht mir Angst.

Meine Damen und Herren, es kann in unserem Rechtsstaat nicht angehen, dass Entscheidungen willkürlich werden. Es darf in Deutschland nie wieder soweit kommen, dass **ohne Rechtsgrundlage** Grundrechte einfach über Bord geworfen werden.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Das wäre reine Willkür. Willkürstaaten aber können keine Rechtsstaaten sein. Die Deutschen haben ihre traurigen Erfahrungen mit solchen Staatsformen viel zu lange machen müssen. Es gibt genaue rechtliche Vorgaben, nach denen Grundrechte eingeschränkt oder sogar den einzelnen verwehrt werden können. Entschließungs- oder Aufforderungsanträge deutscher Landtage gehören glücklicherweise nicht dazu.

Haben Sie überhaupt die geringste Vorstellung davon, wie unser **Versammlungsrecht** funktioniert, liebe LINKE? - Das Versammlungsrecht sieht eine Versammlungsbehörde vor. In **Lübeck** ist das der Bürgermeister. Dieser muss eine Versammlung nicht genehmigen, damit sie stattfinden darf. Er darf die Versammlung aber mit Auflagen versehen, sie beschränken, sie auflösen und - als Ultima Ratio - verbieten. Dabei steht ein Begriff im Vordergrund, von dem die Linken wohl noch nichts gehört haben, da er im Kommunismus nicht vorkommt. Es geht mir um das Ermessen. Wer Grundrechte einschränken will, der muss überlegen, ob der Eingriff geeignet, erforderlich und verhältnismäßig ist. Ich gehe davon aus, dass der Lübecker Bürgermeister verantwortungsvoll mit seinem Entscheidungsspielraum umgeht. Wie uns der Herr Innenminister im Ausschuss mitgeteilt hat, gibt es bereits intensive Gespräche zwischen ihm und den Vertretern in Lübeck. Eine Anweisung des Innenministers an den Lübecker Bürgermeister würde keinerlei Raum für

eine **Ermessensentscheidung** lassen. Beruht sie zudem auf einem Beschluss des Landtags, so wäre dies eine rein politische Entscheidung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eine darauf gründende **Verbotsverfügung** würde vom **Verwaltungsgericht** schneller aufgehoben, als sie erlassen wurde. Liebe LINKE, wollen Sie das wirklich? - Wollen Sie wirklich unsere Grundrechte beliebig und zum Spielball der Politik machen?

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Bezeichnend war der Schreibfehler in einer Pressemitteilung der LINKEN vom 18. Januar. Sie wiesen auf die Gefahr von Recht hin. Gemeint war wohl die Gefahr von Rechts; es fehlte ein „s“. Ja, es stimmte. Für DIE LINKE stellt das deutsche Recht durchaus oft eine Gefahr dar; zum Beispiel dann, wenn man sich alljährlich fröhlich mit linksextremistischen Verfassungsfeinden zu geselligen **Sitzblockaden** in Lübeck treffen will. Wenn böse Polizisten sie dann wegtragen, dann soll das die Schwäche unseres Rechtsstaats belegen. - Man glaubt es kaum!

(Rolf Fischer [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zu den Nazis!)

- Ich komme dazu. Meine Damen und Herren, um keine Zweifel aufkommen zu lassen:

(Zurufe von der LINKEN)

- Ich rede über Ihren Antrag, aber das scheint Sie nicht weiter zu interessieren. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Auch die FDP will alles daransetzen, dass diese **Naziaufmärsche in Lübeck** und anderswo verhindert werden; aber nur auf der Grundlage von Recht und Gesetz. Deshalb muss ein neues Versammlungsgesetz für unser Land eine klare Regelung vorsehen, die besagt, dass Demonstrationen, die in Bezug zu geschichtsträchtigen Tagen und zwecks Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft abgehalten werden, untersagt werden können.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Michael von Abercron [CDU])

In der Fraktion der LINKEN gibt es keine Juristen. Das mag Ihre Haltung erklären, sie aber nicht entschuldigen. Vielleicht wissen Sie deshalb nicht, dass eine allgemeine, unbestimmte Gefährdungslage kaum dazu geeignet sein wird, die Demonstration in Lübeck zu verbieten; schon gar nicht zwei Monate vorher.

(Gerrit Koch)

Meine Damen und Herren, bei Ihrem obskuren Rechtsstaatsverständnis, das Sie hier immer wieder bestätigen, kann einem angst und bange werden. Nicht bange bin ich aber, wenn ich nach Lübeck schaue. Dort werden auch in diesem Jahr wieder viele Bürgerinnen und Bürger friedlich ihr klares Bekenntnis zu unserer **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** abgeben und ein Zeichen gegen Extremismus jeder Richtung setzen. Ich freue mich deshalb sehr, dass es uns gelungen ist, eine Übereinstimmung und einen übereinstimmenden Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP vorzulegen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Luise Amtsberg das Wort.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir gemeinsam für einen Antrag stehen, hat den Hintergrund, den man zumindest erwähnen muss, dass nicht alles von dem, was gerade eben gesagt wurde, in diesem Antrag steht und dass wir uns wesentlich auf andere Punkte konzentriert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit vielen Jahren missbrauchen **rechtsextreme Parteien** und **Organisationen** in ganz Deutschland historische Daten aus der dunkelsten Zeit unserer Geschichte. Sie relativieren, sie leugnen und sie deuten um. Mit Kranzniederlegungen, Gedenk- und Trauermärschen verhüllen sie die Geschichte und damit auch die Geschichte der Opfer des Zweiten Weltkriegs. Mit ihren Demonstrationen, in denen sie - ich zitiere:

„... den Opfern des alliierten Bombenterrors gedenken ...“,

in denen sie vom Bombenholocaust gegen die deutsche Zivilbevölkerung sprechen, versuchen sie die **Verbrechen der Nationalsozialisten** zu relativieren und die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu leugnen. Seit 1996 marschieren Neonazis durch **Lübeck**, verbreiten in der Innenstadt ihre Lügen und deuten unsere Geschichte um. Auf ihrer Website schreiben sie - ich zitiere -:

„Ihre Bomben ‚brennen‘ noch! Mit verbrecherischem Bombenterror zermürbten sie uns einst und diktierten dann die Nachkriegspolitik, die bis heute nicht zu Ende ist. Seit über sechzig Jahren sind wir in der BRD einer alliiertenhörigen Politik ausgeliefert, die uns umerzieht, ausbeutet, unsere Kultur zersetzt und mit Überfremdung die Zukunft unseres Volkes bedroht.“

Das steht in dem Aufruf, der im Internet für die Demonstration zu finden ist, die nun kommt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen. So denken sie. Das ist das, was sie seit Jahren in die Öffentlichkeit brüllen. Das sind keine neuen Erkenntnisse. Das ist das, was Nazis denken und wonach sie handeln. Das ist einfach unerträglich und widerlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Niemand von uns will, dass am **31. März** in Lübeck Nazis auf der Straße stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Innenminister Erkenntnisse hat, die ein **Demonstrationsverbot** rechtfertigen, wenn der Innenminister Erkenntnisse hat, die belegen, dass dieser konkrete **Naziaufmarsch** eine konkrete Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt, wenn die rechtlichen Grundlagen gegeben sind, dann gibt es gar keine Frage nach einem Verbot. Darin sind wir uns alle einig. Dann ist das oberste Gebot der Stunde eine Selbstverständlichkeit, diese Demonstration zu verbieten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, der LINKEN und SSW)

Das ist im Prinzip auch das Problem, das wir mit dem **Antrag**, der von der Fraktion **DIE LINKE** vorlag, hatten. Das ist nicht das, worum es ihnen geht. In dem Antrag steht kein Wort. Sie fordern ein **Verbot einer Demonstration**, obwohl Sie wissen, dass es keine politische, sondern eine juristische Entscheidung ist. Sie wollen, dass der Landtag darüber beschließt, obwohl wir die Kompetenz gar nicht haben. Und als wäre dies nicht genug, führen Sie noch nicht einmal an, wie dieses Verbot funktionieren soll. Ich freue mich, dass Sie von dieser Position offensichtlich abgerückt sind. Ich glaube, das ist an dieser Stelle genau das Richtige.

Wir in Schleswig-Holstein haben jetzt die konkrete Situation und auch das Problem, dass der **Lübecker Bürgermeister Saxe** sagt, dass er keine Informationen habe. Herr Schlie sagt, dass er Informationen liefert. Für uns ist dies ein bisschen schwierig zu

(Luise Amtsberg)

bewerten. Es ist an dieser Stelle einfach problematisch, denn der Informationsfluss muss jetzt gewährleistet sein. Dies greift auch der erste Punkt in unserem Antrag auf. Wenn es konkrete Anhaltspunkte gibt, dann kann ich ja davon ausgehen, dass Herr Schlie die Tatsachen weitergeben wird. Wenn ihm solche **Tatsachen** vorliegen würden, dann kann ich davon ausgehen, dass er eine ihm unterstehende **Behörde** anweisen würde, entsprechend zu handeln. Das sage ich zu dem Disput, der sich hier aufgetan hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich nehme ebenso an, dass es diese ausreichenden Erkenntnisse derzeit nicht gibt. Genau das ist das Problem, das Bürgermeister Saxe momentan hat. Daher unser Antrag mit der Forderung in einem Punkt, dass der Informationsfluss dringend gewährleistet werden muss, damit wir an dieser Stelle richtig und bedacht und vor allem im Rahmen der Verfassung handeln.

Ich möchte noch einmal mit Nachdruck etwas zu unserer Position sagen, was sozusagen ebenfalls Hintergrund der Debatte ist. Mit einem **Verbot ohne rechtliche Grundlage** schießen wir der Demokratie ins Knie. Das ist eine riesige Gefahr, und das ist ein Themenfeld, mit dem man äußerst sensibel umgehen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD] und vereinzelt bei der CDU - Zurufe)

- Ich habe nicht gesagt, dass der Kollege Koch nur etwas Falsches gesagt hat. Wir Grünen sind eine Bürgerrechtspartei und stehen hinter unserer Verfassung. Wir werden sie mutig verteidigen. Ich kann dies sicher auch für viele andere hier im Parlament sagen: Meine Fraktion und meine Freunde und Bekannten werden den Nazis gegenüberstehen. Wir werden ihnen zeigen, dass sie unsere Demokratie nicht in die Knie zwingen werden.

Ich möchte mit einem Wort zu Herrn Minister Schlie enden. Ich bin ein bisschen enttäuscht darüber, wie die Auseinandersetzung in den Zeitungen in den vergangenen Wochen gelaufen ist. Das hat die Debatte einfach verschärft. Dies hat Hoffnungen geweckt und vielleicht auch unnötig Wut ausgelöst und vor allen Dingen Streit. Das hat wiederum bei mir keine guten Gefühle ausgelöst. Man kann Ihnen durchaus vorwerfen, dass Sie am Ende gesagt haben, dass es eine floskelhafte politische Auseinandersetzung war. An dieser Stelle möchte

ich sagen, dass mich das verärgert hat. Floskeln sind an dieser Stelle und bei so einem Thema echt nicht mehr angebracht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Ich weiß sehr wohl, dass dies nicht auf mich gemünzt war. Diese Auseinandersetzung hat aber eine Debatte verschärft, die so nicht hätte verschärft werden müssen. Herr Minister Schlie, aber auch wenn ich verärgert darüber war, dieses Vorgehen können Sie auf jeden Fall bei mir wiedergutmachen, wenn Sie mit mir am 31. März Seite an Seite vor dem Holstentor stehen und gemeinsam mit uns gegen Nazis in Schleswig-Holstein demonstrieren. Wir wissen, dass wir dieses Problem haben. Wir haben diesen **Naziladen in Glinde**, der gerade aufgemacht hat. Wir hatten die Situation in **Bredstedt** mit der **Nazilehrerin**. Wir haben eine ziemlich dunkle und traurige Geschichte, was die **Brandanschläge** auf **Synagogen** und **Asylbewerberheime** angeht. Ich glaube, ich spreche hier im Namen des ganzen Hauses: Wir sollten am 31. März in Lübeck stehen, und zwar gemeinsam.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Frau Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass sich die Fraktion DIE LINKE nach der letzten Innen- und Rechtsausschusssitzung nicht dazu hat durchringen können, den vorliegenden Antrag auf die Februar-Tagung des Landtags zu verlegen. Nun stehen Sie vielleicht als die besseren Antifaschisten da, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, der Sache helfen Sie damit nicht.

(Beifall bei SSW, SPD, vereinzelt bei CDU und FDP sowie Beifall der Abgeordneten Ellen Streitböcker [DIE LINKE])

Den gleichen Vorwurf könnte man dem Innenminister auch machen, der Anfang des Jahres überraschenderweise in den „Lübecker Nachrichten“ verlauten ließ, er fordere Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe auf, die für Ende März von Nazis geplante **Demonstration** zu verbieten. Diese Aufforderung entspricht der Position, die in **Lübeck** nicht nur von der Kirche, sondern auch vom DGB und

(Anke Spoorendonk)

von der Mehrheit der Bürgerschaft - bestehend aus SPD, Grünen und Linken - vertreten wird. Der Bürgermeister hat indes immer wieder darauf hingewiesen, dass er keine Möglichkeit sehe, die Demonstration mit **rechtsstaatlichen Mitteln** zu verbieten. Die Reaktion des Innenministers hört sich in den „Lübecker Nachrichten“ folgendermaßen an:

„Aus Angst vor einem juristischen Scheitern den Versuch eines Verbots gar nicht erst zu unternehmen, wäre jedoch fatal für die Glaubwürdigkeit des Kampfes aller Demokraten gegen ihre Feinde.“

Den Innen- und Rechtsausschuss versuchte der Innenminister nunmehr davon zu überzeugen, dass es Gründe gibt, die zu einem Verbot der Demonstration führen könnten. Zuständig sei aber die **Stadt Lübeck** als **Versammlungsbehörde**. Er selbst werde als Innenminister von seiner Weisungsbefugnis keinen Gebrauch machen.

Für den SSW stelle ich vor diesem Hintergrund fest, dass es dem Innenminister anscheinend wichtiger war, als handlungsstarker Minister in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden - ein Image, das er auch schon in anderen Zusammenhängen gepflegt hat - als die Stadt Lübeck direkt und vertraulich darüber zu unterrichten, wie ein Demonstrationsverbot zu bewerkstelligen ist.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher die Forderung in unserem Antrag, dass dies unverzüglich geschehen muss. Fakt ist doch, dass bisher nichts dergleichen geschehen ist. Daran ändert auch die Aussage des Ministers nichts, man habe eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die am Montag letzter Woche das erste Mal getagt habe.

Versammlungs- und Meinungsfreiheit gelten als unentbehrliche und grundlegende Funktionselemente eines demokratischen Gemeinwesens. Das befand 1985 das **Bundesverfassungsgericht** in seinem sogenannten Brokdorf-Urteil. Daher sage ich: Geben wir die **Grundrechte** preis, haben uns die Nazis genau da, wo sie uns haben wollen. Auf der anderen Seite ist natürlich für uns alle hier völlig klar, dass rassistische und menschenverachtende Parolen nicht in unsere Gesellschaft gehören. Wir müssen sie argumentativ bekämpfen und strafrechtlich verfolgen. Der SSW hat immer davor gewarnt, Lunte an das braune Fass zu legen, also selbst dafür zu sorgen, dass das braune Gesocks Punkte machen kann. Das **gescheiterte Verbotsverfahren** vor dem Bundesverfassungsgericht hat der NPD damals viel falsche Bewunderung eingebracht. Es war falsch

von der **Bundesregierung**, im Wissen um die zahlreichen V-Leute in der Nazi-Szene, die teilweise sogar in Vorständen agierten, überhaupt ein Verbotsverfahren einzuleiten. Genauso falsch wäre es, einen Verbotsantrag gegen den Aufmarsch in Lübeck zu beantragen, ohne über neue Erkenntnisse bezüglich der Gefährdung zu verfügen. Ein abschlägiges Urteil wird die Nazis triumphieren lassen. Respekt vor dem Rechtsstaat haben sie damit noch lange nicht.

Der Ruf nach einem **Verbot** sollte die Auseinandersetzung mit dem rechten Gedankengut nicht ersetzen. Das wäre zu einfach. Daher sage ich: Statt Jahr für Jahr im Landtag die gleiche Resolution gegen den rechten Aufmarsch in Lübeck zu verabschieden, sollten wir das **zivilgesellschaftliche Engagement** verstärkt unterstützen, wenn es darum geht, Konzepte gegen Rechts zu entwickeln. Der SSW ist nach wie vor davon überzeugt, dass die aktive Auseinandersetzung nachhaltiger ist als Kundgebungen allein.

Ich will nicht missverstanden werden: Ich finde diese Kundgebung **gegen Rechts** in Lübeck wichtig. Sie ist wichtig, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Geschichte in Schleswig-Holstein. Ich rufe in Erinnerung, dass Schleswig-Holstein vor 1933 die höchste Beteiligung und die höchste Zustimmung für die NSDAP aufwies. Ich rufe in Erinnerung, dass es nach 1945 eine weitere starke Renazifizierung unserer Gesellschaft gegeben hat, und dass wir erst Mitte der 80er-Jahre in Schleswig-Holstein anfangen, uns mit unserer braunen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Das gehört dazu. Darum ist es natürlich wichtig, in Lübeck Flagge zu zeigen.

Ich möchte aber auch daran erinnern - gerade vor dem Hintergrund des Naziterrors -, dass wir weiterkommen müssen. Darum bleibe ich bei meiner Aussage: Wir müssen verstärkt diejenigen unterstützen, die gegen Rechts im Alltag antreten. Wir müssen Konzepte für Schulen und für unsere Gesellschaft insgesamt entwickeln.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Amtsberg, im Zusammenhang mit der Weisung möchte ich daran erinnern, dass es auch in Lübeck Grüne in Verantwortungsübertragung gibt, die nach der Weisung gefragt haben. Da gab es offensichtlich noch einen E-Mail-Verkehr. Ich möchte deswegen sagen, dass es mit der Weisung in unseren Augen schon richtig ist. Gleichwohl haben wir an der Stelle gesagt: Wir machen eine Konzession und übernehmen die Forderung, die in Ihrem Ursprungsantrag enthalten war. Trotzdem wäre eine Weisung meiner Meinung nach durchaus sinnvoll gewesen.

Das Zweite, Herr Koch: Ich wusste nicht, dass kalte Krieger so jung sein können. Das, was Sie hier auch an Diffamierungen geleistet haben, ist in meinen Augen wirklich unerträglich. Ich möchte Ihnen sagen: Nicht wir, nicht DIE LINKE, war es, die zuerst das Verbot der Faschisten-Demo gefordert hat, sondern wer war es? - Es war der **Innenminister**, der aufgrund seiner Erkenntnisse Herrn Saxe aufgefordert hat, entsprechend tätig zu werden. Es war nicht, weil er es politisch motiviert wollte, sondern weil es aufgrund der neuen Situation in Deutschland - unter anderem verbunden mit diesen Rechtsterroristen - einfach **neue Erkenntnisse** gibt und deswegen die Gefahr von Rechts anders bewertet werden muss - übrigens auch aufgrund der Geschichten, die in Ratzeburg passiert sind.

Was ich heute formuliert habe mit diesen Werbe-T-Shirts mit „NSU Schleswig-Holstein“ setzt dem Ganzen wohl noch die Krone auf! Und dann sagen Sie und werfen uns, die wir eine Initiative des Innenministers aufnehmen - übrigens hat auch Herr Kalinka das Verbot gefordert, so wie ich es verstanden habe; ich habe aber die Pressemitteilung nicht mehr gesehen -, und ihm vor, dass er politisch motiviert - aus welchem Grund auch immer - so etwas fordert. - Das ist doch Quatsch. Was Sie hier an Demagogie und Diffamierung geleistet haben, finde ich

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unerhört!)

- unerhört. Genau, Herr Kubicki, Sie haben es richtig gesagt. Das ist unerhört.

Ich möchte an der Stelle nur noch sagen: Es gibt jetzt einen Änderungsantrag von uns - nur damit Sie Bescheid wissen -, der wortgleich ist mit dem ursprünglichen Antrag von SPD, SSW und Grünen, den wir zur Abstimmung stellen. Ich bitte um alternative Abstimmung.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die meisten im Haus wissen, dass ich ein sehr leidenschaftlicher Parteipolitiker bin. Aber ich finde, dass sich dieses Thema - ich habe das schon häufiger gesagt - für parteipolitische Feldgewinne in gar keiner Weise eignet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW sowie des Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr [CDU])

Ich glaube persönlich: Wenn wir über den **Umgang mit Nazis** streiten, profitieren davon nur die Nazis. Deswegen bin ich strikt dagegen.

Ich habe in den letzten Jahren immer an den **Gegendemonstrationen** in **Lübeck** teilgenommen und dort auch immer gesprochen, auch wenn dort Demonstrationsteilnehmer dabei waren, die teilweise Dinge wollen, die nicht in meinem Interesse liegen oder die wir anders sehen. Aber es ist wichtig - das gilt für die Kirchen und die Verbände -, dass man deutlich macht, dass wir **für Demokratie**, für **Toleranz** und **Menschenrechte** eintreten und diesen braunen Terror nicht wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei CDU und FDP)

Mit Blick auf das, was der Kollege Kalinka über die **Polizei** gesagt hat, will ich sagen: Mir ist immer wichtig zu sagen, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten schützen das Recht und nicht die Rechten. Das ist ein großer Unterschied. Darin verdienen sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Wenn wir die Debatte hier führen, will ich auch sagen - das ist der Teil, über den man in der Tat reden muss - und mich sehr zurückhaltend ausdrücken: Wir müssen wirklich alles unterlassen, alles, jeder in seiner Verantwortung, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Nazis Propagandaerfolge durch Gerichtsgewinne erzielen können. Das müssen wir

(Dr. Ralf Stegner)

uns sehr ernsthaft überlegen, jeder an seiner Stelle, sonst haben wir ein großes Problem.

Was die Linkspartei angeht, will ich etwas ganz anderes sagen. In den letzten Tagen gab es eine Debatte darüber, ob die **Linkspartei** beobachtet werden soll wie die Rechten. Ich finde das Quatsch. Die Linkspartei ist alles Mögliche, sie ist strukturkonservativ, sie ist intellektuell teilweise schwer erträglich, aber sie ist nicht gefährlich, und sie sollte nicht beobachtet werden, sondern beobachten sollten wir die Rechten. Die **Gefahr** in Deutschland **kommt von Rechts**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist der Kern, um den es geht.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass der **Bürgermeister der Hansestadt Lübeck**, der ein großes Interesse daran hat, dass die Lübeckerinnen und Lübecker deutlich machen, wofür diese Stadt steht, nämlich für Toleranz und gegen Menschenfeindlichkeit und gegen Nazis, alles, was in seinen Möglichkeiten steht, tut, dass die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Nebenbei bemerkt: Er ist auch immer selbst dabei, wenn wir dort demonstrieren. Das will ich hier feststellen.

Mein letzter Satz: Was immer wir in den Bereichen tun, ob es um Demonstrationen, Demonstrationsverbote, Verbotsverfahren und anderes geht, der entscheidende Punkt ist nicht das, sondern entscheidend ist, dass wir das gemeinsam verändern, was in den wirren Köpfen drin ist, was sich dort verdichtet zu Menschenfeindlichkeit, zu Dingen, die in Deutschland vor dem **Hintergrund unserer Geschichte** besonders schlimm sind. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, durch **zivilgesellschaftliches Engagement** dafür zu werben, dass sich dies ändert.

Jeder Punkt an Übereinstimmung in diesem Haus hilft dabei. Kleinkarierte Parteipolitik hilft überhaupt nicht. Lassen Sie uns diese Werte gemeinsam immer wieder deutlich machen! Das ist ein starkes Zeichen von diesem Parlament gegen Rechts. Wir wollen gemeinsam gegen Rechts etwas tun, wir müssen etwas dagegen tun, denn der rechte Terror ist erschreckend geworden. Wir wollen, dass das aus Deutschland wieder vertrieben wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte - was bei mir ungewöhnlich ist - dem Kollegen Dr. Stegner für seinen Beitrag ausdrücklich danken, weil ich glaube, dass wir bei aller gleichgerichteten politischen Überzeugung, die wir im Hinblick auf den **Kampf gegen Rechts** haben, dokumentieren müssen, dass sich der **Rechtsstaat** im Kampf gegen die, die ihn bekämpfen, wehren muss und nicht infrage gestellt werden darf.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Teil der Debatte, die wir gerade führen, erweckt außerhalb dieses Hauses den Eindruck, als könnte durch Beschlusslage von politischen Gremien ein Grundrecht in die eine oder andere Richtung gebogen werden. Auch die Verwaltung ist an Recht und Gesetz und die Rechtsprechung gebunden. Man kann nicht so tun, als würde man Hopplahopp mal ein **Verbot** aussprechen, und dann sollen die Gerichte entscheiden, die im Zweifel dann Schuld haben. Das hinterlässt einen sehr merkwürdigen Eindruck; den sollten wir in der Öffentlichkeit nicht weiter entstehen lassen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Kalinka, das ist völlig unabhängig von der Frage des politischen Willens, das ist eine Frage der **rechtlichen Möglichkeiten**. Das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit sind fundamentale Säulen einer **freiheitlich-demokratischen Grundordnung**, wie es das Verfassungsgericht immer wieder sagt. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, eine Demonstration zu verbieten: Das Erste ist Überforderung der **Sicherheitskräfte** bei der Bewältigung der Lage. Das können wir definitiv nicht feststellen, weil die Demonstration für den 31. März angekündigt ist und Sicherheitskräfte aus anderen Ländern herangezogen werden können.

Das Zweite ist: Wenn Erkenntnisse darüber vorliegen, dass aus der Demonstration heraus Straftaten begangen werden. Das müssen keine Gewaltstraftaten sein, es würde auch reichen, wenn dort beispielsweise Parolen skandiert werden, die strafrechtlich relevant sind. Nun wissen wir aber aus der Vergangenheit, dass die Rechten intelligent sind

(Wolfgang Kubicki)

und auch lernen und bei der Formulierung mittlerweile so geschickt sind, auch bei der Leugnung der Kriegsschuld Deutschlands so geschickt sind und nicht mehr formulieren, die anderen hätten Schuld, sondern es gäbe eine Mitschuld.

Ich will noch einmal davor warnen, dass wir den Eindruck erwecken - das haben die LINKEN bedauerlicherweise getan -, wir fassen hier einen Beschluss, der umgesetzt wird, egal, was dahintersteht, und alles Weitere darf uns nicht interessieren. Damit spielen wir denen, die unsere Rechtsordnung infrage stellen, in die Hände.

Frau Amtsberg, ich weiß noch nicht genau, wo ich am 31. März bin, aber ich würde gern an Ihrer Seite stehen.

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bringen Sie Freunde mit! - Heiterkeit)

Ich bin jedenfalls dankbar, dass wir es dieses Jahr anders als im letzten Jahr geschafft haben, dass die große Mehrheit des Hauses einen gemeinsamen Antrag formuliert, der unseren politischen Willen und unsere Ablehnung der wirklich Irren dokumentiert, die nicht aus der Geschichte gelernt haben und die auch nicht lernen wollen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Kubicki, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Wenn ich den Kollegen Habeck so sehe, gern.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist auch nicht schlimm.

- Nicht die Frage, sondern Ihr Outfit.

(Heiterkeit)

Ich bin auch nicht schlimm. Es kann nicht jeder so schicke Krawatten haben. - Herr Kubicki, vor dem Hintergrund des eben Gesagten: Wie beurteilen Sie eine Situation, von der wir noch nicht wissen, wie sie ausgeht? Wenn es nicht gelingt, die Demonstration zu verbieten, meinen Sie nicht, dass die Diskussion, die öffentlich geführt wird, dann schon einen Schaden anrichten wird, weil der Eindruck erweckt wurde, wir müssten die Demo verbieten?

- Das waren drei hypothetische Fragen in einer. Bei der Zusammenballung kann ich keine auch für Sie

befriedigende, sinnvolle Antwort geben. Ich warne davor, öffentlich im politischen Raum oder von Amtsträgern von Verboten zu reden, weil die **Willkürfreiheit einer Entscheidung** dabei infrage steht.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist keine Kritik am Innenminister. Dieses Spiel hilft uns nicht weiter. Es ist schlicht und ergreifend eine Feststellung, dass es bei einer **gerichtlichen Überprüfung** immer um die Frage geht: Ist eine willkürfreie Entscheidung zustande gekommen, ja oder nein?

Mein Wunsch - Herr Dr. Stegner und Lothar Hay wissen das - war schon immer, dass die Rechten durch eine Stadt marschieren und Zehntausende von Menschen am Straßenrand stehen und sich schlicht und ergreifend umdrehen, wenn sie vorbeikommen. Eine größere Missachtung der Rechtsradikalen kann es nicht geben. Ich würde mir wünschen, die Linken und versprengten Irren auf der linken Seite, die bei solchen Veranstaltungen immer Randalen machen wollen, würden einmal begreifen, dass das nach außen ein viel sichtbareres Zeichen wäre,

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

als sich mit Polizeibeamten Prügeleien zu liefern, die den Rechtsstaat gegen massive innere Überzeugung verteidigen und nicht die Rechten, sondern den Rechtsstaat schützen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Kubicki, lassen Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Immer wieder gern.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann will ich klarstellen: War es ein Fehler des Innenministers zu sagen, die Demo müsse verboten werden?

- Nein, das ist eine politische Meinungsäußerung. Auch Sie haben gesagt, an sich müsste die Demo verboten werden, aber nur auf rechtsstaatlicher Grundlage. Ich gehe davon aus, dass der Innenminister - ich darf aus vertraulichen Sitzungen nicht berichten - erstens rechtsstaatlich gesinnt ist, was ich weiß, zweitens seiner Verantwortung gerecht wird und drittens alle Möglichkeiten nutzen wird, die der

(Wolfgang Kubicki)

Rechtsstaat hergibt, um ein Verbot, das wir politisch wollen, möglicherweise durchsetzen zu können.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Thoroee das Wort.

Björn Thoroee [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, erst einmal möchte ich feststellen, dass es schon im letzten Jahr einen gemeinsamen Antrag gab, der im Landtag einstimmig beschlossen wurde. Von daher ist das, was wir heute erleben, eher ein Rückschritt.

(Zurufe)

Ich bin bei der Verbotsdebatte tatsächlich auf der Seite des Innenministers,

(Zurufe)

der in der Zeitung gesagt hat, man müsse es zumindest versuchen und dokumentieren, auch für die öffentliche Debatte, dass man die **Nazi-Demo** nicht haben will, das könne man auch dadurch dokumentieren, dass man zum **Verwaltungsgericht** geht.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE] - Unruhe)

Natürlich sollte man nicht im Vorhinein dafür sorgen, dass die Chancen schlechter werden. Das ist auch eine Aussage. Es ist auch keine Schande, wenn man vorm Verwaltungsgericht verliert, weil man damit zumindest dokumentiert hat, dass man alles in seiner Macht Stehende versucht hat, um die Demonstration zu verbieten und die **Faschistinnen und Faschisten in Lübeck** nicht laufen zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Auch das ist ein starker Ausdruck.

Ich möchte kurz auf den Unterschied zwischen den beiden Anträgen hinweisen. Mir ist es nach wie vor schleierhaft, warum man immer noch die Extremismuskeule herausholt und in der Überschrift formuliert: „Dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegenzusetzen“. In meinen Augen ist das eine Art von **Gleichsetzung** von **Links und Rechts**, die nicht statthaft ist.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Thoroee, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck zu?

Björn Thoroee [DIE LINKE]:

Ja.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es Ihre Auffassung ist, dass wir politische Gerichtsurteile fällen sollen, warum hat dann Die LINKE ihren ursprünglichen Antrag zurückgezogen?

(Gerrit Koch [FDP]: Ja, sehr glaubhaft! - Weitere Zurufe)

- Wir haben den Sinn unseres Antrags nicht geändert. Es stand vorher drin: Der Innenminister soll eine Weisung an den Bürgermeister erteilen, dass die Demonstration verboten wird beziehungsweise der Verbotsantrag gestellt wird. Jetzt steht immer noch die Forderung nach einem Verbot im Antrag. Daher kann ich da keine riesengroßen Unterschiede ausmachen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind da überfordert! - Gerrit Koch [FDP]: Wo steht denn das drin? - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thoroee. - Herr Abgeordneter Thoroee, ich bitte Sie, im Rahmen Ihres Dreiminutenbeitrags fortzufahren.

Björn Thoroee [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Aber ich bin jetzt auch zum Ende gekommen.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jenseits des Ziels dieser Debatte, gegen Rechts an-

(Anke Spoorendonk)

zugehen bei der **Demonstration Ende März in Lübeck**, muss ich noch einmal an den Ablauf erinnern. Da bin ich dann bei dem Kollegen Kubicki. Ich finde, es ist katastrophal, zu sagen, es ist keine Schande, vor Gericht nicht weiterzukommen, vor Gericht nicht zu obsiegen. Diese Einstellung ist nicht eine Einstellung, die unserem Rechtsstaat dient. Darum sage ich, das ist katastrophal.

(Beifall bei SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann nicht einfach einen Probestein loschicken und sagen: Schauen wir einmal, wo der hinfliegt. Das geht nicht.

Zu dem **Ablauf** muss ich noch sagen: Das war mir schon ein Anliegen in meiner Rede. Ich fand, es war bemerkenswert, dass der Innenminister des Landes ohne Not - es bestand keine Eile, keine Hektik - Anfang dieses Jahres in einem Interview in den „Lübecker Nachrichten“ die Botschaft verbreitete, man müsse jetzt die Demonstration verbieten. Er hat das in die Öffentlichkeit hineingetragen. Wenn es um die Sache gehen würde, dann hätte er mit dem Bürgermeister in Lübeck telefoniert. Dann hätte er gesagt: „Ich schaue einmal vorbei. Dann sehen wir mal, was gemacht werden kann.“ Dann hätte man das vertraulich gemacht, und dann hätte man die Öffentlichkeit erst informiert, wenn konkrete Fakten vorgelegen hätten. Das wäre doch der richtige Weg gewesen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Minister Schlie, ich bin in dieser Sache wirklich nicht Ihrer Auffassung. Ich bedauere sehr, dass Sie diesen öffentlich wirksamen Weg gewählt haben. Das muss ich Ihnen klar und deutlich sagen. Das ist nicht der Sache dienlich.

Ich muss auch noch zu der LINKEN und dem letzten Beitrag des Kollegen Thoroe sagen: Die Linken wollten ursprünglich nicht einem gemeinsamen Antrag beitreten. Das wolltet ihr nicht. Dann kann man sich nicht hier hinstellen und sagen: „Okay, wir hätten das auch gern.“ Es hat Gespräche gegeben; das ist ganz klar.

Ich muss auch noch einmal sagen - diese Diskussion hatten wir auch im letzten Jahr -: Wenn man immer nur mit Maximalforderungen kommt, die der eigenen politischen Position entsprechen, dann kommt man nicht weiter. Dann wird es nichts Gemeinsames geben. Und das, was aus Ihrem Antrag als Botschaft hervorgeht, ist nicht etwas, womit ich mich identifizieren kann.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Es gibt einen weiteren Dreiminutenbeitrag, und zwar des Herrn Abgeordneten Peter Harry Carstensen.

Peter Harry Carstensen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es kommt selten vor, dass ich auch in der Tendenz den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, die dann auch von Herrn Kubicki unterstützt worden sind, folge.

Wenn ich mir vorstelle, ich gehörte zu den Menschen, die da draußen mit dieser rechtsradikalen Auffassung Politik machen wollen, Bewegung machen wollen, und wenn ich mir vorstelle, ich würde die Debatte, den kleinen Streit, der aus dieser Debatte entsteht und der uns nicht zusammenschweißt, sondern in einzelnen Feinheiten wieder auseinanderbringt, beobachten, dann würde ich fragen: Was sind das eigentlich für Demokraten?

Als einer, der 1947 geboren ist, der zu Hause erlebt hat, was über die Zeit gesagt worden ist, die meine Eltern intensivst mitgemacht hatten, in der mein Bruder, der den Namen Harry trug, gefallen ist, worüber aber selten gesprochen worden ist, der aber erlebt hat, wie Flüchtlinge über ihr Schicksal gesprochen haben, der Hunger miterlebt hat, nicht selbst, sondern gesehen hat, wie Leute in Schleswig-Holstein angekommen sind, die Hunger hatten, die aufgrund der Verbrechen leiden mussten, und der in seiner ganzen politischen Zeit viel darüber nachgedacht hat, wie man reagieren würde, wenn man selbst in eine solche Situation hineinkäme, als einer, der das als verantwortungswürdig empfindet, was da draußen propagiert wird und wofür dort demonstriert wird, bin ich ein bisschen betroffen, wenn er diese Debatte in dieser Art sieht und erlebt.

Ich wäre sehr, sehr dankbar, wenn es jetzt nicht um die kleinen, feinen Unterschiede ginge, sondern wenn wir wesentlich deutlicher herausheben würden, was uns in dieser Sache eint, nämlich der **Kampf gegen diese extremen, unanständigen Menschen**.

(Beifall im ganzen Haus)

Da geht es wirklich, Herr Thoroe, auch um **politischen Extremismus**. Ich habe nichts gegen politisch extreme Meinungen, aber wenn Sie sich getroffen fühlen durch den - -

(Peter Harry Carstensen)

(Der Abgeordnete Ulrich Schippels [DIE LINKE] schüttelt den Kopf)

- Entschuldigen Sie, Herr Thoro hat das gesagt; da müssen Sie doch nicht den Kopf schütteln. Vielleicht wollten Sie nicht, dass er das sagt, aber er hat es gesagt. „Dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegenzusetzen“.

Ich finde, hinter diesen Titel können wir uns alle stellen, wenn wir uns denn zur **freiheitlichen Demokratie** bekennen. Ich finde, das sollten wir alle, die das wollen.

Ich habe noch in guter Erinnerung, Frau Midyatli, nicht Ihre Rede von heute, sondern Ihre Rede zu diesem Thema, die Sie vor Kurzem in eigener Betroffenheit gehalten haben. Sie hat mich außerordentlich beeindruckt. Ich finde, wenn wir in der Lage sind, einen ähnlichen Eindruck aus diesem Parlament nach draußen zu geben, dann haben wir unsere Pflicht erfüllt, aber nicht, wenn wir uns darüber unterhalten, wer was in der Zeitung gesagt hat und was irgendwo sonst geäußert worden ist, sondern wenn hier deutlich gemacht wird, dass wir alle das Ziel haben, dass diese **Nazis**, diese Verbrecher über uns nie wieder **das Sagen bekommen**.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Innenminister Klaus Schlie das Wort.

Klaus Schlie, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Versammlungsrecht** ist ein hohes Gut unserer Demokratie und grundrechtlich verbrieft. Um dieses **Grundrecht** einschränken zu können, bedarf es daher guter, rechtsstaatlich abgesicherter Gründe. Einem Versammlungsverbot muss daher eine eingehende **Prüfung** der rechtlichen und tatsächlichen Situation vorausgehen. Das ist die Aufgabe einer **örtlichen Versammlungsbehörde**. Es ist Aufgabe und Pflicht eines Innenministers - gemeinsam mit denjenigen, die im Innenministerium für Versammlungsrecht zuständig sind, mit unseren Sicherheitsbehörden, dem Verfassungsschutz, dem Staatsschutz und der Polizeidirektion in Lübeck, die dazu beitragen können, dies rechtssicher zu machen -, dies auch zu tun.

Weil es wichtig ist, dass von diesem Haus ein **gemeinsames Zeichen** ausgeht, bin ich selbstverständlich gern bereit - dabei werde ich auch selbst

mitstimmen, dass auch der Punkt 1 des Antrags mit beschlossen wird -, dass wir als Innenministerium selbstverständlich gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden dem **Lübecker Bürgermeister** alle **Informationen** zur Verfügung stellen werden, die es übrigens bis kurz vor der Demonstration auch noch weiterhin gilt zusammenzutragen, damit er dann gemeinsam mit uns - gemeinsam mit uns! - die **abschließende Prüfung** durchführen und die Entscheidung treffen kann, ob er ein **Versammlungsverbot** aussprechen kann. Das ist sozusagen nicht nur eine Aufgabe, die wir haben, sondern es ist die Pflicht der Sicherheitsbehörden und natürlich auch der staatlichen Organe insgesamt.

Nun spielt hier die Frage eine ganz entscheidende Rolle, ob es richtig gewesen ist, dass ich als Innenminister die zuständige örtliche Versammlungsbehörde, in Person den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, aufgefordert habe, das gemeinsam mit uns auf den Weg zu bringen. Außerdem spielt auch die Frage eine Rolle, ob ich dazu eine **Erkenntnislage** habe - dazu gibt es Gremien, in denen das vorgetragen wird; übrigens auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag und auch in Zukunft -, die das **Verbot** auch rechtswirksam durchtragen lassen. Warum ich das getan habe, will ich Ihnen gern noch einmal sagen. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland und in Schleswig-Holstein aufgrund der **rechtsterroristischen Morde** und aufgrund anderer Dinge, auf die ich gleich noch eingehen werde, eine **andere Situation** als in den Vorjahren, um diese Versammlung, die in Lübeck wiederum von einem NPD-Funktionär beantragt worden ist, tatsächlich auch in anderer Weise und mit anderen Mitteln - mit den Mitteln, die sich jetzt aus der Situation und der Lage ergeben - und den Fakten, die wir dazu haben, zu gutachten.

Es ist doch tatsächlich ein wenig absurd, wenn mir als Innenminister vorgeworfen wird, dass ich in der Pflicht, in der ich stehe und unter dem Eid, den ich hier geleistet habe, ein Versammlungsverbot in diese Richtung fordere, dass ich alle Mittel, die wir als Sicherheitsbehörde und als Innenministerium haben, anbiete, um es tatsächlich rechtsstaatlich auf den Weg zu bringen. Dass das kritisiert wird, ist doch völlig absurd.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoro [DIE LINKE])

- Ich mag Beifall von der falschen Seite und an der falschen Stelle nicht.

Es ist auch absurd, dies hier zu diskutieren. Denn wir leben in einer bestimmten sicherheitspolitischen

(Minister Klaus Schlie)

und auch rechtlichen Situation zu dieser Frage in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt einen **Beschluss**, einen einstimmigen Beschluss der **Innenministerkonferenz**.

„Die Innenminister und -senatoren der Länder und der Bundesminister des Innern sind sich darin einig, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) eine Partei ist, die nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und zu beseitigen. Ihre Ideologie ist menschenverachtend, fremdenfeindlich, antidemokratisch und antisemitisch.

Die Innenminister und -senatoren der Länder und der Bundesminister des Innern streben daher ein erfolgreiches Verbot der NPD an.“

Ich zitiere weiter aus dem Beschluss:

„Die IMK sieht dabei mit Blick auf die hohen verfassungsrechtlichen Hürden, die durch das Bundesverfassungsgericht konkretisiert wurden, sowie auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte die Notwendigkeit, zuvor die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen eines Verbotes aufzuzeigen, abzuwägen und zu bewerten.“

Das ist die Aufgabe, die selbstverständliche Aufgabe, die wir als staatliche Organe und Sicherheitsbehörden haben.

Und die **Ministerpräsidentenkonferenz** hat ebenfalls einstimmig beschlossen:

„Die jahrelangen Erfahrungen mit Vertretern der NPD, auch in mehreren Landtagen sowie in Kommunalvertretungen und darüber hinaus belegen, dass die NPD eine rassistische, fremdenfeindliche Partei ist, die aggressiv und systematisch Kernelemente der Wertordnung unseres Staates ablehnt und missachtet; die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder halten sie deshalb für verfassungswidrig. ... Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder streben ein erfolgreiches NPD-Verbot an.“

Das ist die jeweils einstimmige Beschlusslage der Ministerpräsidentinnen und der Ministerpräsidenten sowie der Innenminister und -senatoren. Und Sie werden doch wohl nicht sagen wollen, Frau Abgeordnete Spoorendonk, dass ich vor diesem Hintergrund, dieser öffentlichen Beschlusslage - ich gehe nicht auf die politische Diskussion ein -, als Innen-

minister des Landes Schleswig-Holstein nicht verpflichtet sei, wenn ein NPD-Funktionär eine derartige Demonstration beantragt, mich öffentlich dazu dahingehend zu äußern, dass diese Demonstration auch aufgrund anderer Erkenntnislagen, die ich habe, die ich aber nicht öffentlich vortragen werde, selbstverständlich verboten werden muss, wenn am Ende dieses Prozesses, den wir gemeinsam mit dem Lübecker Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchführen werden, die Erkenntnis haben, dass dies rechtssicher geschehen kann. Das ist meine Pflicht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Erneut - das sage ich Ihnen zum wiederholten Male - haben **rechtsextreme Personen und Organisationen Lübeck** zum Ziel ihrer menschenverachtenden Propaganda erkoren. Wie in den vergangenen Jahren, versuchen sie, besondere Ereignisse des **Kriegsgeschehens des Zweiten Weltkriegs** für ihre Zwecke umzudeuten. Das ist schlichtweg unerträglich. Das erfordert einerseits das gemeinsame Handeln der Demokraten, aber eben auch das entschlossene rechtsstaatlich abgesicherte Handeln der Sicherheitsbehörden, der staatlichen Organe und der kommunalen Ordnungsbehörden. Am Palmarm des Jahres 1942 haben alliierte Kräfte Lübeck aus der Luft bombardiert. Dieser Angriff hat unzählige Opfer gefordert und bleibt ein furchtbares Ereignis für die Stadt und seine Menschen. Mit dem geplanten **Aufmarsch** der Rechtsextremisten und Neofaschisten am 31. März dieses Jahres unter dem Hinweis auf den sogenannten - ich zitiere wörtlich - „Alliierten Bombenterror“ sollen die Opfer des Nationalsozialismus bewusst verschwiegen und herabgewürdigt werden. Es kommt zu einer Verdrehung der historischen Fakten, die zu einer Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes führt. In dem die Alliierten als Terroristen dargestellt werden, wird das NS-Regime verharmlost und gerechtfertigt.

Die in Lübeck durch den Bombenangriff vom 28./29. März 1942 gefallenen Kriegsoffer sollen auf diese Weise im Sinne der menschenverachtenden **nationalsozialistischen Ideologie** für rechtsradikale Zwecke instrumentalisiert werden. Es ist für mich daher eindeutig und absolut unverzichtbar, dass die Hansestadt Lübeck als Versammlungsbehörde alle rechtlichen Möglichkeiten für ein Verbot einer derartigen Versammlung ausschöpft. Sie kann sich dabei auf die **Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden** sowie auf die aktuelle **Rechtsprechung** stützen.

(Minister Klaus Schlie)

Ich sage auch deutlich - ich bin Ihnen, Herr Dr. Stegner, für Ihren Beitrag sehr dankbar -, das geschieht mit der notwendigen Zurückhaltung. Es ist überhaupt nicht hilfreich, wenn diese Erkenntnisse, die übrigens laufend bis kurz vor das Datum der Demonstration natürlich weiter erhoben werden, ständig öffentlich bewertet werden. Das ist wenig hilfreich.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und SSW)

Und es ist vor allen Dingen am wenigsten hilfreich, wenn das von denjenigen geschieht, die diese Erkenntnisse gar nicht haben.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat in seinem Beschluss vom 4. November 2009 die Regelung in § 130 Abs. 4 StGB für verfassungsgemäß erklärt. Damit werden **Äußerungen** unter **Strafe** gestellt, mit denen der öffentliche Friede in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch gestört wird, dass die Äußerungen die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigen, leugnen oder verharmlosen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck zu?

Klaus Schlie, Innenminister:

Ich würde das gern zu Ende bringen, dann aber gern, Herr Dr. Habeck.

Die **Versammlungsbehörde in Lübeck** hat zu prüfen, ob angesichts der Tatsache, dass von der Art und Weise des geplanten Aufmarsches an einem für Lübeck und Schleswig-Holstein historisch bedeutsamen Tag erhebliche Provokationen ausgehen, die das sittliche Empfinden der Bürgerinnen und Bürger erheblich beeinträchtigen, die Gefahr einer **Störung des öffentlichen Friedens** gegeben ist.

Hinzu kommt noch ein **weiterer Ansatzpunkt für ein mögliches Verbot**, nämlich die Aufdeckung der furchtbaren organisierten Verbrechen. Gemeint sind die bisher bekannt gewordenen zehn **Morde** der rechten Terroristen. Dies offenbart eine völlig neue Qualität rechtsextremistischer beziehungsweise rechtsterroristischer Gewalt und Kriminalität der schrecklichsten Art.

Es zeigt sich, dass durch **rechte Propaganda** angestachelter Hass auch nicht vor schwersten Straftaten haltmacht. Auch harmlos erscheinende Propaganda kann Folgen zeitigen. Den Neonazis muss daher die

Grundlage zur Darstellung ihrer gewalttätigen Ziele genommen werden. Es ist meine Pflicht, als Innenminister darauf hinzuweisen und dies zu tun, sehr geehrte Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Aus diesem Grunde halte ich **versammlungsrechtliche Maßnahmen** gegen den Naziaufmarsch in dieser besonderen Situation mit den hier nur allgemein und beispielhaft dargestellten Begründungselementen für geboten.

Eine **Weisung** des Innenministeriums und des Innenministers an den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, die Versammlung zu verbieten, wird es nicht geben. Dazu besteht auch kein Anlass. Ich sage es noch einmal: Wir haben bereits zusammengesessen und den Fahrplan für den Kommunikations- und Informationsaustausch miteinander vereinbart, und zwar die von mir dargestellten Organisationen, die sicherheitsrelevanten Behörden und die Hansestadt Lübeck. Wir werden das auch weiterhin tun.

Ich habe - damit es kein Missverständnis an dieser Stelle gibt - volles Vertrauen, dass die Versammlungsbehörde in Lübeck in Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten eines Versammlungsverbotes prüfen und gegebenenfalls umsetzen wird. Dass eine solche Maßnahme letztlich einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten hat, ist doch selbstverständlich in einem Rechtsstaat. Dabei sollte sich niemand seiner Verantwortung entziehen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Jetzt hat Herr Abgeordneter Dr. Habeck für eine Zwischenfrage das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Herr Innenminister, ich teile den Appell des Ministerpräsidenten, dass wir zusammenstehen sollen. Ich teile auch Ihre Einschätzung, dass man mit öffentlichen Beurteilungen des verfassungsrechtlichen Verfahrens und der juristischen Prüfung zurückhaltend sein soll. Ich würde gern von Ihnen wissen, ob die von Ihnen in verschiedenen Interviews gemachten Andeutungen nicht genau das sind, nämlich öffentliche Äußerungen in einem laufenden Verfahren. Empfinden Sie diese Ihrer eigenen Logik folgend als wenig hilfreich?

Klaus Schlie, Innenminister:

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck, vielleicht erinnern wir uns gemeinsam daran, dass das **NPD-Verbot** in

(Minister Klaus Schlie)

Schleswig-Holstein wie in allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland erneut diskutiert worden ist. Vielleicht erinnern wir uns auch gemeinsam daran, wer in diesem Land zur Vorsicht riet, was die öffentliche Diskussion über ein mögliches NPD-Verbotsverfahren angeht. Vielleicht erinnern wir uns einmal daran, wer damals zur Vorsicht riet. Zur Vorsicht geraten haben die FDP, die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und andere. Ich habe auch zur Vorsicht geraten, wenn ich das am Rande erwähnen darf.

Bevor wir das NPD-Verbotsverfahren zum **Bundesverfassungsgericht** geben werden und bevor das Verfassungsgericht darüber befinden wird, gab es die beiden von mir zitierten einstimmigen Beschlusslagen der Innenministerkonferenz und der Ministerpräsidentenkonferenz. Darin wird festgestellt, dass die NPD eine verfassungswidrige Partei ist.

Wenn diese Feststellung von der Innenministerkonferenz und der Ministerpräsidentenkonferenz getroffen wird, dann ist das doch völlig klar, dass der Innenminister eines Landes selbstverständlich gemeinsam mit der zuständigen örtlichen Ordnungsbehörde, wenn ein NPD-Mann eine Demonstration beantragt, diese Feststellung und andere Erkenntnisse berücksichtigt, von denen Sie zum Teil auch wissen, die ich hier aber nicht vortragen kann und auch nicht vortragen werde. Dann müssen wir selbstverständlich die notwendige Diskussion führen und dürfen nicht darauf warten, dass der Vorgang formal nach einer Checkliste abgearbeitet wird.

Deswegen ist diese Diskussion notwendig und muss auch bis zu einem bestimmten Punkt in der Öffentlichkeit geführt werden. Ich halte es allerdings für problematisch, dass wir uns laufend gegenseitig unterstellen, es gebe nicht genügend Argumente. In der derzeitigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland, nach zehn rechtsterroristisch motivierten Morden, nach dem Vorfall einer neofaschistischen Gruppe in Ratzeburg, bei dem es zu Morddrohungen gekommen ist, müssen wir erkennen, dass es eine **andere Ausgangslage** gibt aufgrund der Fakten, die zusammenzutragen sind, um tatsächlich zu einem **rechtsstaatlichen Verbot** dieser Demonstration zu kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das war die Antwort auf Ihre Frage.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider nicht!)

- Sehr geehrter Dr. Habeck, das war die Antwort auf Ihre Frage. Aus weiteren Erörterungen mit mir wissen Sie, dass das alles ist, was ich in der Öffentlichkeit dazu sagen werde.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, weil ich es für wichtig halte, über den Tag hinaus zu denken. Deshalb will ich auch das aufgreifen, was Sie gesagt haben, Frau Abgeordnete Amtsberg. Wenn es möglicherweise - wovon ich nicht ausgehe - nicht zu einem rechtskräftigen Verbot der Demonstration in Lübeck kommen wird, werden Sie mich dort auch sehen, genauso wie Sie mich am 1. Mai in Neumünster sehen werden.

(Beifall bei CDU, FDP und der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um acht Minuten und 42 Sekunden überschritten. Diese steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. Ich schaue in die Runde. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist alternative Abstimmung beantragt worden. Ich schlage Ihnen daher vor, den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Drucksache 17/2216 (neu), zu einem selbstständigen Antrag zu erklären und darüber alternativ abzustimmen. - Ich vernehme keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Drucksache 17/2216 (neu), seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie einige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/2154 (neu), seine Zustimmung geben möchte, den bitte jetzt ich um das Handzeichen. - Das sind zwei Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/2216 (neu) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie mit einigen Stimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen ist. Ich stelle weiter fest, dass da-

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

mit der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/2154 (neu), abgelehnt worden ist. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich habe vernommen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, jetzt noch den nächsten Tagesordnungspunkt aufzurufen.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich stelle fest, dass dies nicht einvernehmlich miteinander besprochen worden ist. Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, sich zu verständigen. - Zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Stegner!

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich stelle fest, dass der Punkt auf der Tagesordnung steht, es noch nicht 13 Uhr ist und es im Übrigen keine einvernehmliche Vereinbarung der Geschäftsführer gibt, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung herunterzunehmen. Deshalb gehen wir davon aus, dass in der Tagesordnung fortgefahren wird, wie sie ausgewiesen ist.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Bei mir ist angekommen, dass man sich darauf verständigt hat. Ich stelle fest, dass es diese Verständigung nicht gegeben hat. Insofern bitte ich jetzt darum - -

Ich erteile das Wort zur Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Ungeachtet der Tatsache, dass ich mich nicht für die Kantine aussprechen muss, haben wir uns auf eine verkürzte Mittagspause von 13 bis 14 Uhr eingelassen. Wir alle - ich persönlich jedenfalls - haben unsere Termine darauf ausgerichtet. Wir sind bereit, sofort um 14 Uhr weiterzutagen. Aber es ist unglaublich, die Mittagspause, weil in einem Tagesordnungspunkt ein bisschen Brisanz ist, komplett ausfallen zu lassen, nur weil irgendjemand hier ein Spektakel veranstalten will. Ich bitte darum, dass wir um 13 Uhr die Sitzung schließen und um 14 Uhr wieder aufrufen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Beitrag zur Geschäftsordnung, Frau Abgeordnete Heinold!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zur Klarstellung und Ehrenrettung der parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer: Mit Ausnahme der FDP habe ich das mit allen geklärt.

(Zurufe von der FDP)

- Mit der FDP wollte Herr Bernstein das klären. Das läuft meistens so, dass ich das mit der einen Seite abkläre und Herr Bernstein mit der anderen Seite. Insofern gab es eine Verständigung. Wenn Sie von der CDU nicht einbezogen worden sind, ist das nicht mein Problem. Ich wäre sehr dafür, dass wir, wie abgesprochen, weitermachen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Beitrag zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ich weise darauf hin, dass wir zu einem Zeitpunkt, der inzwischen 30 Minuten zurückliegt, die Einschätzung hatten, dass man den Punkt vor der Mittagspause noch aufrufen und dieser mit geringem Heineinwirken in die Mittagspausen zum Ende gebracht werden könnte. Das ist jetzt offensichtlich nicht mehr der Fall, und es gibt insofern eine völlig neue Ausgangslage.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Bei dieser Diskussionslage lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir den nächsten Tagesordnungspunkt jetzt aufrufen. Ich bitte um Handzeichen, wer dafür ist, dass der nächste Tagesordnungspunkt noch aufgerufen wird. - Das sind die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dafür, dass wir zunächst in die Mittagspause eintreten? -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Guten Appetit!)

Das sind CDU, FDP und DIE LINKE. Damit treten wir jetzt in die Mittagspause ein und machen um 14 Uhr weiter.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung 12:53 bis 14:04 Uhr)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wieder eröffnet

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte - Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/2070

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Antje Jansen von der Fraktion die LINKE.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! **Mobilität** ist ein **Grundrecht**. Sie gehört heute als Voraussetzung sozialer Teilhabe ebenso zur Grundversicherung wie der Grundbedarf an Lebensmitteln und das Wohnen. Die Zeiten sind vorbei, in denen Wohnen und Arbeiten dicht beieinander lagen, auch in den Städten, in denen früher durch die Industrie-arbeitsplätze die Menschen dicht zusammengeballt wohnten. Das gilt für das Einkaufen genauso wie für den Arztbesuch oder notwendige Amtsgänge. Und das gilt für unsere sozialen und kulturellen Kontakte.

Ob wir vom Sportverein sprechen, von der Volkshochschule, vom Besuch im Kino, Bibliothek oder Theater, ja selbst der persönliche Kontakt zu Familienangehörigen und Freunden, alles das ist ohne Mobilität nicht mehr zu realisieren.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Entschuldigung, Frau Kollegin. Ich möchte Sie nicht unterbrechen, sondern ich möchte darum bitten, dass die Kolleginnen und Kollegen im Plenum ihre internen Debatten unterbrechen und der Rednerin aufmerksam folgen.

(Beifall bei den LINKEN)

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Das gilt in den Städten und das gilt umso mehr in den ländlichen Regionen, besonders in den kleinen Dörfern, wo es den Gasthof, die Post, die Bank

oder selbst die Einkaufsmöglichkeiten vielfach gar nicht mehr gibt.

Mobilität ist genauso Teil der sozialen Infrastruktur wie kostenloser Schulbesuch, wie ein bezahlbares Gesundheitssystem und der uneingeschränkte Zugang zu Nahrung, Wasser und Energie.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE fordert Mobilität für alle, und wir wollen für alle Menschen in Schleswig-Holstein den **kostenfreien Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr**, Herr Kubicki. Alles das wollen wir mit unserem Antrag erreichen.

(Beifall bei den LINKEN)

Man kann das auch anders organisieren, und man kann das auch anders finanzieren, als dies heute der Fall ist.

(Zuruf: Wie denn?)

- Das sage ich Ihnen noch.

Wir sehen den öffentlichen Personennahverkehr nicht als notgedrungenes Gegenstück zum motorisierten Individualverkehr und damit als Restbecken für alle, die sich kein Auto leisten können. Nach unserem Verständnis soll der öffentliche Verkehr der Normalfall sein.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der FDP: Na, na!)

Wenn der öffentliche Verkehr preislich und letztlich auch attraktiv ist, nämlich billig, verfügbar, nah und bequem, dann benutzen die Menschen ihn auch.

Wir wissen, dass wir noch weit entfernt sind von der Umsetzung - jetzt hören Sie genau zu - unseres Konzeptes eines kostenfreien öffentlichen Personennahverkehrs. Aber wir können nicht länger hinnehmen, dass insbesondere diejenigen in ihrer Mobilität weiter eingegrenzt bleiben, die keine Alternative zu den öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Die Hartz-IV-Regelsätze gehen strukturell von gesellschaftlicher Teilhabe aus, obwohl sich deren Empfänger eine Monatskarte oder erhöhte Fahrpreise nicht leisten können. Deshalb wollen wir als ersten Schritt die Einführung eines **landesweiten Sozialtickets**, das in den Grenzen der heutigen Regelsätze freien Zugang zur Mobilität schafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen dieses Sozialticket kombinieren mit dem vergünstigten beziehungsweise **kostenfreien Zugang** auch zu **kulturellen, sportlichen, sozialen**

(Antje Jansen)

Angeboten der Kommunen und des Landes, also für Schwimmhallen, Tierparks, Theater, Büchereien und Volkshochschulen. Wir wollen, dass die Landesregierung dafür eine entsprechende Lösung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Verkehrsverbänden erarbeitet.

Wir haben im September 2010 die Landesregierung gefragt, wie hoch sie die **Kosten** für ein solches Sozialticket einschätzt, wenn es für monatlich 15 € zu haben ist. Und die Landesregierung hat natürlich folgende Rechnung aufmacht: Bei angenommen 252.000 Berechtigten würde das knapp 890 Millionen € kosten. Da wurde einfach die Zahl der Berechtigten, sage ich jetzt einmal, mit dem aktuellen Preis einer Monatskarte für das Gesamtnetz im Schleswig-Holstein-Tarif, der bei 309 € liegt, mal genommen. Es kann aber doch niemand in diesem Haus ernsthaft annehmen, das Mobilitätsverhalten der Berechtigten würde sich auf einen Schlag so ändern, dass plötzlich alle Hartz-IV-Empfänger Busse und Bahnen stürmen, um täglich Fahrten von Glückstadt an der Elbe nach Glückstadt an der Flensburger Förde zu unternehmen.

(Zuruf von der CDU: Glücksburg!)

- Glücksburg, ja. Da habe ich mich verlesen; macht aber nichts. Sie können darüber lachen, aber es ist nun einmal so. Das passiert anderen auch.

Dieses Kalkül ist völlig weltfremd. Tatsächlich würde der Zugang zur Mobilität mit dem Sozialticket diesen Menschen bei der Organisation ihres Alltags helfen.

Wenn man sich realistisch an den Preisen einer städtischen Monatskarte orientiert, also an einem Preis von derzeit 50 bis 60 €, dann kommt man auf einen **Finanzierungsbedarf** von etwa 100 bis 135 Millionen €. Das ist immer noch - das sagen auch wir - ein großer Betrag. Das ist aber schon eine ganz andere Zahl als die von der Landesregierung stumpf veranschlagten 890 Millionen €. Man muss die Kosten ernsthaft einschätzen und ausloten - das sagen wir auch - und dann nach einem Weg suchen, wie das finanziell zu schultern ist.

Wenn die Landesregierung diesen Antrag ernst nimmt, dann kann sie das auch machen. Allerdings muss am Anfang der politische Wille zu einer Lösung Richtung landesweites Sozialticket stehen.

Wir wollen mit unserem Antrag dabei helfen, zu überlegen, wie man die Mobilität im Lande in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Verkehrsverbänden für die Menschen verbessern kann. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Jansen, es ist schon abenteuerlich, was Sie hier erzählen. Ihr Antrag an sich ist schon ein Abenteuer. Ihre Ausführungen sind aber noch viel schlimmer.

(Beifall bei der CDU)

Einen **kostenfreien ÖPNV** hat es nicht einmal in der DDR gegeben. Meine Damen und Herren, worüber reden wir hier eigentlich?

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Wir wollen gar nicht die DDR zurück!)

- Das haben Sie gesagt. Das ist Ihr Ziel.

Sie tragen in Lübeck Verantwortung, und die Haushaltslage der Stadt Lübeck ist uns bekannt. Wir brauchen darüber gar nicht zu diskutieren. Wir müssen doch einmal sehen, wer das am Ende **bezahlt**: Ob es aus Steuermitteln bezahlt wird oder umgelegt wird, es sind die **Leistungsträger dieser Gesellschaft**. Es sind die Arbeitnehmer, die das am Ende bezahlen. Sie können doch nicht ernsthaft verlangen, dass der Leistungsträger, der jeden Tag von Kiel nach Hamburg fährt und 237 € für eine Monatskarte bezahlt, das bezahlt, und derjenige, der leider keine Arbeit hat, in Zukunft alles frei hat oder nur 15 € bezahlt. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Wer soll denn das bezahlen?

(Beifall bei der CDU und FDP)

Wenn Politik ernst genommen werden will, dann müssen die Reden, die in diesem Hohen Haus gehalten werden, auch ernsthaft sein. Wenn das Ihre tiefe Überzeugung war, von der Sie in Ihrer Rede gesprochen haben, dann wundert es mich nicht, dass Sie in Zukunft hier nicht mehr sitzen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das bekommen die Menschen mit. Was sollen die 850.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer Schleswig-Holsteins, die damit bestraft würden, von solch einer Rede halten? Sie gehen zur Arbeit und leisten Sozialversicherungsbeiträge. Sie müssen im Schwimmbad und bei den Büchereien bezahlen, und der an-

(Hans-Jörn Arp)

dere hat alles umsonst. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Jetzt sagen Sie, alle sollen es umsonst haben. Das wird ja immer abenteuerlicher. Wir sind doch hier nicht bei „Wünsch dir was“, und jeder legt noch eine Schippe drauf und sagt: Jetzt machen wir noch ein bisschen mehr! - Überlegen Sie doch einmal, welches Bild Sie hier für uns abgeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben durch Ihren Beitrag bewiesen, dass sich Frau Kraft in Nordrhein-Westfalen nur deshalb halten kann, weil Sie diese Forderung in Nordrhein-Westfalen reingepresst haben. Sonst wäre Frau Kraft heute nicht mehr Ministerpräsidentin.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, ich unterhalte mich mit Frau Jansen. Wenn das Ihr Niveau ist, dann ist das auch in Ordnung. Dann reden wir drei zusammen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das kriegen wir alles hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt einmal ernsthaft; denn wir reden auch über Geld und Zahlen. Das ist nicht unser Geld, sondern das Geld der Steuerzahler, das wir zu verwalten haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nach den Berechnungen der Verkehrsbetriebe Nordrhein-Westfalen wird diese Maßnahme bis zu 750 Millionen € im Jahr kosten.

(Zuruf von der FDP: Das ist ja ein Schnäppchen!)

Wenn ich das für Schleswig-Holstein ausrechne, dann reden wir von jährlichen **Kosten** in Höhe von 100 Millionen €. Die Berechnung des Verkehrsministeriums war richtig, weil eine Worst-Case-Betrachtung angestellt worden ist. Es wurde der schlimmste Fall unterstellt, dass sich jeder eine Monatskarte holt, damit er fahren kann, wie er will, auch von Glückstadt nach Glücksburg. Das ist die Alternative, über die wir reden. Wir reden über ungefähr 100 Millionen €.

Mein Vorschlag und der Vorschlag der Koalitionsfraktionen ist folgender: Wenn wir Wohlstand für

alle wollen, dann müssen wir die **Infrastruktur verbessern**. Die 100 Millionen €, die Sie ausgeben wollen, stecken wir lieber in die Infrastruktur. Damit schaffen wir Mobilität von Mitarbeitern sowie von kleinen und mittleren Unternehmen, die Steuern zahlen und damit diesen Staat stützen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist schon schade, dass wir uns ernsthaft mit einer derartigen Thematik auseinandersetzen. Lassen Sie uns deshalb über diesen Antrag der Grünen - - Entschuldigung. Das habe ich wirklich nicht so gemeint. Ich nehme das sofort zurück.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns über diesen Antrag gar nicht erst im Ausschuss reden, sondern hier in der Sache über ihn abstimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Sozialtickets** gibt es auf kommunaler Ebene in vielen Orten mit den unterschiedlichsten Regelungen. Die Gemeinsamkeit der bestehenden Sozialtickets ist eine Ermäßigung auf den jeweiligen regionalen Fahrpreis, die sich nach sozialen Kriterien berechnet.

Lediglich das Land Brandenburg macht mit seinem „**Mobilitätsticket Brandenburg**“ eine Ausnahme. Das „Mobilitätsticket Brandenburg“ mit seinen unterschiedlichen Geltungsbereichen in Kreisen und kreisfreien Städten kostet pro Monat zwischen 27,50 € und 64,20 €. Dies ist also kein ausgesprochen günstiges Monatsticket, wie von den Linken gefordert.

Im Rahmen des Armut- und Reichtumberichts haben wir über die Arbeitslosigkeit als wesentliche Ursache für ein erhöhtes Armutsrisiko gesprochen sowie über gleiche Bildungschancen für alle, die einen wichtigen Lösungsansatz gegen Armut bilden. Zur Bildungspolitik und zur Teilhabe an den Bildungsangeboten im Land Schleswig-Holstein gehört auch die **kostenfreie Schülerbeförderung**, die wir wiederherstellen wollen und müssen, weil sie von der jetzigen Landesregierung abgeschafft worden ist. Das ist unsere Antwort, um im Bereich

(Wolfgang Baasch)

des ÖPNV Vergünstigungen für Menschen zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dieser Ansatz mag der Fraktion DIE LINKE nicht weit genug gehen. Wir sollten aber realistisch bleiben und keine finanzpolitischen Wolkenkuckuckshäuser versprechen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sehr gut, Herr Kollege!)

Die kostenfreie Schülerbeförderung als eine Form der Bildungsgerechtigkeit werden wir nach dem 6. Mai 2012 wieder einführen. Gleichwohl ist es richtig und gut, wenn sich Schleswig-Holsteins Kommunen entschließen, im Bereich der Sozialtransfers auch Sozialtickets für regionale und kommunale Verkehrsverbünde und -gesellschaften einzuführen. Wir halten bei aller Sympathie für soziale Infrastrukturen, die die Menschen unterstützen und ihnen helfen, diese Form des von der Fraktion DIE LINKE geforderten Sozialtickets für falsch. Die von den Linken geforderten Sozialtickets sind zurzeit nicht realisierbar.

Noch eine Anmerkung zum Schluss: Wir im Landesparlament sollten nicht als Bühne für morgendliche Happenings der Linksfraktion dienen.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der LINKEN zur Einführung eines landesweit einheitlichen Sozialtickets ist ein Schaufensterantrag, wie er im Buche steht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Er ist aber nicht nur ein Schaufensterantrag, wie er im Buche steht, sondern steht auch in der Infothek des **Landtags von Nordrhein-Westfalen**. Da kommt der Antrag nämlich her. Selbst die Begründung ist eins zu eins übernommen worden. Das ist also ganz großes Kino.

Aber keine Sorge; denn das ist nicht der einzige Grund, warum wir den Antrag ablehnen. Hierfür gibt es nämlich viele andere gute Gründe, die zum Teil schon genannt worden sind.

Ihr Antrag ist wirklich höchst **unseriös**. Sie haben bisher noch nicht gesagt, wie Sie das überhaupt **finanzieren** wollen. Woher wollen Sie das Geld nehmen? Warum sollte ich diese Fraktion das aber eigentlich fragen; denn die Fraktion DIE LINKE ist offensichtlich die einzige Fraktion in diesem Hause, die mit Geld überhaupt nicht umgehen kann. Nach den Vorstellungen der LINKEN ist alles finanzierbar nach dem Motto: Was interessieren mich eigentlich kommende Generationen? - Verantwortungsvolles Handeln sieht anders aus, liebe Kollegin Jansen.

Meine Damen und Herren, die sozialpolitischen Träumereien der LINKEN würden nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen und die Verkehrsbetriebe belasten. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen und den Verkehrsverbänden ein **landeseinheitliches Sozialticket** einführen soll. Das Ticket soll nicht nur im ÖPNV nutzbar sein, sondern auch einen vergünstigten beziehungsweise kostenlosen Zugang zu kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten gewähren.

Frau Jansen, finden Sie das **sozial gerecht**? - Finden Sie es gerecht, wenn die Verkehrsbetriebe und die kulturellen Einrichtungen auf Kosten der anderen Fahrgäste und Besucher hemmungslos heruntersubventioniert werden? - Finden Sie es sozial gerecht, wenn zahlreiche hart arbeitende Geringverdiener für wenig Begünstigte belastet werden? - Ich frage mich wirklich, wer für Ihr Sozialticket aufkommen soll. Die Finanzlagen des Landes und der Kommunen sind bekannt. Ihnen sind sie vielleicht nicht bekannt, aber uns sind sie bekannt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Verkehrsbetriebe oder das Land die Verluste ausgleichen könnten. Sie können die finanziellen Risiken auch nicht auf die Kommunen oder die Nutzer des ÖPNV auslagern. Ich frage mich auch, wie Sie das Sozialticket **organisieren** würden. Sie können doch nicht ernsthaft die Infrastruktur und die Bevölkerungszahlen für den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen mit Schleswig-Holstein vergleichen.

Der von mir sehr geschätzte Kollege Arp sagte es bereits: Wir brauchen in Schleswig-Holstein vielmehr eine bessere Infrastruktur, um wirklich in allen Landesteilen für Arbeitsplätze und Wachstum zu sorgen. Die schwarz-gelbe Koalition geht diesen Weg. Sie stehen aber lieber ganz allein an der Bushaltestelle und warten auf den Bus mit den Leuten darin, die sich für Ihre Themen interessieren. Da können Sie sehr lange warten!

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Rede des Kollegen Arp habe ich mich tatsächlich gefragt, welches Kraut er heute Morgen geraucht hat.

(Zurufe)

Lieber Herr Kollege Arp, es ist doch unbestritten, dass man gegen das Ansinnen eines Sozialtickets im ÖPNV nichts haben kann. Das ist wünschenswert. Genauso kann man hier politisch seriös eine kostenlose Schülerbeförderung wünschen und vertreten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und keine Steuern zahlen!)

Herr Arp, ich glaube, es ist auch klar, dass Sie durchaus der Auffassung sind, dass sozial benachteiligte Menschen Anspruch auf Mobilität haben, um ihren Ausbildungsplatz oder ihren Arbeitsplatz erreichen zu können, aber auch um Kultur- und Sportveranstaltungen zu besuchen. Herr Arp, insofern ist das ein **seriöses Anliegen**.

Ich habe mir angesichts dessen, was DIE LINKE hier macht, die Frage gestellt, was hier seriös ist. Herr Arp, Sie haben gesagt, hier werden Millionen verschleudert. Das ist richtig. Das kostet einen dreistelligen Millionenbetrag. Sie sind aber auch nicht von schlechten Eltern, wenn Sie die Milliarden im Straßenbau für Projekte verballern, die wir hier nicht brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben wirklich keinen Grund, sich hier so hinzustellen. Wenn man mit einem Finger auf Leute zeigt, dann weisen - das ist eine alte Weisheit - in der Regel immer vier Finger auf einen selbst.

(Zurufe von der CDU)

- Okay, drei.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mit dem größten Vergnügen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Kollege „K.-T.“ Tietze, würden Sie mir freundlicherweise erklären, wie Speditionen in einem Bus ihre Güter mit Sozialticket transportieren sollen? - Sie haben ja die Frage des Straßenbaus angesprochen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, das ist jetzt nicht sachdienlich, dass Sie den Güterverkehr nennen. Das muss ich für Sie auseinanderhalten:

(Heiterkeit)

Es ist ein Unterschied, ob Sie Menschen oder Güter transportieren. Das sollten Sie eigentlich wissen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz handelt DIE LINKE nach dem Motto: Vater Staat soll es richten.

Sie haben die Schuldenbremse nicht mitgetragen. Insofern ist Ihr Antrag konsequent, das muss man sagen. Sie gehen nach dem Motto vor: Wir versprechen allen alles.

Aber spielen wir das doch einmal durch: Wenn die Landesregierung das wirklich wollte, dann müsste sie gemeinsam mit den Kommunen und den Verkehrsverbänden darüber verhandeln. Dann geht das Spiel los. Die Landesregierung sagt: Liebe Kommunen, dann habt ihr bitte einen entsprechenden Beitrag dazu beizutragen. Wir haben einen beschlossenen Haushalt, den können wir nicht ändern. Die Kommunen werden sagen: Gebt uns erst einmal 120 Millionen € zurück, bevor wir über weitere Vergünstigungen nachdenken. Die Besteller werden sagen: Gar kein Problem, wir machen das Sozialticket. Aber wer bestellt, der muss auch bezahlen.

Die Folge ist im Grunde klar. Das alles sind schöne Reden und schöne Ansichten, aber in Ihrem Antrag fehlt die entscheidende Substanz. Ich habe eine

(Dr. Andreas Tietze)

große Sympathie für das Sozialticket. Ich erzähle Ihnen aber einmal, wie das in der Fraktion der Grünen läuft: Wenn ich mit so einem Antrag käme, dann guckte ich mit Ernsthaftigkeit zu meiner Kollegin Monika Heinold.

(Heiterkeit)

Die würde sagen: Mein Lieber, was hast du denn da schon wieder vor? - Dann würde sie sich das genau anschauen und sagen: Okay, wenn du das willst, dann sag mir mal, wer das bezahlen soll. Woher soll das Geld kommen? - „Pay, as you go“ ist ein eisenhartes Prinzip in unserer Fraktion.

(Zurufe)

Deshalb habe ich einmal Ihre Hausaufgaben gemacht und gefragt: Was kostet das tatsächlich? - Ich habe mich an die Stadt Kiel gewandt und gesagt: Können Sie mir eine **Kostenschätzung** geben? - Allein für die SGB-II-Empfänger würde dies die Landeshauptstadt jährlich 11 Millionen € kosten. Ich betone, das umfasst nur die SGB-II-Empfänger. Jetzt haben wir noch nicht die 30 % für alle dazugerechnet. Nach Ihrer Rechnung wären es ungefähr 3.000 € brutto, die jemand verdienen müsste, um zusätzlich 30 % zu bekommen. Wir wären dann allein in Kiel bei 35 Millionen bis 40 Millionen €. Diese Summe auf das Land hochgerechnet, ist eine richtige Hausnummer.

Nach zwei Jahren im Parlament zeigen Sie eine erbärmliche Politikbilanz auf. Jetzt gehen Sie mit so einem Antrag heute Morgen in die Busse und Bahnen des Landes Schleswig-Holstein und verteilen ihn. Ich will hier jetzt keine drastischen Worte wählen, aber damit machen Sie einen entscheidenden politischen Fehler. Sie versprechen den Leuten etwas, und Sie wecken bei den Leuten Hoffnungen, die Sie nicht im Entferntesten einhalten können. Das ist nicht unseriös, das ist schlechte Politik. Das ist auch keine linke Politik, das ist einfach völlig daneben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Bei allen Sympathien, die ich als Grüner für den Ansatz habe: Das ist völlig daneben. Wie gesagt, diese 15 € sind flächendeckend überhaupt nicht zu erreichen. Der Kollege Baasch hat das hier noch einmal dargestellt. In Brandenburg regieren Sie im Übrigen mit 67,50 € in einer ersten Stufe und 15 €; das ist völlig an der Realität vorbei.

Daher frage ich mich: Wie viele populistische Anträge haben wir hier eigentlich noch von Parteien zu erwarten, die die 5%-Hürde erreichen wollen.

Lieber Herr Kubicki, ich komme noch einmal auf Sie zurück: Vielleicht können Sie jeden Tag 1 % mehr erreichen. Ich habe Ihnen heute Morgen schon gesagt, dass der Mindestlohn 2 % bringt. Vielleicht machen Sie sich das auch noch zu eigen, Herr Kubicki: Sozialticket für alle! DIE LINKE will Wohlstand für alle. Wachstum für alle wollen Sie. Wunderbar, da wächst doch zusammen, was zusammengehört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kubicki, für mich steht jedenfalls fest: Weder Sie noch DIE LINKE sind derzeit in diesem Land politik- und regierungsfähig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Kollege Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich eines klarstellen: Der SSW will Empfängern von Arbeitslosengeld II und Menschen mit ähnlich geringem Einkommen ganz sicher nicht das Recht auf soziale Teilhabe und Mobilität streitig machen. Für uns ist es eine absolute Selbstverständlichkeit, dass jedes Mitglied unserer Gemeinschaft einen faktischen **Zugang zu Mobilität** und **gesellschaftlicher Teilhabe** haben muss, wie es die Linken fordern. Nur setzt der vorliegende Antrag, der in identischer Form in anderen Bundesländern gestellt worden ist, auf der ganz falschen Ebene an.

In der Debatte um die Erhöhung der Regelsätze wurde von verschiedenen Seiten der viel zu geringe **Regelleistungssatz für den Nahverkehr** kritisiert. Jeder hier weiß, dass dieser die Kosten für eine Monatskarte bei Weitem nicht deckt. Hieraus muss - wie in anderen Bereichen auch - die Konsequenz folgen, dass die Leistungen erhöht werden.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Diese Forderung haben wir nicht nur damals gestellt, sondern wir halten sie natürlich auch nach der Minimalerhöhung im vergangenen Jahr aufrecht. Der SSW hält es für dringend notwendig, über dieses Thema eine intensive politische Diskussion zu führen. Wir hoffen, dass dabei am Ende eine spür-

(Flemming Meyer)

bare Verbesserung der Situation von Arbeitslosengeld-II-Empfängern herauskommt.

Die Vorgaben sind eindeutig: Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2010 müssen auch **Bildungs- und Teilhabestandteile** in die Berechnung der Regelsätze einfließen. Der enttäuschende Kompromiss, mit dem die Hartz-IV-Empfänger und ihre Kinder heute leben müssen, wird dieser Vorgabe nicht gerecht. So sind zum Beispiel die im Bildungs- und Teilhabepaket für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben vorgesehenen 10 € pro Monat und Kind schlicht und einfach viel zu wenig.

An diesem Problem muss sich ohne Zweifel etwas Grundlegendes ändern. Doch hier ist nicht das Land, sondern in erster Linie der Bund in der Pflicht. Auch wenn die LINKEN im vorliegenden Antrag zu Recht darauf hinweisen, dass letztlich das Land eine Verantwortung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse trägt, schlagen Sie hier ganz einfach den falschen Weg ein. Denn wir müssen die Grundstrukturen ändern und nicht an den Symptomen herumdoktern. Mit dem landesweiten Sozialticket würde aber nur eine Sonderregelung geschaffen, anstatt die Ursachen des Problems zu bekämpfen.

(Beifall beim SSW)

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen, möchte ich noch einmal betonen: Auch wir halten die zu geringen Regelsätze für ein massives Problem. Aber dies zu ändern, ist eine Aufgabe, die so schnell wie möglich in Berlin erledigt werden muss.

Abgesehen davon, dass der Antrag an der falschen Stelle ansetzt, fällt es auch schwer, sich die **konkrete Umsetzung** einer solchen Regelung vorzustellen. Da ist zum einen die Frage, wie die **landesweiten Sozialtickets** genau finanziert werden sollen. Weil Vorschläge hierzu fehlen, kommt bei uns der Eindruck auf, dass es sich hier doch um einen reinen Symbolantrag handelt. Damit ist den Menschen, die im Leistungsbezug stehen und denen, die ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben, nun wirklich nicht geholfen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie der kostenfreie Zugang zu kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten in der Praxis geregelt werden soll. Ich befürchte, dass hier ein enormer Verwaltungsaufwand nötig wäre, der - ähnlich wie im Fall des Bildungs- und Teilhabepaketes - viel Geld verschlingt, das bei den Bedürftigen selbst viel besser angelegt wäre.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Der SSW fordert eine spürbare Verbesserung der Situation von Menschen, die Transferleistungen beziehen oder ein ähnlich geringes Einkommen haben. Wir wollen eine Gesellschaft, die so eingerichtet ist, dass Ausnahmeregelungen und Zusatzlösungen wie das landesweite Sozialticket überflüssig sind. Selbstverständlich müssen den Leistungsberechtigten in dieser Gesellschaft umfangreiche soziale und kulturelle Teilhabemöglichkeiten eingeräumt werden. Natürlich haben alle Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht auf uneingeschränkte Mobilität und Zugang zu kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten. Doch mit diesem Antrag werden aus unserer Sicht die falschen Prioritäten gesetzt. Die drängendsten Probleme um das System Hartz IV werden so nicht gelöst.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich habe eine Wortmeldung zu einem Dreiminutenbeitrag und rufe nunmehr den Kollegen Heinz-Werner Jezewski auf. Er hat das Wort.

(Zuruf)

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Arp, über das, was wir morgens so rauchen, unterhalten wir uns ein anderes Mal, glaube ich.

(Heiterkeit des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Flemming Meyer, vielen Dank, dass Sie jetzt die Reihe der Büttensreden unterbrochen haben und auf Argumente eingegangen sind. Das war wohltuend, und man konnte gut damit leben.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE], Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich hätte gut damit leben können, wenn wir aus der Ausschussberatung herausgekommen wären und genau das, was Kollege Meyer gesagt hat, als Ergebnis gehabt hätten: Wir stellen fest, die 15 €, die im Regelsatz vorhanden sind, reichen nicht für die Mobilität, die jedem Menschen zusteht. Wir als dieses Haus fordern geschlossen die Bundesregierung auf, den **Regelsatz** so zu ändern, dass es reicht. -

(Heinz-Werner Jezewski)

Das wäre ein Ausschussergebnis, mit dem ich hätte leben können.

(Zurufe der Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine andere Baustelle!)

Ich will aber ein bisschen auf die Realität zurückkommen. Ich rede viel mit Menschen und auch mit Menschen, bei denen ich keine Hoffnung habe, dass sie mich beim nächsten Mal wählen, zum Beispiel mit den Wirtschaftsunioren.

(Zurufe)

Ich bin zu den Wirtschaftsunioren hingegangen - vor einem Jahr oder vor anderthalb Jahren - und habe gesagt: Ich möchte gern die Gewerbesteuer in Flensburg erhöhen. Da haben die gefragt, warum. Da habe ich gesagt: Weil ich in Flensburg einen **umlagefinanzierten ÖPNV** haben möchte und als ersten Schritt dafür ein Sozialticket.

Dann habe ich denen erklärt, was ein umlagefinanzierter ÖPNV ist. Daraufhin haben einige von denen gesagt: Herr Jezewski, dafür würden wir eine Gewerbesteuererhöhung mittragen. Ein konkretes Projekt, das die Mobilität innerhalb des Kreises erhöht - dafür könnte man das mittragen.

(Zurufe)

Die waren sich auch nicht einig, aber es will schon etwas heißen, wenn solche Leute mit mir darüber so diskutieren.

Dann habe ich mit den Betreibern des ÖPNV darüber gesprochen, die alle gesagt haben: Dass ÖPNV Geld kostet, ist verkehrt - fragen Sie die einmal! Dass derjenige, der in den Bus einsteigt und das macht, was wir wollen, nämlich sich umweltfreundlich durch dieses Land zu bewegen, dafür bezahlen muss, sei verkehrt, sagen die.

Ich habe jetzt von Herrn Kumbartzky ganz viel über **soziale Gerechtigkeit** gehört. Ich frage mich jetzt, Kollege Kumbartzky, ob Sie es richtig finden, dass diejenigen, die Kinderwindeln kaufen, diejenigen mit ihrer Mehrwertsteuer subventionieren müssen, die günstig in Hotels wohnen. Finden Sie es richtig, dass in einer Kita-Sozialstaffel diejenigen, die gut verdienen, diejenigen unterstützen müssen, die wenig verdienen? - Ich finde das Erste falsch, das Zweite richtig. Darüber sollte man angesichts dessen, dass wir in unserer Bundesverfassung einer Eigentumsverpflichtung festgelegt haben, einmal nachdenken. Da steht deutlich: „Eigentum verpflichtet.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Natürlich sind Menschen, die viel haben, verpflichtet, denen zu helfen, die wenig haben. Die starken Schultern tragen mehr als die schwachen, jeder trägt so viel, wie er kann. Ich fände es gut, wenn wir dahinkämen - es wäre mein Wunsch, dass wir den Antrag in der Richtung diskutieren. Ob wir ihn dann so beschließen oder nicht, ist mir im Endeffekt wurscht. Aber ich wünsche mir die Diskussion darüber. Und die Lösung, die Flemming Meyer gerade genannt hat, wäre ein Ausweg aus dieser Diskussion, mit dem ich gut leben könnte.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb rufe ich nun für die Landesregierung Herrn Minister Jost de Jager auf zu sprechen.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht an die Adresse der Fraktion DIE LINKE: Wenn Sie wollen, dass sich dieses Haus ernsthaft mit Ihren Vorschlägen beschäftigt, müssen Sie auch in Ihre Anträge schreiben, was Sie wollen. Wir müssen zunächst einmal davon ausgehen, dass Sie das, was Sie vorlegen, auch tatsächlich beabsichtigen. Wenn Sie jetzt sagen, das sei alles gar nicht so gemeint, hätten wir uns diese Debatte in der Tat sparen können.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hätten wir ohnehin,

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

weil die **kostenmäßigen Auswirkungen** dieses **Vorschlags** bereits in einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Jansen beantwortet worden sind. Wir haben dort mitgeteilt, dass, wenn man es in der Tat so machen würde, wie dort dargelegt wurde, das 74 Millionen € monatlich kosten würde. Wenn man das hochrechnet, umfasst das, was Sie mit Ihrem Vorschlag auf den Tisch legen - auch das steht in der Antwort auf die Kleine Anfrage, wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, ein Kostenvolumen von etwa 900 Millionen €.

(Zuruf)

(Minister Jost de Jager)

- Ja, genau!

Selbst wenn man das jetzt herunterzont - das kann man machen, man kann es auf bestimmte Einzugsbereiche herunterzonen -, landen wir immer noch bei Mehrkosten landesweit in Höhe von 120 Millionen €. Auch wenn Sie der Schuldenbremse am Ende nicht zugestimmt haben, ist sie gleichwohl Realität. Das ist oft so bei Ihrem Abstimmungsverhalten, dass Sie sich anders verhalten und Dinge trotzdem wahr werden. Das gilt auch für die Schuldenbremse. Wenn man diese 120 Millionen € erbringen wollte, müsste man sie irgendwo einsparen. Darüber sagen Sie nichts. Da sind Sie natürlich - das kann ich mir jetzt auch nicht ersparen - mitunter in guter Gesellschaft. Die Fraktion, die gleich neben Ihnen sitzt - die SPD -, hat auch mehr Forderungen, was den Haushalt anbelangt, und kann das auch nicht belegen. Da sind es 300 Millionen €.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Falsch! Sie verwechseln das!)

Insofern ist das alles schwierig. Aber, meine Damen und Herren von den LINKEN, ich sage Ihnen: Sie hätten von den Piraten lernen sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Die Piraten fordern nämlich inzwischen für Schleswig-Holstein einen Feldversuch, um festzustellen, ob sich ein kostenfreier ÖPNV rechnet. Das zeigt ein Stück weit eine Lernkurve, weil die Piraten zu der Wahl in Berlin noch gefordert haben, dass es alles kostenlos sein sollte. Da muss man feststellen, dass die Piraten, obwohl sie deutlich kürzer dabei sind, in der Lernkurve schon sehr viel weiter sind als die LINKEN. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb die nach Umfragen drin sind und Sie nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich frage den Kollegen Jezewski - -

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, ich bin dran, und ich frage nicht Sie, sondern den Kollegen Jezewski: Habe ich Ihren Wortbeitrag gerade dahin gehend richtig verstanden, dass Sie Ausschussüberweisung beantragt haben?

Dann lassen wir darüber abstimmen, ob der Antrag Drucksache 17/2070 dem Sozialausschuss überwie-

sen werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Wer die Ausschussüberweisung ablehnt, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, SDP und FPD.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 17/2070 in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU] hebt die Hand - Anhaltende Heiterkeit und Zurufe)

- Wir wiederholen die Abstimmung. Insbesondere für den Abgeordnetenkollegen Arp frage ich noch einmal, wer dem Antrag Drucksache 17/2070 zustimmen möchte. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. - Wer diesen Antrag ablehnt, der darf sich jetzt melden. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SDP, FPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zumindest haben Sie einmal geschlossen abgestimmt! Das ist ja auch schon etwas! - Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Sie stimmen ja meistens nicht ab, Herr Kubicki! - Weitere Zurufe)

Tagesordnungspunkt 20 ist abgeschlossen. Mir ist mitgeteilt worden, dass sich Dr. Martin Lätzel, der Direktor des Landesverbands der Volkshochschulen, Dr. Elke Krüger-Krapoth, Vorsitzende des Landeselternbeirats der Gymnasien, sowie Bernd Schauer von der Gewerkschaft GEW im Hause befinden. Ich bitte Sie, gemeinsam mit mir diese Damen und Herren im Landeshaus in Kiel zu begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 27 auf:

Defizite bei der Bildungsqualität abbauen - Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 17/2156 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit diesem Antrag wird ein Be-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

richt in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen, und ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Grünen zeigt, durch welche Brille Sie auf die Schulen schauen: Sie orientieren sich an Defiziten. **Moderne Pädagogik** hat sich davon längst verabschiedet. Sie blickt vor allem auf die Stärken der Schüler und setzt alles daran, ihre Potenziale und Talente weiterzuentwickeln und zu fördern. Hieran muss sich natürlich auch die **Bildungspolitik** orientieren. Das gilt auch in Zeiten angespannter Haushaltslage.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich stehe zum wesentlichen Ziel dieser Koalition, der **Haushaltssolidierung**. Wir sind uns aber auch immer einig gewesen, dass Sparen kein Selbstzweck sein kann,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

sondern dass die auf Konsolidierung ausgerichtete Politik zusammen mit einer auf Wachstum ausgerichteten Politik politische Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und zurückgewinnen soll.

(Zurufe: Hört, hört!)

Spielräume, die sich im Zuge dieser Entwicklung ergeben, sollen vorrangig für **Investitionen in die Bildung** genutzt werden. In diesem Sinne war ich aufgefordert, Vorschläge für die Verbesserung der Bildungsqualität vorzulegen und gegebenenfalls auszuzeigen, wo es Nachsteuerungsbedarf gibt.

Im Zusammenhang mit der Diskussion im Koalitionsausschuss im Dezember äußerte Kollege Johannes Callsen in den „Kieler Nachrichten“ vom 14. Dezember, er wisse nicht, ob es Spielräume gebe, und sagte wörtlich:

„Ich will erst einmal über Inhalte reden.“

Solche inhaltlich begründeten Vorschläge habe ich vorgelegt, nicht mehr und nicht weniger. Sie können je nach bestehenden Möglichkeiten auch teilweise einzeln oder zeitlich versetzt realisiert werden. Ich sehe sie als inhaltliche Bausteine für die

Diskussion, von der wir uns im Dezember einig gewesen sind, dass wir sie führen wollen. Ein Nachtragshaushalt ist dazu überhaupt nicht erforderlich, und auch dies ist für mich nicht infrage zu stellen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Heinold?

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Nein. - Meine Damen und Herren, im Übrigen will ich nicht verschweigen, dass die im Antrag ursprünglich allein von den Grünen angesprochenen Defizite bereits bestanden haben, als diese Landesregierung im Oktober 2009 ihre Arbeit aufgenommen hat.

(Unruhe)

Diese Defizite haben sich im Zuge einer längeren zeitlichen Entwicklung aufgebaut.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind völlig unschuldig!)

In den 21 Jahren vor der Amtszeit dieser Regierung waren es sozialdemokratische Bildungsministerinnen, die für das Ressort Verantwortung getragen haben, und neun Jahre lang sind die Grünen an der Regierung beteiligt gewesen.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich komme gleich zu den Defiziten, warten Sie, ich werde Ihre Fragen beantworten, Herr Stegner, Herr Habeck.

Es bleibt bildungspolitischer Auftrag, diese Defizite abzubauen. Ich gehe noch weiter und sage: Es ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, denn Bildung ist Lebenschance.

Nun zu den einzelnen Punkten! Es ist unser Ziel, die Zahl der **Schüler**, die unsere Schulen **ohne Abschluss** verlassen, weiter zu senken. Die Quote liegt aktuell bei 7 %, 2005 lag sie bei 10 %.

(Johannes Callsen [CDU]: Hört, hört!)

Die Hälfte des Abbaus fällt in den Zeitraum, in dem diese Landesregierung amtiert. Eine sehr viel kürzere Zeit als die fünf Jahre davor.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir werden dafür unter anderem **bewährte Instrumente** wie die Flex-Klassen weiterführen, und För-

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

derprogramme sollten verstetigt werden wie „Lesen macht stark“ und „Mathe macht stark“.

(Unruhe)

Wir werden auch die **Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer** weiter verbessern müssen, um das Ziel einer besseren Bildungsqualität, um größere Erfolge unserer Schülerinnen und Schüler zu sichern. Gerade in diesem Bereich haben wir, wenn ich auf die Lehrerausbildung in der zweiten Phase, im Referendariat, verweise, Meilensteine vorzuweisen. Wir haben die Betreuung der Lehramtsanwärter im Referendariat durch Studienleiter wesentlich erhöht und sie beispielsweise im Fachgebiet Pädagogik, was von der rot-grünen Landesregierung abgeschafft worden ist, wieder eingeführt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Bei uns werden jetzt angehende Lehrkräfte aller Fächer und aller Schularten in einem **Fachdidaktikmodul Deutsch als Zweitsprache** ausgebildet und damit auf einen Unterricht in Klassen vorbereitet, in denen immer mehr Kinder aus Einwandererfamilien sitzen. Ihr Anteil ist schon gestiegen, und er steigt weiter. Was wir in diesem Schuljahr neu eingeführt haben, hat kein anderes Bundesland außer Schleswig-Holstein so in der zweiten Phase der Lehrerausbildung zu bieten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen und müssen die **Übergänge ins Arbeitsleben**, in eine berufliche Ausbildung weiter fördern. Dazu muss das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt verstetigt und weiterentwickelt werden. Die von Landesseite dafür eingesetzten Stellen - nach dem Haushalt sind wir ermächtigt, bis zu 75 Stellen hierfür einzusetzen - sollen auch künftig zur Verfügung stehen. Ebenso wichtig ist es, dass für diesen Aufgabenbereich über das Ende der jetzigen EU-Förderperiode hinaus, das heißt auch nach 2013, Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stehen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch unstrittig!)

- Bei der Gestaltung der EU-Förderprogramme wird man sehen, ob wir das schaffen. Ich habe dieses Thema auch im Namen einer Reihe anderer Bundesländer im Oktoberplenum der KMK beim Gespräch mit der Bundesregierung angesprochen. Frau Schavan hat uns, den Ländern, zugesichert, dass uns der Bund mit seinen Möglichkeiten - der Bund ist ja derjenige, der auf der europäischen Ebene bei der künftigen Entwicklung der EU-Förderprogramme mitgestaltet - hier unterstützen wird.

Das müssen wir erreichen, denn in der jetzigen EU-Förderperiode über sieben Jahre haben wir 25 Millionen € für diesen Zweck zur Verfügung. Aus eigenen Kräften könnten wir das nicht schultern.

Als neues Angebot für Schüler, die noch keinen Ausbildungsplatz erhalten konnten, ist außerdem in unserem Ministerium das **Modell kooperativer Berufseingangsklassen** entwickelt worden, das wir in den kommenden Jahren in Zusammenarbeit mit Handwerk und mittelständischen Betrieben einführen wollen.

Wir fördern seit diesem Schuljahr erstmals mit Landesmitteln die **Schulsozialarbeit**, was keine der früheren Landesregierungen getan hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diesen Einsatz gilt es zu verstetigen. Das gilt in gleicher Weise für die noch deutlich höheren Bundesmittel - etwa 10 Millionen € oder noch etwas mehr -, die jetzt jährlich an die Kommunen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gegeben werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Verstetigt klein gehandelt, da haben Sie recht!)

Wir wollen, dass dieses Geld, das wir für die Schulsozialarbeit brauchen, nicht nur bis Ende 2013 kommt, sondern dass wir das wirklich eine dauerhafte Förderung werden lassen. Denn - das hat sich ja auch gezeigt - es ist schon wichtig, das auf Dauer abzusichern, weil wir nur so auch das Personal gewinnen können. Für den, der nur eine kurze Perspektive hat, ist das natürlich kein so interessantes Tätigkeitsfeld.

Wir haben in den letzten beiden Jahren in der **Begabtenförderung** ein Netzwerk aufgebaut, wie es in diesem Land früher an den Schulen nie existiert hat, mit Kompetenzzentren an Kitas und Grundschulen sowie an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Die dort entwickelten Förderkonzepte sollen künftig auf alle Schulen übertragen werden. Wir richten in diesem Jahr 2012 erstmals auch eine Schülerakademie für die Jahrgänge 6 und 7 ein. Auch das ist ein Teil unseres Konzepts zur Begabtenförderung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir müssen mehr **Lehrkräfte in Mangelfächern** gewinnen. Seiteneinsteiger sollen deshalb künftig in der dreieinhalbjährigen Qualifizierungsphase - sie werden ja zunächst auf Zeit eingestellt - bei einer deutlich verringerten Unterrichtsverpflichtung mehr Zeit für ihre Ausbildung in Pädagogik und Fachdidaktik erhalten, damit sie dann auch mit Er-

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

folg diese dreieinhalbjährige Phase absolvieren können. Denn wir stellen am Ende auf Dauer nur die ein - das ist unser festes Prinzip -, die mindestens einen befriedigenden Abschluss erreicht haben. Denn wir wollen über den Seiteneinstieg gute Kräfte gewinnen. Das ist die Voraussetzung.

Wir haben für die Berufsschulen in den letzten beiden Jahren erfolgreich einen Sonderweg der Aufnahme auch von Hochschulabsolventen praktiziert, die dann in eine spezielle Lehrerausbildung für Mangelfächer aufgenommen worden sind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck?

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Habeck, Sie haben das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, ich könnte vier Fragen stellen. Ich fasse sie in einer zusammen: Kommen Sie noch dazu, unsere Fragen zu beantworten?

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Ich komme noch dazu, aber ich darf Ihnen auch das noch sagen, was Sie vielleicht nicht hören wollen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es müssen in diesem Land mehr **Erzieherinnen und Erzieher** ausgebildet werden. Das war spätestens klar, als sich 2007 der Bund und die Länder auf einen massiven Ausbau des Angebots an Krippenplätzen verständigt haben. Aber es ist nichts passiert bis zu dem Punkt, wo ich gesagt habe, dass wir die Ausbildungskapazität an den Fachschulen für Sozialpädagogik um ein Drittel erhöhen. Das haben wir in zwei Etappen in den letzten beiden Schuljahren getan. Wir nehmen jetzt wesentlich mehr junge Leute in die Erzieherausbildung pro Jahr auf. Dafür haben wir den Berufsschulen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt. Ich bin allerdings der Auffassung, dass wir da noch etwas nachlegen könnten, um den hohen Bedarf an Fachkräften für die Kitas und für die Kinderkrippen auch in den kommenden Jahren decken zu können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist unser Ziel, mehr Schülerinnen und Schülern den Weg zu **höheren Schulabschlüssen** zu ermöglichen. Abitur und Fachhochschulreife zusammen genommen erreichen bereits rund 48 % eines Jahrgangs. Diese Entwicklung stützt sich auf mehrere Eckpfeiler: erstens auf die Gymnasien, die heute 86.000 Schüler haben. Anfang des letzten Jahrzehnts waren es 66.000. Da sieht man, wie sich die Expansion dieser Schulart im letzten Jahrzehnt vollzogen hat. Zweitens stützt sich diese Entwicklung auch auf die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen und drittens in hohem Maße auf die berufsbildenden Schulen, nicht nur die Beruflichen Gymnasien, sondern auch Angebote der Beruflichen Schulen, über die Absolventen mit mittlerer Reife einen höheren Abschluss erreichen können. Diese Standpfeiler für die Gewährleistung des Aufstiegs zu höheren Abschlüssen müssen wir pflegen und stützen.

Wir haben bei der **Personalausstattung der Schulen** die Benachteiligung der Gymnasien abgebaut. Dazu habe ich Ihnen gestern in der Debatte zum Thema Eigenverantwortung schon einiges an Details genannt. Das will ich jetzt nicht wiederholen. Von einer Bevorzugung der Gymnasien durch diese Landesregierung kann jedenfalls keine Rede sein. Wir haben vielmehr Rückstände abgebaut, die da waren, die wir übernommen haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage Ihnen, wir müssen das Erreichte sichern, damit die Schüler auf den **Gymnasien** erfolgreich in ihrer Schulzeit bis zum Abitur gefördert werden können.

Dazu gehören - auch wenn das vielleicht nicht alle jetzt gerne hören - auch die seit diesem Schuljahr eingeführten G-9-Angebote an Gymnasien unseres Landes. Wenn man zum Beispiel bei einem Besuch an der Thor-Heyerdahl-Schule in Kiel-Mettenhof erfährt, für wie wichtig Lehrer und Eltern das G-9-Angebot gerade für die Schüler aus diesem Stadtteil erachten, dann ist es doch kaum nachzuvollziehen, dass Torsten Albig - er ist Oberbürgermeister -, dessen Stadt vor einem Jahr seine Zustimmung zu diesem neuen Bildungsangebot erteilt hat, es im nächsten Schuljahr am liebsten wieder abschaffen möchte.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Stegner, das ist keine Bildungspolitik, die auf Schulfrieden ausgerichtet ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

Mein Fazit lautet: Es muss heute und in Zukunft darum gehen, die **Qualität der Schulbildung** zu verbessern. An den Abbau von Defiziten, die bestanden und auch noch bestehen - das will ich als Bildungsminister ja gar nicht bestreiten -, sind wir in gut zwei Jahren mit konsequenten Schritten herangegangen. Wir haben vieles erreicht, was in den Jahren vorher nicht denkbar und nicht machbar gewesen ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nur ein kleiner Punkt: Dass wir die schleswig-holsteinische Teilnehmerzahl bei „Jugend forscht“ um 41 % in diesem Jahr steigern konnten - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Waren Sie persönlich dabei?)

- Wir haben in dem Jahr der Naturwissenschaften 2010/2011 mit vielen Konzepten, die wir für die Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts eingeführt haben, auch zu diesem guten Ergebnis mit der Unterstützung der Partner aus der Bürgergesellschaft, insbesondere aus der Wirtschaft, beigetragen, und wir können stolz darauf sein, dass dieser Weg zustande gekommen ist.

Wunder gibt es in der Politik mit Sicherheit nicht, schon gar nicht in der Bildungspolitik. Aber die aktuelle Entwicklung zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, denn wir eröffnen Lebenschancen für Kinder und ihre Eltern und nicht nur für Einheitsschulfantasten.

Verbesserungen lassen sich manchmal, wie wir es bei der Lehrerbildung gezeigt haben, auch durch gute Konzepte ohne zusätzliche Kosten erreichen. Aber - jetzt muss ich etwas Wasser in den Wein gießen - auf anderen Feldern wie in der Schulsozialarbeit kostet nun einmal Innovation auch Geld. Ich habe darüber schon gesprochen, was wir in den nächsten Jahren erreichen müssen. Aber auch wenn wir die Zahl der **gebundenen Ganztagschulen** - es sind jetzt 33 - weiter ausbauen wollen, dann muss man wissen, dass jede neue gebundene Ganztagschule im Durchschnitt fünf Lehrerstellen erforderlich macht. Der Schulbereich soll ja mit insgesamt, eingerechnet schon das letzte Jahr, 3.600 Stellen 69 % des vorgesehenen Personalabbaus im Land beitragen.

Wenn man das also bedenkt, können wir nicht einfach durch Umschichtung auch noch etwas Neues auf die Beine stellen. Wer also zusätzliche gebundene **Ganztagschulen** für mehr Bildungsqualität will, muss Abstriche machen - soweit es uns möglich ist - von diesem bislang vorgesehenen Perso-

nalabbau. Das gilt auch für die Stabilisierung von Förderprogrammen wie „Lesen macht stark“ und „Mathe macht stark“; das gilt für die Einrichtung zusätzlicher Klassen an Fachschulen, etwa in der Erzieherausbildung, oder auch für das Berufliche Gymnasium.

Es gibt Kollegen aus unterschiedlichen Fraktionen, die mich auf verschiedene Projekte vor Ort ansprechen. Da muss ich sagen, dass jede neue Oberstufe - und das Berufliche Gymnasium ist eine berufsbildende Oberstufe - zweizügig gestaltet etwa zehn Lehrerstellen kostet. Das gilt auch für die Einrichtung neuer **Oberstufen** an Gemeinschaftsschulen, Herr Dr. Stegner.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben ja in Nortorf, das habe ich gelesen, erklärt - Vorsicht, ich muss sehen, dass ich das auch richtig zitieren kann -:

„... überall wo es gewollt ist, sollen Gemeinschaftsschulen auch die Oberstufe bekommen.“

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Unverantwortlich!)

- Wörtliches Zitat von Ihnen aus dem „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag“ vom 14. September letzten Jahres. Das wären dann über 100 Schulen. Etwa zehn Stellen würde die Einführung einer zweizügigen Oberstufe erfordern. Damit haben Sie schon einmal 1.000 Stellen, die Sie in Aussicht stellen, Herr Dr. Stegner.

(Lachen und Beifall bei FDP und CDU)

Die **kooperative Berufseingangsklasse**, von der ich vorhin sprach, würde, wenn man sie einführen würde, 68 Stellen erfordern. Ich halte das für ein wichtiges Projekt. Wenn das nicht durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen darstellbar ist, müssten wir mit den Schulen sprechen, ob das gegebenenfalls auch unter Aufgabe anderer Angebote aus dem großen Spektrum der berufsbildenden Schulen möglich wäre. Ich halte dieses neue Konzept, gerade auch im Interesse der für die Wirtschaft so wichtigen Fachkräftegewinnung, für prioritär und möchte es umsetzen.

Wir haben bei den **Schulpsychologen** die schlechteste Betreuungsdichte aller Bundesländer. Auf eine Schulpsychologenstelle kommen von der Betreuungsrelation her mehr als 17.000 Schülerinnen und Schüler. Das ist das ungünstigste Verhältnis bei den Bundesländern. Wenn wir hier ins Mittelfeld im Bundesvergleich kommen wollen, müssten wir die

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

Zahl der Stellen verdoppeln. Ich sage aber auch: Dass es zurzeit nur 17 Stellen im Land sind, liegt nicht an dieser Landesregierung, das war vorher, unter den vorherigen Regierungen, auch so. Sie haben uns diese Situation, die schlechteste Versorgungsdichte im schulppsychologischen Dienst, hinterlassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hört, hört!)

Ich finde es wichtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie in den kommenden Jahren trotz der schwierigen Haushaltslage die Situation in dem Bereich verbessert werden kann.

Ich habe gelesen, dass meine Vorstellungen als Wunschzettel bezeichnet worden sind. Ich bekenne mich dazu, dass ich für die politischen Ziele, für die ich stehe, noch ein paar Wünsche offen habe, für die ich kämpfen möchte. Ich glaube, das ist auch in anderen Bereichen so. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, für das, was wir für richtig und notwendig erachten, zu kämpfen.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ministerpräsident Peter Harry Carstensen schüttelt Minister Dr. Ekkehard Klug die Hand - Abgeordnete der Oppositionsfraktionen deuten eine La-Ola-Welle an - Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Ich finde, das hat er in der Situation gut gemacht! - Weitere Zurufe von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Ministerpräsident, Sie dürfen sich als Abgeordneter oder für die Landesregierung gern zu Wort melden, aber Sie dürfen nicht von der Regierungsbank Kommentare geben. - Ich möchte jetzt gern in der Sitzung fortfahren.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Das steht in der Geschäftsordnung, und das gilt auch für Sie, Herr Minister Dr. Garg.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

- Ich bitte Sie, jetzt keine Debatten mit dem Präsidium zu führen, sondern sich an die Verhaltensregeln zu halten, die wir vereinbart haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Minister hat seine Redezeit, die mit 5 Minuten vereinbart war, um 10 Minuten überzogen. Das be-

deutet, dass jede Fraktion ebenfalls 15 Minuten Redezeit zur Verfügung hat.

Ich rufe in der Aussprache zunächst Frau Abgeordnete Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist doch schön, wenn im Kabinett auch so eine potenzialorientierte und bestärkende Sache stattfindet. „Jedem Kind den Rücken stärken“ - das finden wir eigentlich ganz gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Minister, ich stelle zunächst fest, Sie haben wenig über das gesprochen, was in welchem Zeitraum geschehen soll. Genau das waren die Fragen, die wir gestellt haben. Zum Schluss, also in den letzten drei Minuten, kam dann noch einmal etwas. Trotzdem haben Sie sich sehr lange an anderen Dingen abgearbeitet. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das Parlament eigentlich zum Narren halten wollen, Herr Minister.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir reden hier im Land - es gibt dazu eine Debatte - über 453 Stellen, von denen Sie gesagt haben, dass sie nötig seien. Wir können in der Presse nachlesen - aber nur in der Presse -, auf welche Punkte das zurückfallen soll, aber hier lassen Sie nur einzelne Punkte fallen, ein Gesamtkonzept haben Sie nicht vorgelegt.

Sie haben uns vorgeworfen, wir wären defizitorientiert in der Bildungsqualität. Wir sind vielleicht defizitorientiert bei der Bildungsqualität und haben darauf einen Blick, aber nicht in Bezug auf die Schulen. Ihre Aufgabe wäre es, Herr Minister, Defizite zu benennen. Das darf man von einem Bildungsminister wirklich erwarten.

Bei Ihnen klingt das normalerweise so:

„Wir haben eine gute Unterrichtsversorgung, und die krankheitsbedingten Unterrichtsausfälle, die punktuell einmal Probleme bereiten, sind auf das ganze Jahr gerechnet nicht so dramatisch, dass man das nicht in unserem Schulwesen mit einer guten Gesamtausstattung verkraften kann.“

Das war ein Zitat von dem, was Sie hier vor nicht einmal 100 Tagen in der Debatte zum Unterrichts-

(Anke Erdmann)

ausfall gesagt haben. Sie müssen dem Parlament schon erklären, warum heute auf einmal alles ganz anders ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die inhaltliche Debatte - wie gesagt: Wir reden über ein Papier, das Sie an die Presse gegeben haben, das aber dem Haus hier offiziell noch gar nicht vorliegt. Ich wäre dankbar, wenn Sie das Papier auch allen Fraktionen zur Verfügung stellen könnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Mannesmut vor Königsthron“, so haben Sie, Herr Minister, auf dem FDP-Parteitag am Wochenende um einen aussichtsreichen Listenplatz geworben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

„Mannesmut vor Königsthron“, das wünschen sich die Schulen von ihrem zuständigen Minister seit zwei Jahren, wenn es darum geht, welche **Lehrerstellen** gekürzt werden, bei der Neuausrichtung der Lehrerausbildung und vor allem bei den ganzen Kürzungen im Bildungsbereich. „Mannesmut vor Königsthron“ - wie werden Sie das eigentlich den ganzen Lehrern erklären, die am 3. Juni 2010 wegen der **Mängel im Bildungswesen** auf die Straße gegangen sind?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sich doch offensichtlich ihr Motto zu eigen gemacht. Was haben Sie gemacht? - Sie haben mit den Leuten nicht einmal geredet. Sie haben Sie abgestraft. „Mannesmut vor Königsthron“ - ich weiß nicht, Ihr Motto für Samstage mit Sonnenschein, ich finde, eine Entschuldigung wäre spätestens jetzt fällig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben den ursprünglichen Berichtsantrag gestellt, weil es uns nicht in den Kopf wollte, warum der Koalitionsausschuss dem Bildungsminister drei Monate Zeit gibt, um über die Mängel im Bildungswesen einen Bericht vorzulegen. Wir haben nach zwei Jahren erwartet, dass Sie das sozusagen aus dem Stand können. Warum das so gewesen ist, wissen wir spätestens seit gestern offiziell durch Herrn Koch und seinen Auftritt im „Schleswig-Holstein Magazin“, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch gar nicht Aufgabe eines Ministers, was hier zitiert wird!)

- Genau. Sie drehen das, wie Sie es wollen.

Im Dezember hat Minister Klug in diesem Haus noch einmal gesagt, wo er die großen Defizite sieht und wo er glaubt, dass man nachlegen sollte. Das waren die Sprachförderprogramme, und das waren die Jungen und Mädchen aus Einwandererfamilien. Das sind zwei wichtige Bereiche, aber damit haben Sie versucht, 300 Stellen zu hinterlegen. Das waren jedenfalls die wesentlichen Punkte aus der Debatte, die wir hier im Dezember 2011 geführt haben. Ihre Vorstellungen waren damals richtig, aber sie waren extrem dünn.

Unser Vorschlag für diese 300 Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr war, dass wir gesagt haben, wir wollen die **Differenzierungsstunden** raufsetzen. Warum ist das einer der Punkte, die wir für sinnvoll erachten? - Anke Spoorendonk, Sie haben gestern kritisiert, dass der Minister den Begriff „Risikoschülerinnen und -schüler“ in den Mund genommen hat. Das ist schon ein Fachbegriff. Ich finde, den kann man benutzen. Wir wissen, dass wir in Schleswig-Holstein durchaus einen überdurchschnittlich großen Teil an Risikoschülerinnen und -schülern haben. Deswegen ist genau dieser Bereich, die Differenzierungsstunden heraufzusetzen, ein wichtiger Punkt; denn an den Gemeinschaftsschulen, teilweise auch an den Regionalschulen, sind die Schülerinnen und Schüler mit schlechten Startbedingungen. Deswegen ist das einer der Punkte für uns, bei denen wir sagen, da muss nachgebessert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir wollen zudem etwas, was Sie ja wohl auch wollen, wie man den Zeitungen entnehmen kann, nämlich ein **Fortbildungsprogramm**. Sie nennen das Projekte für mehr Lesen und Schreiben. Wir haben genau darauf in der Dezember-Debatte hingewiesen. Wir haben gesagt, es gibt Superprogramme, die sind prima evaluiert, die haben einen super Wirkungsgrad, und wir müssen versuchen, die systematisch in die Fläche zu bekommen. Wenn das jetzt in Ihrem Programm enthalten ist, wunderbar; das ist aber auch nichts Neues, das liegt sozusagen schon seit zwei Jahren hier auf dem Tisch.

Der letzte Punkt betrifft die Oberstufenkapazitäten. Auch da war für uns klar, dass das eine Aufgabe ist, der wir uns stellen müssen; allerdings nicht zum

(Anke Erdmann)

nächsten Sommerschuljahr, das wird noch etwas dauern.

Ich möchte noch auf die einzelnen Punkte eingehen, die man der Presse entnehmen konnte und die Sie auch heute teilweise angesprochen haben, um die es gehen wird.

Einmal die **Ganztagsschulen**. Wenn man sagt, man stellt zusätzlich 100 Stellen wieder in den Haushalt, dann sind wir genau da, wo Rot-Schwarz aufgehört hat. Das muss man einfach auch einmal festhalten. Rot-Schwarz hat genau für die konzeptgebundenen Ganztagsschulen 100 Stellen eingestellt. Davon sind aber nur 50 realisiert worden, weil das Programm so schlecht war - leider damals noch unter einer SPD-Ministerin; das ist aber vom FDP-Minister nicht nachgebessert worden -, dass tatsächlich nur die Hälfte der Schulen dieses Programm in Anspruch genommen hat. Diese 50 Stellen sollen ja bis 2014 schon wieder aus dem Haushalt herausgenommen werden. Das heißt, wenn wir diese 100 Stellen, von denen Sie reden, nehmen, dann sind wir im Prinzip genau da, wo Rot-Schwarz aufgehört hat.

Der zweite Punkt: Oberstufen. Sie können Herrn Stegner natürlich kritisieren. Das habe auch ich gemacht, wenn auch nicht von hier aus. Ich habe gesagt, vielleicht ist es ein bisschen optimistisch zu sagen, jede Gemeinschaftsschule kriege - -

(Zurufe)

- Darüber hatten wir eine Debatte. Aber ich finde, man kann es auch nicht so machen, wie Sie das gerade beschreiben. Sie haben sich ja ausdrücklich auf eine Schulform festgelegt. Sie sagen, es geht nur um Oberstufenkapazitäten an Beruflichen Gymnasien, wenn ich das aus der Presse richtig entnehme. Vielleicht steht es in dem Papier anders. Das ist doch irgendwie irre.

Wir haben vorgeschlagen, eine vernünftige Oberstufenkapazitätsplanung zu machen. Dann kann man vor Ort sehen, an welchen Schulen das passt. Da muss man sich nicht daran orientieren, ob das eine Schulform ist, die mir passt oder nicht, sondern das Entscheidende ist, so finde ich jedenfalls: Wie ist die Abiquote im Kreis? Wie sind die Bedürfnisse?

Wir wissen, dass Kreise wie Dithmarschen, Nordfriesland, Steinburg, auch Plön und Schleswig-Flensburg wirklich sehr, sehr geringe Abiturquoten haben. Danach muss man gucken. Wir müssen die weißen Flecken auf der Landkarte wirklich tilgen. Das ist mir wichtig. Aber Sie legen sich an der Stel-

le gleich auf Berufliche Gymnasien fest. Damit strafen Sie sich in gewisser Weise selber Lügen.

Sie haben in der Debatte um das Schulgesetz immer gesagt, dass Gemeinschaftsschulen tatsächlich eine Perspektive bekommen. Wenn die Bedingungen stimmen, so haben Sie gesagt - ich weiß zwar nicht welche -, dann soll es auch dort Oberstufen geben. Wenn Sie jetzt sagen, 100 Stellen ja, aber nur an Beruflichen Gymnasien, dann sagen Sie: Neue Gemeinschaftsschulen bekommen definitiv keine Oberstufen. Das ist ein sehr interessanter Punkt.

Der nächste Punkt - ich weiß nicht genau, wie das aussehen soll, ich habe das nur einem Artikel in der „FAZ“ entnehmen können - sind die neuen Fachkräfte, die ausgebildet werden sollen mit 116 Stellen. Bei den **Schulpsychologen** haben Sie sicherlich unsere Unterstützung. Das ist ein Punkt, den wir für sehr wichtig halten. Das hat möglicherweise auch eine sehr gute Hebelwirkung.

Ich möchte noch kurz zu dem Thema Eigenlob kommen. Sie haben auf einen sehr wichtigen Punkt abgestellt, nämlich dass die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss drastisch gesunken sei. Das stimmt, und es stimmt auch - Sie haben das ja sehr vorsichtig formuliert -, dass die Hälfte in Ihre Amtszeit fällt. Aber welche Ernte fahren Sie ein? Ich meine, es ist schon ein bisschen irre, wenn ich hier stehe und Frau Trauernicht und Herrn Döring als Minister in Erinnerung rufe. Denn von denen ist das **Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt** angeschoben worden. Sie fahren die Ernte eines wirklich guten Konzepts ein, das enorme Erfolge hat. Aber Sie hatten nichts damit zu tun. Wenn Sie jetzt erkennen, dass das ein super Modell ist - wir sind auch der Meinung -, dann ist es gut, aber man muss doch nicht so tun, als ob das auf dem eigenen Mist gewachsen wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da kann man sagen, das ist wunderbar, vielen Dank, liebe SPD, das war ein super Vorschlag, aber ich, Minister Klug, bin es nicht gewesen.

Wir haben Sie sehr oft nach dem Stellenbedarf in den Schulen gefragt. Ich frage mich, Herr Minister: Was ist eigentlich über Weihnachten passiert, dass Sie plötzlich Bedarfe erkennen, von denen wir alle hier im Hause schon lange reden, die Sie zum Teil ja auch schon vor Ihrer Amtszeit formuliert haben? Was ist also seit Weihnachten passiert? Ich vermisse eine Erklärung dafür, dass Sie erst jetzt darauf kommen, nachdem Sie vorher alle Stellenstreichungen mitgetragen haben.

(Anke Erdmann)

Warum brauchen wir einen Nachtragshaushalt, und warum brauchen wir ihn bald? Der nette FDP-Kollege Herr Koch hat das gestern ja noch einmal in bemerkenswerter Offenheit im „Schleswig-Holstein Magazin“ in die Kamera gesagt: Es gab eine Einigkeit zwischen Schwarz und Gelb, die 300 Stellen im März zu bewilligen.

(Gerrit Koch [FDP]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Die Lehrerstellenzuweisungen laufen jetzt. 300 Stellen im März, das kann man möglicherweise noch in die Presse bringen, das kann man auch plakatieren. Aber an den Schulen wird davon überhaupt nichts ankommen; denn das Planstellenzuweisungsverfahren läuft jetzt. Die Schulen können sich dafür überhaupt nichts kaufen, wenn die FDP solche Parteitage beschließt. Die 300 Stellen fehlen zum kommenden Schuljahr. Sie müssen jetzt umsteuern.

„Mannesmut vor Königsthron“ - Ihr Wort, Herr Minister! Es fehlt jetzt nur noch Ihre Stimme, und zwar nicht auf dem FDP-Parteitag, sondern hier, wo es zählt, im Parlament.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der CDU hat nunmehr die Frau Kollegin Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal dem Herrn Minister für seinen Bericht danken, den er hier vorgelegt hat. Ich will aber auch sagen: Ich hätte mir gewünscht, dass die Dinge in dem Papier, das dem Koalitionsausschuss zugeleitet wurde, noch etwas ausgeweitet worden wären.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, Frau Erdmann, Sie haben gesagt, der Minister hätte Ihre Fragen nicht beantwortet. Dann müssen Sie Fragen stellen! Sie haben einen Bericht beantragt und keine Fragen gestellt.

(Zurufe)

- Das sind keine Fragen; gucken Sie sich das einmal genau an!

Meine Damen und Herren, die Opposition fordert - übrigens mit Ausnahme der Fraktion DIE LINKE - die Landesregierung in ihrem Antrag auf, Defizite in der Bildungsqualität zu benennen und Maßnahmen zu deren Abbau aufzuzeigen. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Hauptaugenmerk aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion hierbei auf der Sicherstellung und Bereitstellung der **Unterrichtsversorgung** liegen muss.

Ich will aber gern mit den Defiziten anfangen, die wir als CDU vorgefunden haben, als wir 2005 nach langer rot-grüner Bildungspolitik hier in die Regierungsverantwortung gekommen sind. Meine Damen und Herren, die Lehrerversorgung an den Schulen war auf einem der schlechtesten Stände, die man sich überhaupt vorstellen kann,

(Beifall bei CDU und FDP)

sodass wir bis 2010 1.000 Planstellen zusätzlich in die Schulen gegeben haben mit der Bilanz, die wir heute haben: 1.000 Lehrer mehr, 16.000 Schülerinnen und Schüler weniger mit der Folge einer besseren Unterrichtsversorgung, belegt durch die Berichte sowohl der Ministerin Ute Erdsiek-Rave als auch des Ministers Klug, die dem Parlament vorliegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Defizit war und ist die nicht ausfinanzierte **Vorgriffsstunde** der Lehrkräfte. Unter rot-grüner Regierungsverantwortung sollten Lehrkräfte eine Stunde in der Woche mehr arbeiten, und das sollte ihnen nach 2008 zurückgezahlt werden. Einen Finanzierungsvorschlag dazu gab es nicht. Das schlägt sich heute nieder in über 400 Planstellen, die zusätzlich finanziert werden mussten und die wir zusätzlich finanziert haben, damit das nicht zulasten der Unterrichtsversorgung in diesem Land ging. Das ging nur mit der CDU.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heike Franzen [CDU]:

Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann fahren Sie bitte fort.

Heike Franzen [CDU]:

Meine Damen und Herren, die Einführung des **achtjährigen Bildungsgangs** und der **Profiloberstufe** an den **Gymnasien** war im Prinzip der richtige Weg. Allerdings hat sich schnell herausgestellt, dass das Konzept der damaligen Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave weder ausgereift noch für die Gymnasien tragbar war. Diese Landesregierung hat als Erstes sehr schnell die Weichen gestellt, damit G 8 und die Profiloberstufe gelingen können und sie nicht weiterhin zu einer Belastung der Gymnasien führen. Wir haben in der Orientierungsstufe entlastet. Es sind endlich entsprechende Kerncurricula auf den Weg gebracht worden. Es hat Intensivierungsstunden für G 8 gegeben. Dass die Überarbeitung der Profiloberstufe so geräuschlos vonstatten gegangen ist, hatte einen einzigen Grund: Weil es richtig gut gemacht war.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein weiteres Defizit, das hier in diesem Landtag über Jahre beklagt worden war, war die mangelnde **Schulsozialarbeit**. Alle Parteien, alle Fraktionen haben es beklagt. Die Einzige, die das aufgenommen hat - und das vor dem Hintergrund eines ausgesprochen schwierigen Landeshaushalts -, ist diese Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie ist in die Förderung der Schulsozialarbeit eingestiegen, und zwar nicht nur mit einem kleinen Betrag, sondern sie hat die Aufgabe der Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankert. Das haben sich die Vorgängerregierungen nicht getraut.

Der Abbau dieser Defizite hat inzwischen auch seine Wirkung gezeigt. Die **Schüler-Lehrer-Relation** hat sich von 2005 19 auf eine Lehrerplanstelle auf 2012 16 zu einer Lehrerplanstelle verbessert. Die Zahl der **Schulabgänger** ohne Abschluss sank von 10 % auf 7 %. Das ist noch immer nicht genug; das will ich gar nicht infrage stellen. Aber dass es hier einen Rückgang gegeben und dass dieser Rückgang insbesondere in den letzten zwei Jahren stattgefunden hat, ist eine Erfolgsgeschichte dieser Bildungspolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darüber hinaus müssen wir feststellen, dass sich die Zahlen der Abiturienten und Fachhochschulreifen von 22 % auf 32 % gesteigert haben. Gleiches gilt im Übrigen für die Realschulabsolventen. Ihr Anteil stieg von 33 % auf 35 %, während der Anteil der Hauptschulabschlüsse logischerweise von 35 auf

26 % sank. Auch das ist für bessere, höhere Bildungsabschlüsse der richtige Weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist aus meiner Sicht eine Bilanz, die sich wirklich sehen lassen kann, eine Bilanz innerhalb von zwei Jahren. Diese Landesregierung hat sehr viel auf den Weg gebracht, um das, was es an Defiziten gab, auszugleichen.

(Johannes Callsen [CDU]: Sehr richtig!)

Ich will aber auch gern sagen, dass Ende letzten Jahres der FDP-Parteitag plötzlich einen höheren Bedarf festgestellt hat. Es gab dazu einen Koalitionsausschuss, in dem Minister Klug aufgefordert wurde, die Defizite an den Schulen bis März aufzuzeigen und den Bedarf zu begründen. Vorgestern hat er einen Brief an die Mitglieder des Koalitionsausschusses verschickt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und dpa!)

wobei ich schon sagen muss, dass es mich einigermaßen überrascht hat, dass Herr Dr. Klug auch die dpa dem Koalitionsausschuss zugeordnet hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das finde ich auch etwas ungewöhnlich!)

- Wollen wir einmal sehen, ob wir im Koalitionsausschuss eine dritte Partei beteiligen.

(Zuruf: Die Piraten!)

Es ist schon so, dass, wenn wir uns über Defizite unterhalten - ich habe gerade gesagt, dass es darum gehen muss, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen -, wir uns auch mit dem Thema **Unterrichtsausfall** befassen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will das sehr kritisch beäugen. Wir haben 2004 das System ODIS zur Erfassung von Unterrichtsausfall - ich würde sagen: zur Verschleierung von Unterrichtsausfall - eingeführt, übrigens unter Rot-Grün; ich glaube, da waren Sie sogar noch Staatssekretär, Herr Dr. Stegner. Man muss sagen: Seitdem gibt es in diesem Land keinen ehrlichen Umgang mehr mit dem Thema Unterrichtsausfall. Die Fragen, die zu stellen sind, sind: Warum fällt Unterricht aus? Warum ist es nicht mehr dazugekommen, dass die Vereinbarung „Jede Stunde zählt“ eingehalten wird? Sie ist übrigens von den Lehrerverbänden aufgekündigt worden. Das muss man auch deutlich sagen. Wir müssen auch hinterfragen: Was sind es für Konzepte, die Unterrichtsausfall auffangen? Mit diesem Thema müssen wir uns befassen. Das muss das oberste Gebot einer Landesregierung

(Heike Franzen)

sein: Bevor wir uns über andere Dinge unterhalten, müssen wir uns mit der Unterrichtssituation in unserem Land beschäftigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Franzen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Heike Franzen [CDU]:

Nein. Ich möchte jetzt keine Zwischenfrage zulassen.

Meine Damen und Herren, der zweite Teil des Antrags der Opposition ist nun wirklich ein Schaufensterantrag. Den haben wir im Dezember letzten Jahres diskutiert. Wir haben ihn abgelehnt. Der Minister und die Landesregierung haben deutlich gemacht: Es wird keinen **Nachtragshaushalt** geben.

Ich sage Ihnen ganz offen: Natürlich stehen auch wir als CDU dafür, wenn es Luft gibt, bezahlbare und sinnvolle Maßnahmen im Bereich der **Bildungsqualität** zu finanzieren. Das gehört dazu, wenn man ein Land entwickeln will. Da muss man auf der einen Seite die Ausgaben kürzen - gar keine Frage - und auf der anderen Seite in Infrastruktur und Bildung investieren. Dafür steht auch diese Koalition.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen werden wir den zweiten Teil Ihres Antrags - wie im Dezember - ablehnen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Kollegen Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gehöre diesem Landtag noch nicht so ewig an. Ich habe das bisher so verstanden: Wenn wir als Plenum den Minister einstimmig auffordern, einen Bericht abzugeben, und diese Aufforderung die Punkte a), b), c) und d) enthält und diese Punkte a), b), c) und d) mit den Worten „wo“, „welche“, „ob“ und „wann“ beginnen, ich nicht hinterher mit dem Minister und der Regierungskoalition darüber diskutieren muss, ob denn Fragen gestellt worden sind, auf die man in diesem Bericht hätte eingehen müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich würde gern an anderer Stelle darüber diskutieren, ob ich als Parlamentarier das Recht habe, dass der Minister auf diese Punkte eingeht. Das lässt sich aber möglicherweise jetzt nicht auf der Stelle klären.

Heute wurden in Schleswig-Holstein die Zeugnisse vergeben. Teil der Notenfindung ist - zumindest an guten Schulen bei guten Kolleginnen und Kollegen - auch ein Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern über ihre Selbsteinschätzung. Das passiert im Optimalfall im Vorfeld. Insofern hinken wir, was die Zeugnisvergabe angeht, ein wenig hinterher, wenn wir den Bildungsminister heute fragen, wie er seine eigene Leistungsbilanz sieht.

Über diese Selbsteinschätzung folgt dann im Optimalfall ein pädagogisches Gespräch. In das würde ich jetzt mit der Frage einsteigen, wie denn der Herr Minister die Wirksamkeit von Änderungen am Schulsystem eigentlich einschätzt. Ich bin aus Lehrersicht sehr erstaunt, dass Sie tatsächlich davon ausgehen, dass von einem Jahr aufs andere sofort Änderungen festzustellen sind. Noch erstaunter bin ich, dass Sie das so sauber differenzieren können: Alle Erfolge, die sich in der Bildungspolitik ergeben, sind - exakt! - ab September 2009 auf die Entscheidungen zurückzuführen, die dann getroffen worden sind. Misserfolge lassen sich hingegen begründen durch die Zeit vor September 2009. Das wäre ein Punkt, den wir einmal aufarbeiten müssten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte mir für die Selbsteinschätzung des Herrn Bildungsministers eigentlich den Satz vorgestellt, den ich heute von ihm im Radio gehört habe, den man im NDR noch nachlesen und im Internet sogar noch nachhören kann: „Das hätte ich auch besser machen können.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie aber auch! - Heiterkeit bei der FDP)

Nun kann allerdings die Selbsteinschätzung nur ein Teil der Notenfindung sein. Anhand möglichst objektiver Bewertungskriterien muss ihr auch eine Außensicht gegenübergestellt werden. Mein Urteil wäre: Zumindest zu 90 % Thema verfehlt! Herr Kubicki wird heute in den Medien zitiert mit der Äußerung, die Schau um die zusätzlichen **Lehrer-**

(Martin Habersaat)

stellen sei eine „stümperhafte Inszenierung“ gewesen. Wir müssen feststellen, der Fraktionsvorsitzende kriegt auch keine ausreichende Note.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja schön!)

Wenn der Ministerpräsident und sein Kabinett den Bildungsminister auffordern, zum Ende der Legislaturperiode einmal herauszufinden, wie die Lage an den Schulen ist, der Bildungsminister dann nachforscht und sieht, er hat den Schulen zu viele Lehrerstellen gestrichen, er dann seinem Kabinett Verbesserungen vorschlägt und der Ministerpräsident dann öffentlich mitteilt: „Ich werde einen Teufel tun“, zeigt uns das zweierlei: Erstens. Dieser Bildungsminister ist versetzungsgefährdet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Ja, genau! Er bleibt! Er wird nicht versetzt!)

Zweitens. Der CDU ist die Lage an den Schulen egal.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über das christdemokratische bildungspolitische Fähnlein im Wind haben wir hier schon verschiedentlich gesprochen.

Wie ist denn die Lage an den Schulen? Die **Gymnasien** durften sich zwischen Y, G 8 und G 9 entscheiden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da haben sie Glück gehabt!)

Das Ministerium setzt alle Beteiligten erst unter Zeit- und dann generell unter Druck. Nun laufen Gerichtsverfahren, zum Beispiel in Wentorf.

Es gibt Zoff vor Ort und überwiegend an den Küsten-G-9-Gymnasien, die nicht mehr mit den anderen Gymnasien im Land kompatibel sind. Den Gemeinschaftsschulen wurde die Hälfte ihrer **Differenzierungsstunden** gestrichen. Gleichzeitig erhielten sie das Beinahegeschenk, ihre bisherigen pädagogischen Konzepte in die Tonne treten zu dürfen. Wieder ist das Ergebnis Zoff vor Ort. Natürlich wünschen sich viele ehemalige Realschullehrer Realschulklassen zurück, wenn ihnen vorher Differenzierungsstunden gekappt werden. Jedem im Saal ist aber hoffentlich aufgefallen, dass solche Diskussionen nicht an den Standorten stattfinden, an denen wir schon immer Gesamtschulen eingerichtet hatten.

Interessant ist heute die Äußerung des Bildungsministers, die ich für die Kollegin Erdmann in die Richtung interpretiere: Es wird an keiner Gemeinschaftsschule im Land eine neue **Oberstufe** geben; denn sonst hätten die ja konsequenterweise in diese Berechnung aufgenommen werden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kubicki, ich freue mich wahnsinnig über Ihr plötzliches Interesse an der Bildungspolitik, hätte mir aber gewünscht, dass Sie mit Ihrem riesigen Sachverstand schon vor zwei Jahren eingegriffen hätten.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Blick würde sich auf den **Bereich des Unterrichtsausfalls** lohnen. Eltern empfinden eine Stunde dann als ausgefallen, wenn der zuständige Fachlehrer sie nicht gibt. Das ist eine nachvollziehbare Erklärung. Aus der Sicht des Klassenlehrers war ich immer dann zufrieden, wenn zumindest ein anderer Fachkollege aus der Klasse die Stunde geben konnte oder wenn die Klasse mit einem ohnehin laufenden Projekt befasst war. Dann hätte auch ich gesagt, das ist eine sinnvoll erteilte Stunde. Tatsächlich taucht eine Stunde in der Statistik aber nicht einmal dann als ausgefallen auf, wenn die Schüler spontan mit Hausaufgaben nach Hause geschickt werden.

(Zurufe von CDU und FDP)

Diese Statistik - Herr Kubicki, achten Sie genau auf meinen nächsten Satz; denn den widme ich Ihnen - werfe ich nicht der amtierenden Landesregierung vor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Mein Vorschlag ist aber: Wenn wir über **Lehrstellenbedarf und Mehrbedarfe** reden, dann sollten wir diesen Bereich unbedingt mit in die Diskussion einbeziehen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann ist das mittlerweile angekommen! - Beifall bei FDP und CDU)

ebenso wie die Hundertprozentversorgung an den Schulen. Danach können wir uns über neue Aufgaben unterhalten, und dann sollten wir uns wirklich auch einmal über **pädagogische Konzepte** austauschen.

Wie handhaben wir denn individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern? Wie führen wir je-

(Martin Habersaat)

de und jeden zum bestmöglichen Abschluss? Wie schaffen wir es, dass junge Menschen unsere Schulen verlassen, die zuversichtlich Verantwortung für sich und andere übernehmen können? Nicht jede Maßnahme der Landesregierung in den letzten Jahren war diesen Zielen dienlich. Zur schwarz-gelben Bilanz gehören ehrlicherweise auch der Bruch des Schulfriedens durch die Änderung des Schulgesetzes von 2007, die Wiedereinführung der obligatorischen Elternbeteiligung an den **Schülerbeförderungskosten**, die ausgebliebene Reform der Lehrerbildung, die Kürzung der Zuschüsse für die dänischen Schulen, der vorübergehende Stopp beim Umbau der Realschulen, der Abbau der Weiterbildung, der glücklicherweise zurückgezogene „Psychoerlass“, der Arbeitszeiterlass, der nur am 1. April 2010 gültig war, und die monatelange Hängepartie beim Gastschulabkommen mit Hamburg. Ich könnte diese Aufzählung noch weiterführen.

Manch einer erinnert sich vielleicht noch an Zeiten, als Wolfgang Kubicki, damals schon bildungspolitisch interessiert, dem damaligen Hamburger Bildungssenator Lange in einem Brief unter anderem die folgenden freundlichen Zeilen zugelegt hat:

„Die öffentliche Meinung darüber, dass Sie als verantwortlicher Senator für Bildung und Sport einer faktischen Verringerung der Zahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg zugestimmt haben, hat in der Landtagsfraktion und im Landesverband der FDP Schleswig-Holstein nicht nur Verwunderung, sondern Verärgerung ausgelöst.“

Herr Kubicki fürchtete damals, die FDP könne auf ihrem Kompetenzfeld Bildung Schaden nehmen, und warf Lange vor, der FDP die Früchte ihrer Arbeit zu zerstören. Herr Klug, Herr Kubicki, nun muss ich Sie fragen: Haben Sie eigentlich in den letzten Tagen Post von Frau Suding bekommen?

(Beifall bei der SPD)

Was Herr Kubicki von Herrn Lange damals auch forderte, war übrigens ein Zeichen von Durchsetzungsfähigkeit und Kraft. Und bei Durchsetzungsfähigkeit und Kraft bin ich dann auch bei „Männermut vor Königsthron“. Wenn denn nun klar ist, dass die Schulen so dringend neue Lehrerinnen und Lehrer brauchen, dass die Veröffentlichung dieser Erkenntnis keinesfalls bis zur nächsten Sitzung des Koalitionsausschusses warten kann, sondern vorher an die Öffentlichkeit muss, dann ist tatsächlich entschlossenes Handeln, dann sind Männermut gefragt

(Beifall bei der SPD)

und ein Minister, der das entsprechend durchsetzt.

Ich sage es auch mit Schiller, Herr Dr. Klug: „Wenn der Leib in Staub zerfallen, lebt der große Name noch.“ Also strengen Sie sich an! Denn Schiller wusste auch: „Dem Mimen flieht die Nachwelt keine Kränze.“

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Herr von Boetticher: Ein schlechtes Schauspiel wird für unsere Schulen nicht genug sein. Da müssen Sie besser werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Kollegin Cornelia Conrad das Wort.

Cornelia Conrad [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte gibt mir die Möglichkeit, zumindest in Ansätzen die Größe des Scherbenhaufens darzustellen, den uns die SPD hinterlassen hat.

(Beifall bei FDP und CDU - Lachen bei der SPD)

Der Scherbenhaufen der Bildungspolitik der SPD wiegt fast noch schwerer als die Katastrophe, in die Sie den Haushalt unseres Landes geführt haben. In beiden Bereichen haben Sie in verantwortungsloser Weise die Ressourcen unserer Kinder aufs Spiel gesetzt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Fünf Minuten sind eigentlich viel zu kurz, um das alles aufzuzählen,

(Zuruf von der SPD: Für Sie sind fünf Minuten zu viel!)

was unter sozialdemokratischer Verantwortung in der Bildungspolitik alles schiefgegangen ist. Sie haben die Haupt- und Realschulen zerschlagen, waren dabei, die Gymnasien ausbluten zu lassen, haben die Berufsschulen alleingelassen. Ihre Reformen waren so genial, dass sie keiner verstanden hat.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben zwei Schulformen abgeschafft und durch zwei neue ersetzt. Und um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, haben Sie nicht einmal die **Lehrerbildung** entsprechend angepasst, sodass die Lehrer für Schulformen ausgebildet wurden, die es gar nicht mehr gab.

(Cornelia Conrad)

(Beifall bei FDP und CDU)

Bei all diesen Reformen haben Sie die Lehrer alleingelassen. EVIT und die prophylaktischen Prüfungen sind weitere Beispiele.

Ihre Versäumnisse haben wir mit unserem Koalitionspartner nunmehr korrigieren müssen. Wir haben damit die Schulqualität verbessert, eine erfolgreiche Bildungsbiografie beginnt bereits in frühen Jahren. Daher haben wir trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung hier verstärkt investiert.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Cornelia Conrad [FDP]:

Nein, ich möchte gern fortfahren.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Bitte.

Cornelia Conrad [FDP]:

Die Mittel für Krippen und Kitas wurden aufgestockt, die Schulsozialarbeit wurde verstärkt, Modellprojekte beim Übergang von Kita zur Grundschule wurden geschaffen, und die Sprachförderung in den Kitas wurde verbessert. Darüber hinaus wurde die **Hochbegabtenförderung** gestärkt, ein Landesseminar für berufliche Bildung wurde geschaffen, und jüngst wurde sogar Deutsch als Zweitsprache zu einem verpflichtenden Bestandteil der Lehrerausbildung gemacht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der linke Flügel mit seinen gewerkschaftlichen Hilfstruppen

(Lachen bei der SPD)

hat über Jahrzehnte die Bildung ideologisch aufgeblasen. So haben sich die größten Defizite eingestellt.

(Zurufe von der SPD)

Über Jahre standen nicht Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt, sondern allein Schulstrukturdebatten.

Ich zitiere gern aus einer aktuellen Pressemitteilung des Philologenverbands. Dieser wollte auf einer Veranstaltung die Vor- und Nachteile des längeren gemeinsamen Lernens erörtern, musste aber leider feststellen - ich zitiere mit Verlaub -,

„... dass kein Bildungsforscher in der Republik sich wegen mangelnder wissenschaftlicher Belege mit einem Bekenntnis zum längeren gemeinsamen Lernen die Finger verbrennen möchte“.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Kollegin, es gibt eine weitere Bitte um eine Zwischenfrage. Lassen Sie diese zu?

Cornelia Conrad [FDP]:

Nein, Frau Präsidentin, ich möchte gern in meiner Rede fortfahren.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Bitte.

Cornelia Conrad [FDP]:

Ich zitiere weiter:

„Alle Ergebnisse vom Bildungsmonitor über den Lernetlas bis hin zu PISA zeigen die Leistungsfähigkeit eines pluralistischen Schulsystems. ... Gerade auch bei der Chancengerechtigkeit zeigten Gesamtschulen die ihnen zuzudichteten Vorteile nicht.“

Unsere Schulgesetznovelle hat den notwendigen Ausgleich gebracht und den über Jahre aufgestauten Druck, ja sogar Frust aus dem Kessel gelassen. Wir haben die Wünsche von Schülern, Lehrern und Eltern ernst genommen und ihnen wieder Gehör verschafft.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Die Grünen fragen in ihrem Antrag, welche Maßnahmen kurzfristig geeignet erscheinen, um Defizite abzubauen. Ich sage Ihnen: Die Schulen dürfen nicht weiter Spielball Ihrer ideologischen Parteipolitik sein.

(Beifall bei FDP und CDU - Lachen bei der SPD)

- Lachen Sie sich ruhig tot. Das Lachen wird Ihnen noch vergehen.

Ich habe die große Sorge, dass G 9 und auch der **Differenzierungsmodus** sofort wieder rückgängig gemacht werden, sollte die SPD womöglich Regierungsverantwortung tragen. Dieses Vorhaben ist absolut kontraproduktiv und knüpft genau an das

(Cornelia Conrad)

verantwortungslose Herumwurschteln früherer bildungspolitischer Maßnahmen dieser Partei an.

Deshalb zum Schluss mein Appell an Sie, an die Opposition: Kommen Sie heraus aus Ihren ideologischen Schützengräben,

(Lachen bei der SPD)

und tragen Sie dazu bei, den von uns geschaffenen Schulfrieden zu erhalten!

(Beifall bei FDP und CDU - Demonstrativer Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Zugabe!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Björn Thoroe das Wort.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bildungspolitik ist und bleibt ein wichtiges Wahlkampfthema. Das wissen wir nicht erst seit der letzten Umfrage des „sh:z“. Das merken wir auch heute wieder.

Betrachtet man den Ursprungsantrag, der nur die Frage nach Defiziten aufwirft, so möchte ich zumindest von den Grünen, weil sie sich damit zurückhalten, aber auch von den anderen Fraktionen nicht mehr hören, unsere Anträge seien in irgendeiner Weise unzureichend. Sie hatten das Glück, dass der Bildungsminister Ihnen noch einen substanziellen Aufhänger gegeben hat. Wir tragen diesen Antrag nun auch mit.

(Anita Klahn [FDP]: Schön!)

Das war aber reine Glückssache. Ansonsten wäre das hier eine reine Wahlkampfveranstaltung geworden.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ich kann nicht behaupten, dem Bericht des Bildungsministers irgendetwas Neues entnommen zu haben. Es wundert mich aber, wie schöngefärbt der Blick im Bericht auf die Schullandschaft aus Sicht des Ministers doch ist.

Herr Minister Klug und Frau Conrad sprachen heute viel von Eliteförderung und Hochbegabtenförderung. Das passt sehr gut zur FDP, dass sie in diesen Bereich ihren Schwerpunkt legt.

(Johannes Callsen [CDU]: Wer hat das gesagt? Wir?)

33 % eines Jahrgangs machen in Schleswig-Holstein **Abitur**. In Hamburg sind es 48 %. Das könnte vielleicht auch daran liegen, dass es in Schleswig-Holstein in der Fläche wenig **Oberstufen** gibt. Insofern ist die Aussage, dass Sie keine neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen schaffen wollen, eine ziemlich gewagte These.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nun zu PISA. Es gibt keine Bildungsforschung, die belegt, dass längeres gemeinsames Lernen erfolgreicher und sozial gerechter ist und mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur führt? Das soll PISA belegen? - Schauen Sie einmal nach Finnland und in andere skandinavische Länder, wie viele Schülerinnen und Schüler dort eine **Hochschulzugangsberechtigung** erwerben! Dies sind über 70 %. Das erreicht kein deutsches Bundesland, erst recht nicht das von Ihnen immer so viel gelobte Bayern.

Ihr Lob der sicheren **Unterrichtsversorgung** muss in den Ohren der Betroffenen eher wie Hohn klingen. Legen Sie doch einmal Statistiken über Stunden vor, die in eigenverantwortlichem Arbeiten, im EVA-Unterricht, gegeben werden! Legen Sie doch einmal Statistiken vor über Stunden, die in zusammengelegten Klassen gegeben werden! Dann werden wir ein ganz anderes Bild von der Lage bekommen. Dann hätten wir ehrliche Antworten. Sichere Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein ist im Moment wirklich einfach nur eine Chimäre.

(Zuruf von der FDP: Was ist das denn?)

Herr Klug, ich bin Ihnen aber auch ein bisschen dankbar für Ihre Äußerungen der letzten Zeit; denn ganz offensichtlich hat sich die Haltung zumindest eines Teils der FDP zur Kürzung von Lehrerstellen revidiert. Die Motive für den Sinneswandel lasse ich jetzt einmal außen vor. 300 Lehrerstellen im kommenden Schuljahr zu erhalten, das wäre zumindest einmal ein Anfang.

Wir müssen uns aber auch darüber unterhalten, wo diese Stellen gebraucht werden. In den Augen meiner Fraktion ist es oberste Priorität beizumessen, an den Gemeinschaftsschulen **Differenzierungsstunden** wieder aufzubauen. Wie Sie wissen, fordern wir die Rücknahme aller Kürzungen, das heißt, wir fordern, die 300 gestrichenen Stellen wieder ins System zurückzugeben, damit alle Schularten gleichermaßen von diesen Lehrerstellen profitieren.

(Zuruf von der CDU: Und ein Sozialticket für alle!)

(Björn Thoroë)

Ich möchte aber auch noch auf unsere Forderungen eingehen

(Zuruf von der FDP: Bitte nicht!)

und auf Defizite, die wir sehen.

Unsere Schulen grenzen noch immer aus. Sie sortieren unsere Schülerinnen und Schüler. Wir sehen nach wie vor in der **binnendifferenzierenden Förderung** die Lösung, die unserer Meinung nach die individuellste Förderung ist. Außerdem haben wir noch immer viel zu wenig Ganztagsangebote. Ferner bilden wir noch immer Lehrer für Schulformen aus, die nicht mehr existieren. Eine vernünftige **Reform der Lehrerbildung** ist längst überfällig.

Es gibt noch immer kein flächendeckendes **Angebot an Schulsozialarbeit**. Sie sind zwar einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Das reicht aber noch lange nicht aus.

Wir fordern differenzierte Lernberichte als Ergänzung für binnendifferenzierenden Unterricht.

Das wohl größte Defizit, das alle vorgenannten Probleme direkt beeinflusst, ist die chronische Unterfinanzierung im Schulbereich.

Meine Damen und Herren, Bildung darf nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden. Für gute Bildung muss das Geld da sein. Deshalb kann ich nur noch einmal an die FDP und Herrn Minister Klug appellieren: Stimmen Sie heute dem Antrag zu! Dann hätten wir zumindest die 300 Stellen im nächsten Jahr gerettet.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat die Kollegin Anke Spoorendonk von der Fraktion des SSW.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wäre unser Bildungsminister ein Quereinsteiger ohne vorhergehende politische Erfahrung, dann gäbe es noch die Möglichkeit, dass er falsch beraten worden wäre. Ekkehard Klug kennt aber den Landtagsbetrieb aus dem Effeff. Mit seiner politischen Erfahrung kann ihm nichts in der Landespolitik fremd sein. Deshalb ist es natürlich ein bemerkenswerter Vorgang, wenn er sich als zuständiger Fachminister darauf einlässt, ein **Konzept für mehr Lehrerstellen** sowohl dem Koalitionspartner als

auch der eigenen Fraktion über die Medien vorzustellen.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht schön! Das stimmt!)

Wir können nur vermuten, was ihn geritten haben mag. Fakt ist, dass eine Debatte über den **Abbau von Bildungsdefiziten** in Schleswig-Holstein dadurch eine völlig andere Dimension erhält. Das war ja auch der Grund dafür, dass wir diesen Antrag gestellt haben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Bildung als Lebenschance“ heißt das Papier. Das ist ein schöner Titel. Laut Presseberichten wird in dem Papier, das ich noch nicht kenne, detailliert vorgerechnet, wofür denn **453 Lehrerstellen** im Einzelnen benötigt werden. Als Beispiel werden in der Presse genannt: 100 Stellen für den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen, 116 Stellen für die Ausbildung von Fachkräften, 100 Stellen für den Ausbau der Beruflichen Gymnasien und 90 Stellen für die Fortführung von bestimmten pädagogischen Projekten, damit Schüler besser Lesen und Rechnen lernen.

Aus Sicht des SSW ist gegen die Stärkung der genannten Bereiche überhaupt nichts einzuwenden, denn anscheinend liegt uns erstmals eine richtige und untermauerte Analyse vor. Wie anders lässt sich ansonsten erklären, dass der Bildungsminister nicht 300 oder 500 Lehrerstellen beantragt, sondern ganz genau 453? - Für mich steht weiterhin fest, dass ich mich vor dem Hintergrund dieser neuen Zahlen an der Nase herumgeführt fühle, wenn ich an die Stellungnahmen des Ministers hinsichtlich der **Unterrichtsversorgung** an unseren Schulen denke.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutlich wird auch, dass die Bilanz des Bildungsministeriums nach zwei Jahren schwarz-gelber Regierung nichts anderes als Schönfärberei gewesen sein kann. Wie anders will der Minister sonst die Notwendigkeit dieser neuen Analyse und die Notwendigkeit, weitere Lehrkräfte einzustellen, begründen?

Hinzu kommt, dass vieles schlecht gemacht wurde, weil der Minister immer wieder unter Beweis stellt, dass er den Dialog mit den Kommunen als Schulträger nicht hinbekommt. Am deutlichsten kam dies zum Ausdruck, als es um die Novellierung des Schulgesetzes und den ganzen Murks um G 8, G 9

(Anke Spoorendonk)

und Y ging. Aber auch die **Stärkung der Schulsozialarbeit** wird von der regierungstragenden Mehrheit immer wieder gelobt. Tatsache ist aber, dass der Schulsozialarbeit droht, an die Wand gefahren zu werden, weil Mittel nur zögerlich abgerufen werden. Dafür gibt es viele verschiedene Gründe. Ich denke, diese werden in der nächsten Landtags-tagung ein Thema sein. Darüber soll debattiert werden.

Man stellt sich hierhin und sagt: Das haben wir toll gemacht. Die Wirklichkeit vor Ort sieht aber anders aus. Das Problem mit den Bundesmitteln, die nur bis 2013 laufen und für die es keine Nachfolgeregelung gibt, ist auch noch da. Vonseiten des Ministeriums haben wir dazu überhaupt noch nichts gehört. Man könnte das vorgeschlagene Konzept mit der schönen Überschrift „Bildung als Lebenschance“ daher auch als Versuch interpretieren, die Erfolgsbilanz des Ministeriums noch etwas aufzuhübschen, sozusagen in Torschlusspanik.

Was bleibt, ist aber die Tatsache, dass wir trotzdem vor einem bildungspolitischen Scherbenhaufen stehen. Die Reduzierung der Differenzierungsstunden lässt grüßen und die Einführung abschlussbezogener Klassen an Gemeinschaftsschulen auch. In Ratzeburg gab es zum Beispiel monatelang Debatten, bis sich die Schulkonferenz für die Einrichtung abschlussbezogener Klassen aussprach. Die Leserbriefspalten wurden daraufhin lang und länger, weil sich viele Eltern damit nicht abfinden wollten und eine echte, gemeinsame Beschulung ihrer Kinder einforderten. Dann kam der Bescheid aus Kiel, der ausdrücklich die **Einrichtung abschlussbezogener Klassen** vom 100-prozentigen Elternwillen abhängig machte. Damit war der Beschluss der Schulkonferenz hinfällig. Ich finde, dass das gut ausgegangen ist. Das zeigt aber, dass diese Debatte schon tiefe Gräben aufgerissen hat.

Daher noch einmal: Wir erkennen hier ein Muster, nämlich das Muster der Entscheidungen des Ministeriums, das sich unberechenbar und unkalkulierbar verhält. Zumindest interpretieren Schulleitungen und Elternbeiräte genau so entsprechende Verordnungen, Erlasse und Briefe aus Kiel. Daher sage ich nach dem Redebeitrag des Ministers: Lieber Herr Minister, wenn es so viele Erfolge in Ihrer Bildungspolitik gegeben hat, dann frage ich: Wieso hat es in den letzten zwei Jahren so viele Konflikte gegeben? - Das begreife ich nicht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe die Vermutung, dass der Minister in seiner langen Zeit als FDP-Bildungspolitiker vielen Interessengruppen viel versprochen hat. Ich will jetzt nicht das sagen, was die Kollegin Conrad vorhin sagte, aber es gibt Verbände, die sich regelmäßig vor dem Büro des Ministers oder - in seiner Zeit als Bildungspolitiker vor seinem damaligen Büro - trafen. Man spürt, dass diese Interessenverbände weiterhin Einfluss gehabt haben.

Ich stelle das so in den Raum. Ich sage noch einmal: Man kann sich nicht hier hinstellen - wie vorhin die Kollegin Conrad - und sagen: Wir haben alles erreicht. Das, was gesagt wird, macht deutlich: Man hat vielleicht für bestimmte Gruppen etwas erreicht, man hat aber nicht das erreicht, was angesagt und wichtig ist, nämlich die Schulentwicklung in diesem Land weiterzubringen. Das hat man nicht erreicht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass ich mir eigentlich nicht vorgestellt hätte, die Schulreform der Großen Koalition noch einmal zu loben, aber ich tue es wieder, denn damit waren wir schon weiter gekommen. Das, was in den letzten zwei Jahren erreicht worden ist, ist nur, dass sich die Gräben vertieft haben und dass wir wieder die ideologische Diskussion bekommen, die wir alle eigentlich nicht mehr haben wollten.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky [SPD])

Lieber Herr Minister, das Bild des Zeugnisses wurde vom Kollegen Habersaat vorhin schon angesprochen. In Ihrem Zeugnis müsste meiner Meinung nach stehen, dass Ihre Versetzung nicht nur stark gefährdet ist, sondern dass Ihre gesamte schulische Karriere neu durchdacht werden sollte.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die uns zuvor gemeldeten Rednerinnen und Redner gehört. Damit es durch die überzogene Regezeit der Landesregierung keine Verwirrung gibt, schlage ich vor, dass die Kollegin Ostmeier Ihnen kurz sagt, für welche Fraktionen noch welche Restredezeiten zur Verfügung stehen, bevor Sie möglicherweise noch weitere Dreiminutenbeiträge halten möchten. Frau Ostmeier, bitte.

:

Ich kann folgende Restredezeiten verkünden: Für die CDU-Fraktion 16 Minuten, für die SPD-Fraktion 15 Minuten, für die FDP-Fraktion 18 Minuten, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10 Minuten, für die Fraktion DIE LINKE 19 Minuten und für die Fraktion des SSW 17 Minuten. Sie sehen es mir nach, dass wir die halben Minuten nicht berechnet haben. Ich hoffe, Sie kommen damit aus.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Robert Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Atmosphäre, die mitunter an Aschermittwoch erinnerte, möchte ich drei Anmerkungen machen, die - wie ich finde - den Kern dieser Debatte betreffen. Erstens. Herr Minister, es ist selbstverständlich Ihr gutes Recht, für den Koalitionsschuss erbetene Papiere zu schreiben. In der Antwort auf einen Berichts Antrag, in dem detaillierte Fragen gestellt wurden, aber nicht auf diese Fragen einzugehen und diesen Bericht nur einigen Fraktionen zur Verfügung zu stellen, nicht aber der Opposition, denn wir haben diese Berichte nicht, zeugt von einem Stil, der nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Sie müssen das Parlament unterrichten und sich nicht selbst beschäftigen. Ich kann gleich weitermachen. Das ist die Arroganz, Themen nicht ernsthaft diskutieren zu wollen, sondern als Schaufensteranträge in die Welt zu posaunen, die in den letzten drei Tagen vor allem von der FDP bestimmt wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dodenhof, Bildungspolitik - nie ging es Ihnen um die Sache. Immer ging es Ihnen nur um die dpa-Meldungen und um die billigen Zeitschriften.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen und Zurufe von der FDP)

- Jawohl! Schlagzeilen, nicht Zeitschriften. Herr Kubicki, wenn Sie sich im „Hamburger Abendblatt“ zitieren lassen, der Bildungsminister hätte Ih-

re „Aktion Dodenhof“ sabotiert, dann müssen Sie sich damit auseinandersetzen, dass es Ihnen niemals um Dodenhof ging. Es ging Ihnen nur darum, Ihre mickrigen Prozente aufzupusten. So ist das.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen bei der FDP)

Wenn Sie Ihrem Kollegen Klug vorwerfen, dass es sich bei diesen 453 Lehrerstellen um stümperhafte Inszenierungen handelt, und Aktionen sabotieren, dann zeigt dies genau die Ernsthaftigkeit, mit der Sie sich noch um die Probleme des Landes kümmern. Die ist nämlich Null. Es geht nur um Inszenierungen, und es geht nur darum, in die Zeitungen zu kommen. Ich frage mich, wie lange sich die CDU das gefallen lassen will. Ich sage Ihnen: Genau an dieser Stelle ist die Große Koalition zerbrochen. Ich habe mir die Wortmeldungen noch einmal herausgesucht, Herr Ministerpräsident. Sie ist zerbrochen, weil Sie der SPD vorgeworfen haben, den Haushalt immer wieder infrage zu stellen.

Wo wir beim Haushalt sind: Ich frage mich, wie es gehen soll, wenn Sie keinen Nachtragshaushalt machen wollen. Wie wollen Sie Lehrerstellen für das nächste Schuljahr bereitstellen, wenn Sie keinen Nachtragshaushalt verabschieden wollen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Bernd Heinemann [SPD] und Antje Jansen [DIE LINKE])

Es gibt nur eine Alternative: Entweder es ist alles Popanz und Show - davon gehe ich aus -, oder Sie werden in drei oder vier Wochen wieder den gleichen Zinnober veranstalten, dann aber einen Nachtragshaushalt machen. Sie werden wieder diese Debatte führen, dann als Wahlkampfversprechen für eine Klientel, die Ihnen lange schon nicht mehr folgt. Mit anderen Worten: Bildungspolitik, die Ernsthaftigkeit der Debatte, das alles geht Ihnen am Moors vorbei.

(Zurufe)

Es geht Ihnen nur noch um Populismus und die Schlagzeilen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist unerhört! Das ist unglaublich!)

Weil es so ist, weil Sie von der Unterrichtung der Fraktionen in diesem Haus bis zu dem Bericht, der geliefert wurde, bis zu den Schlagzeilen, mit denen Sie sich gegenseitig beleidigen, so agieren, müssen wir heute eine namentliche Abstimmung durchfüh-

(Dr. Robert Habeck)

ren, um wieder etwas mehr Ernsthaftigkeit von Ihnen einzufordern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Dr. Habeck, für den von Ihnen gerade gewählten Ausdruck erteile ich Ihnen eine Rüge.

Ich werde nun den Kollegen Dr. Stegner aufrufen, einen weiteren Wortbeitrag zu halten.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Reaktionen auf der Regierungsbank nach der Rede des Bildungsministers beobachtet hat - da steht der Ministerpräsident auf, dann gibt es ein Schulterklopfen des Parteivorsitzenden, dann gibt es den rhythmischen Beifall der Fraktionen -, der hat festgestellt, dass die Regierung extrem erleichtert darüber war, dass der Herr Bildungsminister keine einzige der Fragen beantwortet hat, die hier gestellt worden sind. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Man kennt die Art von Lageeinschätzung, wenn zu so einer Leistung rhythmisch geklatscht wird.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: So wie bei Ihnen auch! - Heiterkeit bei der CDU)

Dann könnte man Udo Lindenberg auf der „Andrea Doria“ sinngemäß zitieren und sagen: „Wir trinken einen Champus und warten auf die Flut.“ Das ist das, was die Haltung dieser Landesregierung auszeichnet, wenn sie die Leistung dieses Bildungsministers betrachtet.

Und ich muss Ihnen auch ehrlich sagen: Dass diese Inszenierung reine Show ist, ist gar nicht mal durch Zitate der Opposition zu belegen, es reicht aus nachzulesen, was der Fraktionsvorsitzende der FDP dazu öffentlich gesagt hat, was gestern der Kollege aus Lübeck im „Schleswig-Holstein Magazin“ gesagt hat und was der Ministerpräsident öffentlich gesagt hat - also all die aus dem eigenen Lager, die sich dazu geäußert haben. Man muss nur die Zitatsammlung vorlesen, dann braucht man gar keine oppositionelle Bewertung dazu, um festzustellen, dass es ausschließlich um Inszenierung geht.

(Christopher Vogt [FDP]: Machen Sie doch mal! - Weitere Zurufe)

Darüber können Ihre dröhnenden Reden übrigens nicht hinwegtäuschen.

Ich muss sagen, mich hat die Rede der Frau Kollegin Conrad erschüttert. Ich hatte zwar schon wahrgenommen, dass Sie gesagt haben, es sei ein tragischer Vorgang, dass die **Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem** eingeleitet würde - jetzt schon so früh, als vorletztes Land in Europa. Aber wenn man sich angehört hat, was Sie gesagt haben, weiß man, dass es reaktionäre Reden auch von Frauen gibt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das finde ich jetzt frauenfeindlich!)

Dann weiß man gar nicht, was man schlimmer finden soll - Sie wissen, ich sage so etwas sehr ungern -, ob man schlimmer finden soll, dass Sie hier im Parlament sind oder dass Sie nach Ihrem Ausscheiden aus dem Parlament wieder an die Schule zurückkehren, Frau Kollegin Conrad.

(Christopher Vogt [FDP]: Fairer Wahlkampf, Herr Stegner!)

Das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Wenn man Ihre Vorstellung von der Bildungspolitik hört, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Schülerinnen und Schüler mit dieser Form von Bildungsverständnis zu bearbeiten - das muss ich Ihnen ehrlich sagen -, ist schon ganz schwierig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Christopher Vogt [FDP]: Rhythmischer Applaus bei der SPD! - Weitere Zurufe)

Ich will aber zu dem Punkt kommen, den der Minister hier vorgetragen hat. Die Dramaturgie, die Sie aufgebaut haben, ist ganz interessant. Sie haben erst einmal dargelegt - übrigens wie Ihre Kollegin auch -, was alles schlecht gewesen ist, als Sie an die Regierung gekommen sind. Alles war katastrophal, und alle anderen waren schuld. Das haben Sie hier dargelegt.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben nicht alles aufgelistet, das wäre zu viel gewesen! - Anita Klahn [FDP]: Wir haben das nicht geschafft!)

Dann fragt man sich natürlich, wenn das so ist, wie Sie in der Lage gewesen sind, zu Beginn dieser Koalition dem zuzustimmen, dass sich erst die Union von der gemeinsamen Verabredung verabschiedet hat, **die Hälfte** der theoretisch **frei werdenden Stellen** im System zu belassen, um die Qualität zu

(Dr. Ralf Stegner)

verbessern, aber nicht nur das, sondern dann hinzugehen und sehr viel weitergehende Stellenstreichungen vorzunehmen. Wie das bei der Analyse, dass im System alles so katastrophal sei, möglich ist, das müssten Sie uns einmal erklären.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist das erste klugsche Wunder.

Das zweite klugsche Wunder ist dann, dass Sie es innerhalb von zwei Jahren geschafft haben, sensationelle Verbesserungen zu erzielen - so sensationelle Verbesserungen, dass wir bei „Jugend forscht“ vorn dabei sind, dass die ganze Welt zufrieden ist und man sich wirklich wundert, warum Sie nicht auf 18 % sind, sondern in manchen Umfragen bei 1,8 %. Das kann man gar nicht begreifen, wenn man Ihnen zugehört hat.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Nur kein Neid, Herr Stegner!)

Das war eine so tolle Rede, was Sie alles erreicht und geschafft haben, dass mich wundert, dass hier nicht Fackelzüge vor dem Haus sind und die Leute sich bei Ihnen für das bedanken wollen, was Sie hier leisten.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ganz im Gegenteil: Man hört, dass auch aus Ihrer Koalition gesagt wird - vor allem aus der Union -: Bleibt uns bloß weg mit dem Klug im Wahlkampf, den können wir in den eigenen Reihen nicht brauchen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das kennen Sie ja, Herr Stegner! - Weitere Zurufe)

Von Dankesbezeugungen kann überhaupt keine Rede sein. Das ist das zweite klugsche Wunder.

Das dritte klugsche Wunder ist dann, dass, obwohl Sie so großartig gearbeitet haben, Sie plötzlich, als Sie aufgefordert werden, sich kurz vor Ende Ihrer Amtszeit ein Bild von der Lage an den Schulen zu verschaffen, zu dem Ergebnis kommen, dass es doch so niederschmetternd ist, dass man das nicht mehr einhalten kann, was in der Koalition beschlossen worden ist. Es ist sogar so schlecht, dass Sie nicht einmal bis zum Februar warten können, in dem Sie darüber reden wollten, sondern öffentlich gleich eine Liste vorlegen müssen, was alles verbessert werden muss, und dafür zur Ordnung gerufen werden. Das ist das dritte klugsche Wunder. Ich muss sagen, Sie sind wirklich ein wundersamer

Minister. Das kann man wirklich feststellen, wenn man Ihnen so zuhört.

(Zurufe)

Dann reden wir über **ein Papier des Bildungsministers**, von dem man zunächst einmal sagen muss, die Missachtung des Parlaments durch jemanden, der dies selbst als langjähriger Oppositionsabgeordneter sehr stark thematisiert hat, wundert mich schon sehr, Herr Minister. Früher sind Sie ganz anders aufgetreten, wenn Sie von der Regierung etwas wissen wollten, und hätten sich diese Form der Missachtung des Parlaments verboten, was Sie übrigens immer haben, Herr Minister Klug.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann teilen Sie das über dpa Ihrem Koalitionspartner mit, oder wie auch immer. Die **Opposition** verfügt nicht über das Papier. Nun habe ich tatsächlich ein Papier bekommen - nicht offiziell -, und ich bin noch nicht sicher, ob es das Ihre ist, auch wenn Ihr Name darübersteht. Ich unterstelle einmal, es wäre so. Das kann ich für den Moment tun, weil ich nichts anderes habe.

(Christopher Vogt [FDP]: Zeigen Sie mal her, dann können wir mal gucken! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Darin stehen viele interessante Dinge. Unter anderem steht darin, je nach bestehenden Möglichkeiten könne man das einzeln oder in zeitlicher Abfolge realisieren - und viele weitere kluge Sätze. Dann guckt man sich an, was Sie da alles aufgeschrieben haben. Dann sagen Sie: Die Lage ist so, wir brauchen **100 Stellen** mehr für die **Ganztagschulen**. - Bravo, Herr Minister! - Wir brauchen **30 Stellen** mehr für die **Sprachförderung!** - Wunderbar, Herr Minister! Wir brauchen **17 Stellen** mehr für die **Schulpsychologen**, wir brauchen **90 Stellen** mehr für mehr **Abschlüsse für Kinder und Jugendliche**, wir brauchen **116 Stellen** mehr für mehr **Fachkräfteausbildung**, wir brauchen **100 Stellen** mehr, um mehr Schülerinnen und Schüler **zum Abitur** zu führen, wir brauchen **50 Stellen** mehr, um die **kleinen Schulstandorte** zu entlasten, damit die Dorfschulen nicht schließen müssen, und wir brauchen **125 Stellen** mehr für die **Differenzierungsstunden**, die Sie vorher den Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen weggenommen haben.

Jetzt kommt das große Wunder, meine Damen und Herren: Wenn man das zusammenrechnet, kommt man nicht etwa auf die 453 Stellen, die öffentlich

(Dr. Ralf Stegner)

verkündet worden sind, sondern - sage und schreibe - **638 Stellen**, von denen Sie sagen, dass Sie sie mehr brauchen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Herr Minister Klug, ich vermute ja, dass Sie noch ein bisschen warten wollten, weil es bis zur Wahl noch ein paar Wochen hin sind, bevor Sie damit kommen. Sie nähern sich der Linkspartei in den Forderungen immer mehr an, Herr Minister, das muss man Ihnen schon sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber den gleichen Gleichschritt, den Sie bei den Umfrageergebnissen machen, machen Sie jetzt offenkundig auch inhaltlich. Das ist offenkundig das, was Sie hier tun.

Aber einmal unabhängig davon, ob diese Zahlen nun ernst gemeint, weniger ernst gemeint, autorisiert sind oder nicht, zusammenrechnen kann man das relativ einfach. Es stehen viele kluge Sätze in dem Papier, das Ihnen jetzt zugeschrieben wird, Herr Minister Klug. Zum Beispiel steht darin, dass bei den **Beruflichen Schulen** die Maßnahmen, die Sie vorschlagen, erforderlich sind. Um eine adressatengerechte **Sprachförderung** in allen berufsbildenden Schulen verwirklichen zu können, sind 30 zusätzliche Stellen erforderlich. Das ist Ihre Formulierung - erforderlich, nicht möglich oder wünschenswert, sondern erforderlich. Es finden sich andere, ähnliche Sätze wie in Stein gemeißelt auch darin. Ich hoffe sehr, dass Sie das Papier irgendwann autorisieren. Vielleicht passen Sie das noch an die **Zahl 453** an, und dann machen Sie es öffentlich. Ich hoffe, dass das Parlament das bekommt. Denn es ist sehr interessant, was darin steht. Viele der Beschreibungen, die Sie da finden, passen so gar nicht zu dem, was Sie eben in Ihrer Rede vorgebracht haben, die passen eher zu dem, was Sie am Anfang gesagt haben, wie schlimm es vorher gewesen sei, aber sie passen nicht zu Ihren Beschlüssen und Ihrer Rede von heute.

Lassen Sie mich auf das Thema **G 8 und G 9** kommen, weil Sie meinten, das noch einmal ansprechen zu müssen! Nun ist ja jedem bekannt, dass Ihre Auffassung von Schulfrieden ist, dass Sie den Schulträgern Konzepte für längeres gemeinsames Lernen vorgelegt haben, den Gemeinschaftsschulen das Leben schwer gemacht haben und diese Schulen schikanieren, dass Sie das einfach nicht wollen und stattdessen andere Dinge wollen.

Von **Wahlfreiheit** zu reden und in Wirklichkeit dafür zu sorgen, dass das gar nicht geht, die Lehrerinnen und Lehrer aufzubringen, weil man ihnen die Ressourcen entzieht, die da arbeiten müssen, es aber nicht können und feststellen, dass klappt nicht, und dann zu Konzepten greifen müssen, die von gestern sind - das heißt doch nur, dass Sie **Chancengleichheit** in diesem Land zerstören, was überhaupt nicht verantwortbar ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Was ist daran so schwer zu verstehen, dass es relativ einfach ist zu sagen: Lasst möglichst viele Kinder in diesem Lande zu **höheren Abschlüssen** kommen. Im ländlichen Bereich, in dem es weitgehend konservative Mehrheiten gibt, sagen mir die konservativen Schulvorsteher und Schulverbandsvorsteher: Bleibt uns bloß weg mit dieser schwarzgelben Politik, wir wollen das, was ihr in der Großen Koalition eingeleitet habt! - Das hören wir überall im Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist relativ einfach, flächendeckend dafür zu sorgen, dass man entweder in acht Jahren auf dem Gymnasium zum Abitur kommen kann oder in neun Jahren auf Gemeinschaftsschulen oder auf berufsbildenden Schulen. Das ist flächendeckende Schulfreiheit in Schleswig-Holstein, die wiederhergestellt werden muss und die Sie konterkarieren.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

Was Sie Wahlfreiheit nennen, ist in Wirklichkeit keine.

(Anhaltende Unruhe)

Gerade in einer Situation, wo Sie immer behaupten - es ist ein bisschen mühselig, aber ich schaffe es, gegen die anzureden -, sie seien die wahren Haushaltskonsolidierer, ist es doch geradezu ein Vergehen an unserem Haushalt, so viel Geld hinauszuwerfen für diese Sackgassenmodelle wie Y oder G 9 an Gymnasien überall im Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Deswegen will ich Ihnen heute ein Geschenk machen, lieber Herr Minister Dr. Klug,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Lieber nicht!)

ein Geschenk, das von Herzen kommt.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zurufe - Christopher Vogt [FDP]: Sie haben ein Herz?)

Lieber Herr Klug, ich erinnere mich noch an die Zeit, als Sie Oppositionsabgeordneter gewesen sind und so darauf gehofft haben, dass Sie es einmal schaffen, von der anderen Seite aus Politik zu machen. Jetzt hatten Sie die Gelegenheit dazu, und da diese Gelegenheit bald endet, will ich Ihnen gern ein Versprechen machen, nämlich dass die SPD dafür sorgen wird, dass das, was Sie in dem Papier geschrieben haben, wenn das an die Öffentlichkeit kommt, **nicht der Diskontinuität** anheimfällt, sondern wir die Ansätze, die darin enthalten sind, soweit sie vernünftig sind, aufgreifen und nach dem 6. Mai umsetzen werden. Denn viele Dinge, die darin enthalten sind, sind richtig. Ich wünschte mir, die Kollegen könnten das lesen. Ich kann das jetzt nicht alles vorlesen, so weit geht meine Redezeit nicht. Dann würden Sie merken, dass vieles, worüber wir reden müssten, zum Beispiel beim Thema Ganztagsbetreuung, was dringend erforderlich ist, realisiert werden muss, beim Thema Sprachförderung, was dringend erforderlich ist,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Warum haben Sie das früher nicht alles schon gemacht?)

beim Thema Differenzierungsstunden, was dringend erforderlich ist.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU] und Anita Klahn [FDP]: Hätten Sie alles machen können in 17 Jahren!)

Wenn Sie mich fragen, wie man das finanzieren kann, dann ist zum Beispiel eine Antwort: Man kann das dadurch finanzieren, dass man die teuren Sackgassen beendet, die Sie geschaffen haben. Das ist ein Teil der Gegenfinanzierung dessen, was wir hier einsetzen werden und einsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: 20 Jahre!)

Ihr Selbstbewusstsein kann man daran sehen, dass Sie jede Ihrer Reden mit einem Hinweis auf die Zeit vor 2005 einleiten.

(Johannes Callsen [CDU] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist Ihnen unangenehm!)

Das zeigt das Selbstbewusstsein, wie viel Sie hier gearbeitet haben, dass Sie immer wieder mit diesen Versatzstücken kommen und das immer wieder hier vortragen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das mögen Sie wohl nicht gern haben! - Weitere Zurufe)

- Herr Kollege von Boetticher, Ihre Zwischenrufe finde ich immer besonders wunderbar; ich hoffe, die finden sich im Protokoll. - Das Schöne ist ja, hier im Saal können Sie natürlich lärmern und sich einreden, Sie fänden Zustimmung für Ihre Bildungspolitik.

(Johannes Callsen [CDU] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wer lärmt denn hier?)

Aber ich sage Ihnen: Die Bürgerinnen und Bürger sind viel klüger, und die werden eine Entscheidung treffen.

(Zurufe)

Die ist vermutlich deutlich näher an dem, was man heute in größeren Umfragen darüber lesen kann, wie im Augenblick das Stimmungsbild für den kleinen Koalitionspartner aussieht: Da ist der niedrigste Wert erhoben worden, der in der Bundesrepublik für diese Partei jemals erhoben worden ist. Ich wünsche Ihnen, dass Sie das noch verdoppeln können. Man ist ja großzügig. Mit dieser Art von Bildungspolitik führen Sie das Land rückwärts. Das wollen wir nicht.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Ich denke, Sie wollen übernehmen!)

Es geht um die Zukunft unseres Landes, es geht um Lebenschancen, und da sind die Menschen deutlich besser bedient mit den Konzepten, die wir haben, indem wir kein Kind mehr in Schleswig-Holstein zurücklassen, sondern alle so fördern, wie sie es verdienen, was Sie mit Ihrer Politik leider überhaupt nicht tun.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das haben Sie 21 Jahre nicht getan!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Als weiterer Redner hat sich der Kollege Henning Höppner gemeldet. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein paar Anmerkungen machen und ein bisschen Ihr Zeitgedächtnis in Anspruch nehmen. Morgen, am 28. Januar 2012, wird Ihr

(Dr. Henning Höppner)

Schulgesetz, das Sie hier verabschiedet haben, ein Jahr alt.

(Christopher Vogt [FDP]: Happy Birthday!)

- Happy Birthday! - Die Maßnahmen, die zu veranlassen oder möglich zu veranlassen waren nach dem **neuen Schulgesetz**, konnten etwa am 26. August 2011 einsetzen, also vor fünf Monaten. Die Jungen und Mädchen haben ja heute ihr Zeugnis bekommen, nach fünf Monaten im ersten Schulhalbjahr, die nächsten sieben Monate liegen vor ihnen. Es gibt überhaupt keine Statistik, die den Erfolg des Schulgesetzes von 2011 nachweist. Es gibt sie nicht, gar keine!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Den Misserfolg auch nicht!)

- Doch, doch!

(Lachen bei der FDP)

- Lieber Herr Kubicki, Ihr Kollege und Minister hat die Statistiken sehr stark in Anspruch genommen, nur die Statistiken, die er in Anspruch genommen hat, beruhen alle noch auf den Grundlagen des Gesetzes von 2007 und allen dazugehörigen Schulartverordnungen und ähnlichen Dingen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schulorganisatorisch haben wir erst seit fünf Monaten das, was Ihre Politik ausmacht, Herr Ministerpräsident, es ist so. Das trifft auch auf große Teile der **Personalzuweisung** zu. Sie sind in einer Zeit eingestiegen, in der ein Personalzuweisungsverfahren für das erste halbe Jahr Ihrer Regierung abgeschlossen war.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Nee, das mook ik nich so, dat is ein bisschen lehrerhaft, ich weiß. Entschuldigen Sie, Herr Ministerpräsident!

(Unruhe)

Gehen wir einmal auf die 7 % **Schulabbrecher** ein, die Sie als Erfolg gefeiert haben! - Die gehen zurück auf eine Statistik des Schuljahrs 2010/2011, und sie gehen auf Maßnahmen zurück, die im Schulgesetz von 2007 veranlasst worden sind.

Um es den Kollegen genau zu erklären: Wir haben vor 2007 eine **befristete Schulbesuchszeit** an unseren Schulen gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ein Schüler, eine Schülerin konnte maximal elf oder zwölf Jahre eine Schule besuchen. Hatte diese Schülerin oder dieser Schüler Klassenwiederholungen, so hieß es nach elf oder zwölf Jahren: Liebe Caroline, du hast die Schule zu verlassen mit dem erreichten Ziel der Klasse 7.

(Zurufe)

Es ist ein Erfolg - darauf sollten die Kolleginnen und Kollegen von der CDU genauso stolz sein -, dass wir dies abgeschafft haben,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

mit der **Einführung von flexiblen Ausgangsphasen** und einer Maßnahme, die Herr Dr. Klug in seiner Zeit als Oppositionspolitiker massiv bekämpft hat, nämlich mit der Tatsache, dass wir das **Sitzenbleiben** weitgehend abgeschafft haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Klug, wenn man sich hiermit schmückt, ist das nach meiner Auffassung nicht redlich.

(Zurufe)

Eine zweite Geschichte, für die Sie sich hier feiern: **Schulsozialarbeit**. Ich bin Mitglied einer Schulverbandsversammlung und Mitglied des Hauptausschusses. Ich habe am 30. November eine Nachricht bekommen, wir mögen bitte selber Konzepte entwickeln, wie wir uns Schulsozialarbeit bei den Schulträgern vorstellen. Es gibt keine Vorstellung dieser Landesregierung, wie Schulsozialarbeit in Schleswig-Holstein umzusetzen ist. Dafür kann man sich nicht feiern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Herr Minister, Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, **G 9** sei ein Erfolg. Was ist denn ein Erfolg? G 9 ist am 26. August letzten Jahres, also vor fünf Monaten, gestartet. Die Kinder haben gerade ihr Zeugnis am Ende des ersten Halbjahres der Orientierungsstufe bekommen. Wir haben fünf Monate Erfahrung mit G 9. Darüber kann man 2017 reden, wenn diese Schülerinnen und Schüler die Mittlere Reife machen, oder 2020, wenn sie zum Abitur gehen. Dann hat man Erfahrungen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Eltern haben doch keine Erfahrung, wie ein G-9-Schüler, der heute in der fünften Klasse ist, zu seinem Abitur kommt!

(Dr. Henning Höppner)

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich bin ein wenig traurig darüber - auch angesichts der Tatsache dessen, was Sie für sich hier heute in Anspruch nehmen -, dass Sie im Grunde versuchen, politisch Ihren Kopf zu retten, indem Sie sich mit fremden Federn schmücken. Das ist unredlich, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE hat der Kollege Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Es kann ja nicht jeder Bildungspolitiker sein. Ich bin kein Bildungspolitiker. Ich kenne mich nicht bis in die letzten Verästelungen aus. Das habe ich gemein mit vielen Millionen Menschen in Schleswig-Holstein, mit Frau Conrad zum Beispiel, aber auch mit anderen. Aber ich bin von Bildung betroffen, weil ich Vater bin von Kindern, die schon zur Schule oder noch zur Schule gehen, und Großvater von Enkelkindern, die bald zur Schule gehen. Als solcher bin ich in der Lage, zum Beispiel Zeitung zu lesen. Mir kommen dann in Anlehnung an Bert Brecht die „Fragen eines lesenden Familienvaters“.

Herr Minister, wie fühlt man sich denn, wenn man fast zweieinhalb Jahre immer in die Pfanne gehauen wird? Das war ja schon so weit, als die Umfrage veröffentlicht wurde: Der schlechteste Minister Schleswig-Holsteins ist der Bildungsminister. Alle haben auf Sie eingepregelt, sodass ich dann gesagt habe: Irgendwie müssen wir doch einmal mit dem Mann stimmen, das ist ja gefährlich. Man kann den doch nicht völlig fertig machen. Immer kriegen Sie von allen Seiten richtig Druck. Sie haben ja auch von uns Druck gekriegt. Ich will mich dafür nicht entschuldigen. Meistens haben Sie den ja zu Recht gekriegt.

Aber dann kommt plötzlich eine Situation: Sie haben eine Idee, und Sie werfen diese auf den Markt. Sie bringen diese in die Zeitungen, und plötzlich kommt in diesem Haus eine ganz große Gruppe und sagt: Mensch, da hat er doch etwas Gutes gemacht. Aber als Minister weiß er das vielleicht nicht so. Wir gießen das jetzt einmal in ein parlamentari-

sches Verfahren. Dank der Haushaltsexperten auf der linken Seite des Podiums kam dann plötzlich ein Antrag über einen Nachtragshaushalt. Ich bin auch kein Finanzpolitiker. Ich weiß nicht, wie subventioniert dieser Antrag ist, aber ich glaube, er ist ganz gut. Jetzt ist das, was Sie sich Richtiges ausgedacht haben, plötzlich mehrheitsfähig in diesem Haus. Denn - Kopfrechnen können wir, glaube ich, alle - wenn Sie den Abgeordneten Klug davon überzeugen können, dass er diesem Antrag zustimmt, dann haben Sie gut die Hälfte von dem, was Sie in Ihrem **Papier** gefordert haben, schon einmal durchgesetzt. Das ist ein schöner Erfolg für eine Einzelperson. Ich würde mich darüber freuen.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das muss man sehen: Der Minister hat für seine Vorstellung durchaus eine Mehrheit in diesem Haus.

Ich stelle mir aber auch andere Fragen, wenn ich diese Debatte als Vater und Großvater verfolge. Ich glaube, diese Fragen stellen Hunderttausende Menschen da draußen sich, wenn auf dieser Seite des Hauses immer so geklatscht wird, wenn auf die Versäumnisse sozialdemokratischer oder rot-grüner Bildungspolitik eingegangen wird. Sie sind ja immer so begeistert davon. Das schönste Beispiel war vorhin: Wir bilden immer noch Lehrer aus für Schularten, die es nicht mehr gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da waren Sie ganz begeistert, das abzustellen.

Ich frage mich: Wissen Sie eigentlich, dass Sie seit gut zweieinhalb Jahren a) die Mehrheit in diesem Hause haben und das jederzeit hätten abstellen können und b) der Minister, der für die Lehrerbildung zuständig ist, zwar im Moment nicht im Haus ist, aber immerhin Ihren Reihen angehört, auch wenn er kein Parlamentsmitglied ist? Da frage ich mich doch: Wenn das so schlimm ist und wenn Sie da immer so jubeln müssen, wenn ein sozialdemokratisches Versäumnis aufgeworfen wird, warum stellen Sie es denn nicht einfach ab? Ist es so kompliziert, dazu ein Gesetz zu schreiben?

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das sind die Fragen.

Dann müssen wir uns doch auch ernsthaft einmal fragen: Herr Klug, warum spielen Sie dieses Spiel denn noch mit? Sie sind doch in dieser Beziehung auf dem richtigen Weg. Dann sagen Sie doch: Jetzt

(Heinz-Werner Jezewski)

stehen wir dazu. Wenn Sie dann von Ihren eigenen Leuten angepflaumt werden, dann sagen Sie doch: Ich suche mir in diesem Land die Mehrheit. Diese ist doch da. So kompliziert ist das doch gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen begrüßt meine Fraktion sehr die **namentliche Abstimmung** über diesen Antrag, damit wir einmal sehen, ob wir mit dem Minister Klug und mit dem Abgeordneten Klug eine gespaltene Persönlichkeit in diesem Haus sitzen haben oder was wirklich in Ihren Reihen los ist.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, dass der Kollege Habeck und der Kollege Stegner so böse sind, wie sie es sind, ist ein Beleg dafür, dass die von Ihrer Fraktion, Herr Kollege Habeck, und vom SSW gestern auch schon so skizzierte Inszenierung der Vorführung des Ministers und der Koalition schlicht und ergreifend in den Saal geplumpst ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vorgeführt haben Sie momentan nur sich selbst.

Herr Kollege Dr. Stegner, bei allem Ernst: Ihre Sottisen, die Sie über Twitter und sonstwo verstreuen, kann ich ertragen. Aber die Art und Weise, wie Sie Kollegin Conrad heute hier skizziert haben, ist

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Unerhört!)

unerhört. Wenn Sie das mit den Abgeordneten Ihrer eigenen Fraktion machen, ist das auch schon schlimm genug, aber wenn Sie hier in den Saal hineinrufen: „Man weiß nicht, was besser ist, ob sie im Parlament bleibt oder auf die Kinder losgelassen wird“,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Unerhört!)

und damit die berufliche Qualifikation und Seriosität einer Abgeordneten infrage stellen, haben Sie jedes Recht auf einen fairen Wahlkampf verloren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich habe ja gesagt, ich kann das ab. Aber weil der Kollege Stegner sonst immer tränentiefend durch die Gegend läuft und mit hohen moralischen Ansprüchen an andere, vor allem auch an mich, versucht, hier Punkte zu machen, ist das relativ unverschämt gewesen.

(Beifall bei FDP und CDU)

In der Sache selbst verstehe ich die ganze Aufregung überhaupt nicht. Wenn hier Kollege Jezewski von gespaltenen Persönlichkeiten spricht, dann gehören dazu ja zwei Hälften, linke und rechte. Aber wenn Sie sagen, es kann aufgrund der Schulgesetzgebung in Schleswig-Holstein noch nichts bewirkt worden sein, dann können die Fehler, die Sie momentan anlasten, auch nicht durch diese Koalition bewirkt worden sein. Eines von beiden geht nur.

(Beifall bei der FDP)

Dann skizzieren Sie die Versäumnisse der Vergangenheit einer Bildungspolitik, die von Sozialdemokraten verantwortet worden ist, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der FDP)

Nun kommen wir doch einmal zu einem soliden Regierungshandeln, das Ihnen ja offensichtlich fremd ist, Herr Kollege Dr. Stegner. Das **Regierungshandeln** besteht darin, dass wir zunächst auch angesichts einer von uns gemeinsam vollzogenen Verfassungsänderung - Artikel 59 a unserer Landesverfassung - die **Schuldenbremse** bis zum Jahr 2020 in zehn gleichen Jahresraten umsetzen müssen. Vielleicht sollten Sie Herrn Albig einmal sagen, dass wir Artikel 59 a haben, sodass er jetzt nicht mehr Geld ausgeben kann, als er künftig sparen will, sondern wir müssen das jeweils in einem Haushaltsjahr abgelten. Das bedeutet, dass wir - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege - -

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, ich möchte diesen Satz bitte zu Ende führen.

(Zuruf: Was ist das für ein Ton?)

- Das ist der Ton, wenn ich einen Satz zu Ende führen möchte und es unüblich ist, mitten im Satz unterbrochen zu werden. - Das bedeutet, dass wir zunächst wegen dieser Vorgabe massiv auf die Bremse treten mussten, um zu dokumentieren, was Sie ja bestritten haben, dass es möglich ist, bis zum Jahr

(Wolfgang Kubicki)

2020 einen Haushalt zu fahren, der ohne Neuverschuldung auskommt. So mussten wir scharf auf die Bremse treten. Wir haben uns darauf verständigt, dass, wenn wir feststellen, dass wir Schritte erreichen können, die wir erreichen wollten, wir uns dann wieder zusammensetzen und schauen, wenn wir mehr Luft haben, für welche Maßnahmen wir dann wieder investieren wollen im Bereich Infrastruktur und Bildung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sind Sie in der Lage, Herr Kollege Kubicki, eine Zwischenfrage zuzulassen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich lasse gern eine Zwischenfrage zu, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Habersaat, Sie haben das Wort.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kubicki, haben Sie auch wahrgenommen, dass es heute ein Gerichtsverfahren um das Gymnasium in Wentorf gibt und dass es heute Streit vor Ort an diversen Gemeinschaftsschulen gibt, wo es um die Frage geht, wie es da weitergehen soll, und dass es an anderen Schulstandorten Unruhe gibt wegen Ihrer Schulgesetzänderung vom letzten Jahr?

(Christopher Vogt [FDP]: Die Leute wollen aber G 9 an Gymnasien!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Gemeindevertretung in Wentorf dem überwiegenden Willen der Bürgerinnen und Bürger, jedenfalls der Schüler und Eltern, nicht nachkommen will.

(Beifall bei der FDP)

Ich halte es für richtig, dass die Menschen ihr Recht im Zweifel auch vor Gericht erstreiten.

(Anita Klahn [FDP]: Bravo! Genau die richtige Antwort!)

Normales Regierungshandeln bedeutet schlicht und ergreifend, dass wir uns auf die zu bewältigenden Aufgaben vorbereiten. Wir haben uns nach einem **Beschluss des FDP-Parteitags** - wir wollen **300 Stellen** im System erhalten, woher auch immer die

Zahl kommt und wie auch immer das begründet sein mag - darauf verständigt, zwei Dinge zu prüfen:

Erstens. Wir haben den Bildungsminister gebeten, die Frage zu klären: **Wieviele Personal** brauchen wir wo, um bestimmte Maßnahmen umzusetzen im Vergleich zu dem, was wir momentan noch für vertretbar, aber nicht für optimal halten? Das heißt, wenn wir **Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** einrichten wollen: Wieviel Personal kostet das eigentlich, und wo kann dieses hergenommen werden? Wenn wir den **Unterrichtsausfall** bekämpfen wollen, wieviel Personal brauchen wir dafür, und wo kann es hergenommen werden? Erst danach, wenn Sie das zusammengetragen haben, können Sie entscheiden - unter der Maßgabe, der Finanzminister sagt uns, soundso viel Luft haben wir noch für zusätzliche Investitionen -, welche dieser Maßnahmen Sie prioritär umsetzen wollen.

Das ist keine Beschreibung eines Defizits, sondern eine Beschreibung der Möglichkeiten, was man machen kann, wenn man die **Schuldenbremse** intensiver und stärker einhält, als wir uns das vorgenommen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Denn die Koalition hat gleichzeitig erklärt: Wir wollen im Bereich Bildung und Infrastruktur auch wieder mehr tun, weil das die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum ist. Und ich gebe zu - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das habe ich eindeutig als Satzende gewertet. Deshalb frage ich Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Habeck zulassen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Dr. Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kubicki, wie bewerten Sie die Aussage des Ministerpräsidenten, die man in mehreren Zeitungen lesen konnte, es werde keinen Nachtragshaushalt geben, vor dem von Ihnen ausgeführten Hintergrund?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Die bewerte ich so, wie er sie gemeint hat. Es wird keinen Nachtragshaushalt geben. Auch wir haben erklärt - bereits im Dezember -, dass wir keinen Nachtragshaushalt aufstellen werden. Aber das ändert doch nichts daran, dass wir uns darauf einstellen müssen, was wir auf der Grundlage der Erklärung des Finanzministers - der Haushalt für die Jahre 2013/2014 steht unmittelbar bevor - prioritär an Maßnahmen dokumentieren wollen, die wir finanziell unterlegt umsetzen wollen. Das ist ganz normales Regierungshandeln.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage. Lassen Sie diese zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Habeck, Sie haben das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. Wie wollen Sie 300 oder 450 Lehrerstellen im Haushalt nachschießen, wenn es keinen Nachtragshaushalt gibt? Oder ist das schon die Vorbereitung für die nächste Regierung?

(Zuruf von der FDP: Das hat er gesagt!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Habeck, Sie können nun natürlich glauben, dass wir davon ausgehen, Sie gewinnen die Wahl, und deshalb stellen wir das Handeln ein. Wir gehen davon aus, dass wir zunächst noch einen Wahlkampf führen werden und danach erst die Menschen in diesem Land entscheiden werden. Wir werden dann am 6. Mai abends feststellen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind. Da wäre ich mir an Ihrer Stelle noch nicht ganz so sicher.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: - Oh, das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt „die nächste Regierung“!

- Ja, aber das Regierungshandeln bezieht sich doch nicht nur auf ein, zwei oder drei Monate. Das, was Sie momentan wollen, ist Inszenierung, ist Klamauk.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie wollen sich nicht mit einer sinnvollen Bildungspolitik beschäftigen, sondern Sie wollen eine Vorführung inszenieren. Das ist das Gegenteil von seriösem Handeln, von dem, was Sie hier immer einfordern.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU - Wortmeldung der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Erdmann, ich habe noch genug Zeit. Sie dürfen sich noch melden, aber ich möchte zunächst noch einen weiteren Gedanken zu Ende führen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das passt aber gerade so schön dazu!)

- Ja, das kann ich mir vorstellen, dass das schön dazu passt. Aber ich will nicht, dass das schön dazu passt, sondern ich möchte meinen Gedanken zu Ende führen,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

auch wenn ich wirklich glaube, dass Sie schön zu mir passen.

(Heiterkeit)

Ich darf noch einmal etwas anderes sagen: Dass bisher die Erörterungen im **Koalitionsausschuss** vertraulich waren und auch vertraulich sein sollen, halte ich für selbstverständlich. Das war bei keiner Koalition anders. Dass die erbetenen Papiere zunächst auch vertraulich sind und vertraulich bleiben sollen, war auch bei anderen Koalitionen nicht anders. Denn ansonsten kann man sich nicht sinnvoll über verschiedene Vorstellungen unterhalten. Wir erleben ja gerade, was passiert, wenn sie vorzeitig veröffentlicht werden.

Deshalb erlauben Sie mir doch einfach den Hinweis, dass es auch mich erstaunt hat. - Anders als Sie, reden wir bei uns auch relativ deutlich und relativ offen. Der Kollege Fürter hat ja in seinem Rundbrief mitgeteilt, das sei bei Ihnen nicht ganz so.

(Zurufe von FDP und CDU)

Es hat mich überrascht, dass, bevor ich ein Papier zur Kenntnis hatte, dpa berichtete, dass das Papier ihr vorliege. Das finde ich - sagen wir einmal - suboptimal. Der Kollege Klug und ich haben uns darüber unterhalten. Er hat versprochen, dass sich das so nicht unbedingt wiederholen sollte.

(Heiterkeit)

(Wolfgang Kubicki)

Ich kann auch meinen Koalitionspartner und den Ministerpräsidenten verstehen, dass er darüber nicht amüsiert war. Das ist so - wie gesagt -, weil man sinnvollerweise ein **Papier** zunächst zur Kenntnis nehmen muss, dann darüber reden muss, das diskutieren muss, um dann zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Seien Sie versichert, das werden wir schaffen. Die Inszenierung „Wir hauen die Koalition auseinander, wir führen sie vor, wir führen den Kollegen Klug vor und beleidigen ihn heute auch noch“, diese Inszenierung ist in den Saal geplumpst, und die Menschen draußen begreifen das auch - Frau Erdmann, und nun wäre ich dankbar für Ihre Zwischenfrage.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wunderbar, Herr Kubicki. Ich stelle mir nach Ihrer Rede die Frage, worauf sich die Schulen Ihrer Meinung nach einstellen sollten. Wenn ich Ihre Rede richtig verstanden habe, sagen Sie, das Planzuweisungsverfahren, das jetzt anläuft, geht davon aus, dass die 300 Stellen zum Sommer gestrichen werden.

- Zum nächsten Schuljahr. Darauf sollten sich die Schulen zunächst einstellen. Denn wir machen - wie gesagt - keinen Nachtragshaushalt, und auch die bis dahin - wie auch immer geartete - neue Regierung wird aller Voraussicht nach nicht einen entsprechenden Haushalt verabschieden können, der diese 300 Stellen bis zum nächsten Jahr wegnimmt.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay, danke!)

- Frau Erdmann, das ändert aber nichts daran, dass die **Planungen**, die wir haben - das wissen Sie doch auch -, auch was den **Personalschlüssel** angeht, von jetzt bis zum Jahr 2020 in jedem Einzelfall bei den Personalstellen unterlegt und im Stabilitätspakt vereinbart sind. Wenn wir da etwas ändern wollen, müssen wir die konkrete Finanzierung unterlegen, und dabei sind wir gerade.

Ich warne vor Schnellschüssen. Das wissen wir auch aus der Vergangenheit. Möglicherweise haben Sie dann das Problem - Frau Heinold wird Ihnen das gleich erklären -, wenn Sie mitregieren sollten - wann immer auch das sein mag -, erklären zu müssen, warum Sie das auch nicht anders regeln können, als wir das gegenwärtig machen. Deshalb hilft es - glaube ich - weder Ihnen noch uns, dass Sie hier einen Popanz aufbauen, den diejenigen, die nach dem 6. Mai 2012 regieren, dann wegräumen

müssen. Das sollte nicht zur Politikverdrossenheit beitragen, sondern dokumentieren, dass Politik seriös, planbar, verlässlich und über einen längeren Zeitraum gestaltet werden kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski. Lassen Sie die zu?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Vom Großvater, gern.

(Zuruf)

- Ich bin auch schon Großvater! Ich habe das auch nicht geglaubt.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Vielen Dank, Herr Kollege. Vielen Dank erst einmal für Ihre aufschlussreichen Äußerungen zur Arbeitsweise innerhalb des Koalitionsausschusses und zu den Indiskretionen, die da passieren. Das hätte man sich als normaler Mensch gar nicht vorstellen können.

- Das stimmt, ich mir auch nicht.

Meine Frage ist jetzt eigentlich: Teilen Sie die Schlussfolgerungen des Bildungsministers, die dieser in seinem Papier gezogen hat? Doppelfrage: Wenn nein, wen schlagen Sie denn zukünftig als Bildungsminister vor?

(Christopher Vogt [FDP]: Sie nicht! - Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Das beruhigt mich ja! - Christopher Vogt [FDP]: Frau Jansen vielleicht, aber Sie nicht! - Heiterkeit bei der FDP)

- Ja.

(Heiterkeit bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Jezewski, zunächst einmal teile ich die Schlussfolgerungen des Bildungsministers in seinem Papier, das ich - ich gebe das zu; die Sitzung des Koalitionsausschusses ist ja noch ein bisschen hin - wegen anderer Maßgaben noch nicht in seiner völligen Breite gelesen habe. Aber jedenfalls teile ich die Auffassung, dass wir ein bestimmtes **Personalangebot** zusätzlich brauchen werden, wenn wir **zusätzliche Leistungen** im System erbringen wollen. Diese Auffassung teile ich. Ich teile die Auffassung, dass Sie für eine **Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule**, wenn Sie sie neu ein-

(Wolfgang Kubicki)

richten wollen, zehn Planstellen brauchen. Ich teile die Auffassung, die er da geschildert hat, dass Sie, wenn Sie an den **berufsbildenden Schulen** etwas machen wollen, dafür auch mehr Personal brauchen. Welche Konsequenzen wir aus dieser Feststellung ziehen, darüber werden wir diskutieren. Das heißt übrigens nicht, dass er keine Oberstufen an Gemeinschaftsschulen will, sondern das heißt nur, wenn Sie eine einrichten wollen, brauchen Sie für jede Neueinrichtung zehn Planstellen. Sie müssen irgendwie erklären, wo Sie die herholen wollen. So einfach ist Latein.

(Zuruf von der CDU: Mathematik!)

Um einmal mit den Worten eines berühmten Chefredakteurs zu reden: Fakten, Fakten, Fakten ersparen vielfältige Spekulationen, die man dann zu Tatsachen umdeutet, um darauf aufzubauen, was wir bei der Opposition gerade erlebt haben. Fakten, Fakten, Fakten helfen uns und Ihnen weiter. Insofern, denke ich, werden wir das noch weiter diskutieren. Wir werden das in aller Ruhe und ohne Aufregung tun. Das Vorführen heute - ich sage es noch einmal - ist misslungen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg. Ich bin nicht böse. Ich habe mich gewundert, und wenn der Kollege Kubicki von Inszenierung spricht, ist das hier genauso: Wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, zeigen drei Finger den anderen Weg. Ich denke, wir sollten Inszenierungen lassen. Ansonsten habe ich zu Hause auch ein schönes Buch - der Trend zum Zweitbuch ist ja da -, in dem man sich mit Narzissmus in der Politik nach 1945 beschäftigt. Das ist sehr lehrreich, ich denke, ganz viele könnten sich angesprochen fühlen.

(Beifall der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU: Narzissmus!)

- Ja, man muss natürlich wissen, was Narzissmus ist. Das ist ganz klar.

(Unruhe)

Die Sache ist doch so, dass der Bildungsminister dieses Landes vor zwei Tagen der Presse ein Konzept gegeben hat. Wir haben das nicht angefordert,

weder wir vom SSW noch diejenigen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder der SPD. Keiner hat das angefordert. Dass man, wenn so ein Papier vorgelegt wird, sich darüber wundert und fragt, was will er eigentlich, was ist die Botschaft dieser Handlung, darüber kann man sich eigentlich nicht wirklich wundern. Vielleicht sollten wir das einmal festhalten.

Wenn aus der Presse erstens die Aufregung bei dem Koalitionspartner hervorgeht, kann ich das sehr gut verstehen. Menschlich gesehen verstehe ich das allemal, politisch gesehen natürlich auch. Auch die Aufregung der eigenen Koalition verstehe ich. Wenn das jemand von meiner Fraktion gewesen wäre, wäre ich auch sauer gewesen. Das ist ganz klar.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt liegt dieses **Papier** vor. Dann ist doch die Frage, wie man als Fraktion mit so einem Papier umgeht. Wir wären doch total unpolitisch, wenn wir nicht darauf reagiert hätten, wenn wir nicht gesagt hätten: Lieber Herr Minister, toll, dass endlich einmal eine Analyse vorliegt! Wir haben darauf gewartet!

Viele Diskussionen im **Bildungsausschuss** sind so gelaufen, dass herumgestochert worden ist und man keine richtige Antwort bekommen hat. Jetzt liegt eine gute **Analyse** vor. Mich hat vor allem diese Zahl fasziniert: **453**. Das ist keine runde Zahl, sondern genau ausgerechnet. Das fand ich total faszinierend. Darum sagen wir: Gut, da muss was dran sein. Das finden wir gut. Wir wollen das unterstützen. Das machen wir, ohne dass wir jetzt alle Einzelheiten kennen. Wir unterstützen das, weil wenigstens die Bildungspolitiker unter uns wissen, wie die Diskussionen im Bildungsausschuss seit Langem gelaufen sind. Das finden wir also gut.

Jetzt ist die Frage: Warum kommt dieser Bildungsminister gerade jetzt mit diesem Papier? - Sherlock Holmes hätte vielleicht eine Antwort geben können. Wir haben auch eine Antwort gefunden. Man kann natürlich sagen: Ist das jetzt Ausdruck dafür, dass dem Minister alles egal ist? Jetzt lange ich noch einmal ordentlich zu und gebe meinen Freunden in der FDP oder in der CDU noch einmal etwas, worüber sie sich auch ärgern können. Oder hat der Minister über sieben Ecken gedacht und hat gesagt, jetzt lege ich ein Papier vor, dann kann man sehen, dass ich noch etwas tue, dass ich handlungsfähig bin und mir Gedanken mache? Wir wollen dem Minister gern weiterhelfen. Wir finden es gut, wenn er sich Gedanken macht.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Jezuński [DIE LINKE])

Darum sagen wir: Das muss weitergehen. Wir brauchen ein transparentes Verfahren. In diesem Parlament ist das transparente Verfahren nun einmal ein **Nachtragshaushalt**, damit wir sehen können, woher die Mittel kommen sollen, damit wir auch miteinander diskutieren können, wo eventuell etwas gestrichen werden soll. Also, der Nachtragshaushalt ist notwendig. Er soll nicht kommen, ist uns gesagt worden.

Da fühle ich mich doch wieder an die alte Geschichte mit der Haushaltsstrukturkommission erinnert. Auch das war ja ein Zwitter. Das war nicht Regierungshandeln, das war nicht Fraktionshandeln, das war beides, von allem etwas und dann doch nichts Wirkliches. Wir haben jetzt gerade zu wissen gekriegt: Na ja, eigentlich sollte das Ganze im **Koalitionsausschuss** diskutiert werden. Gut, hätte man ja machen können. Dann hätte man das aber auch nicht zu veröffentlichen brauchen. Das ist eine Politikeinstellung, lieber Kollege Kubicki, mit der ich große Probleme habe.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man tut nämlich so, als sei das, was hier läuft, ein Privatladen, als könnte man das so fraktionsintern machen, als gäbe es die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, und dann gäbe es noch die anderen, und die kriegen dann mal ein bisschen hingeschmissen, und dann läuft nichts mehr. Das ärgert mich nun wirklich.

Jetzt bin ich wieder bei der Bildungspolitik; da will ich mich nicht weiter aufregen. Das kann man immer schön im Bildungsausschuss machen. Der Kollege Höppner hat natürlich auch recht, wenn er sagt: Hier wird ein Popanz aufgebaut. Hier geht man von einer **Statistik** aus, die viel älter ist als das jetzige Schulgesetz. Ich kann für uns nur feststellen: Das, was wir in Gesprächen mit Elternvertretern, mit Schülern, mit Kommunalpolitikern erleben, ist diese große Unruhe. Die Verunsicherung ist da, und auch die Irritation darüber, dass die Landesregierung nicht gewillt war, mit dem Schulgesetz weiterzuarbeiten, das nicht einmal zwei Jahre alt war, das nicht einmal evaluiert worden war und das eigentlich sehr gute Möglichkeiten enthält für eine Weiterentwicklung des Schulsystems in diesem Land. Das hat man nicht gewollt. Dass man das nicht gewollt hat, ist ideologisch bestimmt gewesen. Jedes Mal, wenn es im zuständigen Ausschuss darum gegangen ist, wie denn diese Punkte umge-

setzt werden sollen, hat es gehakt. Wir haben lange diskutiert über komische Verordnungen, über Sachen, die nicht geregelt worden sind. Man hat einen Beschluss gefasst, aber man hat keine drei Gedanken darüber verloren, wie denn die Umsetzung dieser Beschlüsse sein soll. Das ist doch die Sachlage. Da sollten Sie sich nicht hier hinstellen und so tun, als hätten Sie jetzt die große bildungspolitische Vision für Schleswig-Holstein erfunden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU erteile ich nunmehr der Frau Kollegin Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich nicht noch einmal zu Wort melden. Aber ich glaube, ein paar Dinge müssen hier noch richtiggestellt werden.

Herr Habeck - jetzt ist er gerade hinausgegangen -, von den Grünen ist ein mündlicher Bericht beantragt worden. Der mündliche Bericht ist gegeben worden. Mit den Antworten kann man zufrieden sein oder auch nicht.

(Zurufe)

- Mit den Antworten, die vom Herrn Minister durchaus gegeben worden sind. Er hat deutlich gemacht, welche Möglichkeiten er sieht, um die Schulen weiterzuentwickeln. Darüber werden wir auch im **Koalitionsausschuss** reden müssen. Es sind viele Sachen dabei, zu denen man sagen muss, darüber muss man reden. Dann muss man auch gucken, ob das möglich ist oder nicht. Das ist eine Frage, die er auch beantwortet hat; gar keine Frage.

Das andere ist allerdings die Frage, was an den Koalitionsausschuss versandt worden ist. Dazu muss ich sagen: Das ist parteiinterne Post, die gehört nicht hier ins Parlament. Das kann man nicht wirklich erwarten. Aber man kann erwarten, dass das, was beantragt worden ist, geschieht. Das ist der **mündliche Bericht**, und der ist hier gegeben worden.

Inzwischen ist es natürlich so - und das muss man auch zur Kenntnis nehmen -, dass dieser Brief auch an dpa gegangen ist. Insofern ist er aus meiner Sicht öffentlich, und damit steht auch einer Verum-

(Heike Franzen)

druckung eines solches Briefes überhaupt nichts mehr im Wege.

Das Zweite, was ich gern noch ansprechen möchte, ist: Herr Höppner, Sie haben das Thema **Schulsozialarbeit** angesprochen und haben bekrittelt, dass es kein Konzept gibt. Ich will gern mal sagen, dass ich das für absolut richtig halte, dass es kein Konzept gibt. Schulsozialarbeit muss sich an den Gegebenheiten der Schulen vor Ort orientieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben an den unterschiedlichen Schulstandorten die unterschiedlichsten Möglichkeiten. Da muss man gucken: Was habe ich für Schülerinnen und Schüler? Was habe ich dort für Probleme? Wie muss ich Schulsozialarbeit an diesen Orten organisieren? Da gibt es **unterschiedlichste Rahmenbedingungen**. Deswegen ist es auch richtig, dass das Ganze nicht reglementiert wird.

Ich will deutlich machen, warum das so richtig ist. Wir haben in der Großen Koalition gemeinsam gesagt, wir wollen mehr gebundene Ganztagschulen. Und wir haben gesagt, wir geben das Ganze in ein gefasstes Konzept an die Schulen. Das Konzept war so starr, dass die Schulen das nicht umgesetzt haben. Hätten wir denen an der Stelle mehr Luft gelassen, dann glaube ich, dass wir heute wesentlich mehr gebundene Ganztagschulen hier in Schleswig-Holstein hätten. Deswegen ist es richtig, nicht immer alles vorzugeben, sondern **Gestaltungsfreiheit** mit auf den Weg zu geben. Vertrauen wir doch unseren Kommunen und unseren Schulen vor Ort, wenn es darum geht, Schulsozialarbeit zu organisieren!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Spoorendonk?

Heike Franzen [CDU]:

Ja, die gestatte ich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Schönen Dank. - Frau Spoorendonk, Sie haben jetzt das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]: Ich habe eine Frage zur Schulsozialarbeit. Ich kann Ihnen sogar recht geben, wenn Sie sagen, das muss vor Ort angepasst werden. Aber ist Ihnen bekannt, dass es vielerorts nicht klappt, weil nur befristete Stellen ausgeschrieben werden

können und weil viele Kommunen dann sagen, jetzt warten wir erst einmal ab, was mit den Bundesmitteln geschieht?

Heike Franzen [CDU]:

Frau Spoorendonk, wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es zwei verschiedene Formen der **Finanzierung von Schulsozialarbeit** gibt. Die Finanzierung des Landes ist unabhängig von der Finanzierung des Bundes. Das **Land** hat Geld in die Hand genommen für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen. Das hat überhaupt nichts mit der Schulsozialarbeit zu tun, die von der **Bundesregierung** finanziert worden ist. Da gebe ich Ihnen aber in der Tat recht, und da teile ich die Kritik, und ich will an der Stelle sogar noch einen draufsetzen. Ich kritisiere auch, dass viele **Kommunen** ihre freiwilligen Aufgaben, die sie bisher aus eigenen Mitteln finanziert haben, eingestellt haben, anstatt die zusätzlichen Mittel zu nutzen, um zusätzliche Schulsozialarbeit auf den Weg zu bringen. Das müssen wir, glaube ich, an der Stelle auseinanderhalten. Ich habe mich auf das bezogen, was die Landesregierung in ihren Haushalt eingestellt hat. Das ist ein Vergabeverfahren. Ich glaube, wir werden in der nächsten Landtagstagung auch einen entsprechenden Bericht dazu bekommen, dann werden wir auch sehen, wie die Lage an den Schulen tatsächlich ist.

Ein Zweites: Lieber Kollege Höppner, Sie haben hier das **Abschaffen des Sitzensbleibens** gelobt und das als Erfolg angeführt. Ich will einmal deutlich sagen: Das hat nie stattgefunden. Das Abschaffen des Sitzensbleibens hat sich nie durch die Schulen gezogen, weil sie rechtzeitig die Notbremse gezogen haben. Man muss doch einmal deutlich sagen, was Sie angedacht haben: Sie sagen, die Kinder sind elf oder zwölf Jahre in den Schulen gewesen, um dann abzugehen. Das, was mit dem Abschaffen des Sitzensbleibens tatsächlich eingetreten wäre, ist: Sie wären zehn Jahre in den Schulen gewesen, da endet nämlich definitiv die **Schulbesuchspflicht**. Ich glaube, wir wären den Anforderungen dieser jungen Menschen nicht gerecht geworden, wenn wir komplett auf das Sitzenbleiben verzichtet hätten. Es gibt jetzt die Möglichkeit, auf Antrag der Eltern - -

(Zurufe)

- Aber selbstverständlich. Darüber können wir uns gern noch einmal unterhalten.

Wir können auch gern noch einmal in die entsprechenden Erlasse gucken. Es gibt jetzt die Möglichkeit - -

(Heike Franzen)

(Zurufe von der SPD)

- Ein halbes Jahr nach der Einführungsphase ist mit der Schulartverordnung die neue Grundlage gekommen. Das hat überhaupt nicht stattgefunden.

Ich will mich in die Reihe der Großeltern einreihen. Herr Jezewski - er ist nicht hier; schade - hat ange-mahnt, dass die Frage der **Lehrerausbildung** nicht geklärt ist. Herr Jezewski hat offensichtlich bei der Debatte hier im Landeshaus auch gefehlt. Es ist nämlich letztes vorgestellt worden,

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wie die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein - -

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollen ein Konzept machen!)

- Selbstverständlich ist das vorgestellt worden. Im Februar, also im nächsten Monat, wird die **Universität Flensburg** ein **Konzept** aufstellen, wie die Lehrerausbildung - -

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben Jahre geschlafen!)

- Wir orientieren uns nicht an den Schlafgewohnheiten von Herrn Andresen, sondern wir haben in den zwei Jahren gearbeitet,

(Beifall bei CDU und FDP)

um mit den Universitäten den Weg zu gehen, neue Konzepte zu entwickeln. Herr Andresen, man muss schon zur Kenntnis nehmen, dass Universitäten ihre Akkreditierungsverfahren nicht von heute auf morgen umstellen können und Konzepte entwickeln müssen. Das wird noch in dieser Legislaturperiode durch unseren Wissenschaftsminister auf den Weg gebracht. Wir haben das in dem Bericht deutlich gemacht. Es wird Grundschullehrer geben. Es wird Lehrkräfte für die Sekundarstufe I geben, für die Gymnasien, für die Sonderpädagogik, für die berufliche Bildung - angepasst an das Schulsystem hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Heike Franzen [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Andresen, Sie haben das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schönen Dank. Es ist ja nicht mehr selbstverständlich. - Ich frage Sie, was sich denn auf gesetzgeberischer Ebene oder aber auch qualitativ konkret seit 2007, also seit dem neuen Schulgesetz, insgesamt in der Regierungsverantwortung der CDU geändert hat in der Lehrerbildung. Welche Reformen wurden an den beiden Hochschulen vonseiten der Politik in Gang gesetzt?

Heike Franzen [CDU]:

Erstens, Herr Andresen: Das Zulassen von Zwischenfragen bleibt in der Verantwortung einer Abgeordneten. Lesen Sie bitte einmal unsere Geschäftsordnung!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich freue mich nur!)

Das kann man sicherlich nicht kritisieren.

Zweitens: Die Frage, die Sie gerade gestellt haben, hat ganz viel damit zu tun, dass wir **zugelassene Studiengänge** an den Universitäten hatten. Wir gehen jetzt diesen Weg. Das habe ich doch gerade gesagt. Noch in dieser Legislaturperiode wird dieser Weg gegangen. Ich will gar nicht bestreiten, dass das ein Versäumnis der letzten Legislaturperiode gewesen ist. Das bestreite ich überhaupt nicht. Aber es ist doch richtig, das jetzt anzugehen. Das früher auf den Weg zu bringen, ist leider mit dem damaligen Koalitionspartner nicht umsetzbar gewesen. Tut mir leid.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Ihr wolltet das nicht!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, lassen Sie eine weitere Frage zu? - Herr Andresen, Sie haben das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schönen Dank! - Verstehe ich das richtig, dass Sie - anders, als die Landesregierung in der Debatte zur Lehrerbildung gesagt hat - damit rechnen, dass es auf gesetzgeberischer Ebene noch in dieser Legislaturperiode zu Änderungen durch die schwarz-gelbe Koalition kommt? Oder sehen Sie es so, wie die Landesregierung es in der letzten Debatte zur Lehrerbildung dargestellt

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

hat, nämlich dass sich gesetzgeberisch nichts mehr ändern wird?

Heike Franzen [CDU]:

Sie wissen selber, dass diese Legislaturperiode nach der Wahl am 6. Mai bald endet. Sie kennen die Gesetzgebungsverfahren. Wir würden es zeitlich gar nicht umsetzen können.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also doch nicht!)

- Entschuldigung, Herr Andresen!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also doch nicht! Ja, okay!)

Das ist auch gar nicht notwendig, denn die Möglichkeiten des **Akkreditierungsverfahrens** müssen vorher angeschoben werden. Es muss erst einmal der Grundstein gelegt werden.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fünf Jahre!)

Dann werden wir in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam mit dem Koalitionspartner die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen auf den Weg bringen.

Eine letzte Anmerkung habe ich noch in Richtung der Kollegin Anke Spoorendonk. - Liebe Frau Spoorendonk, die Änderung des Schulgesetzes, die wir 2009 vorgenommen haben, hat etwas anderes gemacht, als Sie uns vorgeworfen haben. Wir haben keine ideologischen Phrasen aufgenommen, sondern wir haben sie aus dem Schulgesetz rausgeschmissen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir haben die Verantwortung für die **Unterrichtsversorgung** - -

(Zuruf von der SPD: Das Gesetz haben Sie selbst mit beschlossen!)

- Zu dem Gesetz, das wir selbst mit beschlossen haben! Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Stegner: Man muss auch zuerkennen, wo es Fehler in dem Gesetz gegeben hat. Der größte Fehler im Gesetz war, den Schulen vorzuschreiben, wie sie ihre **innere Ausgestaltung** vorzunehmen haben. Wir werden es mit mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu sehr viel mehr Qualität in unseren Schulen bringen

(Beifall bei CDU und FDP)

und zu einer größeren Zufriedenheit von Eltern, Lehrern und Schülern. Das ist der richtige Weg. Vertrauen Sie doch einmal unseren Lehrkräften und den Leuten vor Ort! Warum trauen Sie denen eigentlich nicht zu, eine richtige Entscheidung für Ihre Schule zu treffen?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das wünschen die sich. Gehen Sie einmal in die Schulen, die das durchaus begrüßen und sagen: Endlich haben wir diese Entscheidungsfreiheit, endlich können wir Unterricht so organisieren, wie wir das gern möchten.

Herr Dr. Stegner, ich bin mal sehr gespannt, wie Sie all den **Regionalschulen** erklären, dass Sie sie dichtmachen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In 17 Jahren im Parlament und in diesem Haus erlebt man einiges.

(Zuruf: Das stimmt!)

Zu den Mindestanforderungen einer Debatte gehört, dass man über die relevanten Informationen verfügt. Deshalb äußere ich als Abgeordneter die Erwartung, die relevanten Informationen und Unterlagen von der Regierung zu bekommen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was war denn das? Sensationell!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegen Ende so einer Debatte fragt man sich natürlich, worauf die einzelnen Debattenbeiträge denn fußen und wo die einzelnen „Fakten, Fakten, Fakten!“ - möchte ich jetzt einmal wie mein Fraktionsvorsitzender sagen - denn herkommen. Diese ominöse Zahl von **453** wurde häufig in den Mund genommen. Dankenswerterweise hat Herr Kollege

(Günther Hildebrand)

Stegner noch einmal nachgerechnet und ist auf **628** gekommen, wenn ich das richtig erinnere. Nur, die Zahl 453 - Sie sind offensichtlich im Besitz des Schreibens - -

(Unruhe - Zurufe von der SPD)

- Sie haben selber daraus zitiert, Herr Kollege. Ich kann nur feststellen - -

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Augenblick! Nun bleibt doch einmal ruhig! - Ich kann nur feststellen, dass in diesem **Papier** nirgendwo eine Zahl 453 auftaucht.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe gesagt: Es taucht überhaupt nicht die Zahl 453 auf. Es ist schon merkwürdig, dass Sie möglicherweise irgendwelche Zahlen aus irgendwelchen Pressemeldungen oder so ohne Weiteres übernehmen.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Hildebrand - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Kollege Hildebrand - -

Günther Hildebrand [FDP]:

Ein bisschen mehr Sorgfalt hätte ich mir schon gewünscht.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stegner, Sie haben vorhin direkt aus diesem Schreiben zitiert. Dann hätten Sie auch feststellen können, dass der Minister diese Zahl überhaupt nie ins Spiel gebracht hat.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie Zwischenfragen? Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

Günther Hildebrand [FDP]:

Einen kleinen Moment! Ich möchte den Satz zu Ende führen. - Deshalb so unkontrolliert dem Minister vorzuwerfen, dass er Grundregeln der Arithmetik oder so nicht beherrscht, da müssten Sie etwas vorsichtiger sein. - So, nun dürfen Sie Ihre Frage stellen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Stegner, Sie haben das Wort für eine Zwischenfrage.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Hildebrand, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Deswegen will ich zwei sehr freundliche Fragen an Sie richten. Zum Ersten: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich natürlich mitnichten weiß, ob es sich um das Papier handelt, das das Parlament nicht bekommen hat, und ob das autorisiert ist? Ich habe nur das Papier nehmen können, das mir vorliegt und den Namen von Herrn Dr. Klug trägt.

Zum Zweiten: Ist Ihnen die Methode bekannt, wenn Zahlen wie 80, 110, 17, 25, 35 in einer Seite als Folgerung steht und man das zusammenzählt - entweder im Kopf oder mit einem Rechenautomaten -, man am Ende zu einer Gesamtzahl kommen kann, und zwar mit relativ einfachen Methoden, auch als Nichtbildungsexperte, wenn man im Zahlenraum zwischen eins und 1.000 einigermaßen sicher zu Hause ist? Ist Ihnen bekannt, dass man so zu dieser Gesamtzahl kommen kann?

Günther Hildebrand [FDP]:

Ich denke, das ist der übliche Weg, wie man zu solchen Zahlen kommt.

(Lachen bei der SPD)

Sie haben eben durch die Aufzählung Ihrer Zahlen deutlich gemacht, dass Sie sehr wohl im Besitz des entsprechenden Papiers sind und offensichtlich aus Pressemeldungen Zahlen übernommen haben, die überhaupt nicht mit der Realität und dem Schreiben des Ministers im Einklang stehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Günther Hildebrand [FDP]:

Immer.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Darf ich das so verstehen, dass Sie eben gesagt haben, Herr Kollege Hildebrand, dass Sie mich autorisieren wollten, das mir vorliegende Papier zu veröffentlichen, damit die Kollegen nach-

(Günther Hildebrand)

rechnen können, ob ich richtig gerechnet habe?

- Wir können uns ja gleich beide noch einmal zusammensetzen und dies nachrechnen. Ich glaube, dass wir dann zum selben Ergebnis kommen, Herr Dr. Stegner.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dr. Habeck zu?

Günther Hildebrand [FDP]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Habeck, Sie haben das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Hildebrand, da Sie Fakten, Fakten, Fakten fordern, möchte ich Sie fragen, wie Sie es finden, dass die Presse, dpa und Teile des Hauses offensichtlich mehr wissen als das Parlament, während Sie hier einfordern, dass sich das Parlament auf Faktenbasis darüber austauscht, obwohl es die Fakten nicht zur Verfügung hat? Finden Sie das richtig?

Günther Hildebrand [FDP]:

Zunächst Folgendes: Es ist kein Papier gewesen, das der Minister an das Parlament verschickt hat,

(Zurufe von der SPD)

sondern - das haben wir gesagt - er hat das an den **Koalitionsausschuss** geschickt. Das ist doch das Üblichste, das passiert, wenn bestimmte Sachverhalte verhandelt werden. Hier ist es doch offensichtlich so, dass von irgendjemandem ein Rechenfehler begangen wurde. Aber dieser Fehler ist nicht durch den Minister entstanden, sondern wahrscheinlich irgendwo im Nirwana.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Eichstädt?

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe angesichts des Themas und angesichts der Zeit die

aufgeregten Gedanken und Wortwechsel. Aber um hier eine geordnete Debatte fortführen zu können, sollten wir uns vielleicht alle ein bisschen an die Regel halten und immer nur einen zur gleichen Zeit reden lassen. Das bin im Moment ich. Ich frage den Kollegen Hildebrand, ob er eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Eichstädt zulässt.

Günther Hildebrand [FDP]:

Ich lasse sie zu.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Eichstädt als Einziger das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Kollege Hildebrand, würden Sie meiner nachdrücklichen Forderung zustimmen, dass der Minister Klug, um diese ganze Situation noch einigermaßen zu retten, sein Papier umgehend dem Parlament zuleitet?

Günther Hildebrand [FDP]:

Das ist Sache des Ministers Klug, und zum anderen ist es Sache der Mitglieder des Koalitionsausschusses zu entscheiden, wie diese sich dazu stellen; denn diese haben das Papier ja noch gar nicht im Einzelnen beraten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Herrn Abgeordneten Eichstädt, Herr Kollege?

Günther Hildebrand [FDP]:

Bitte schön.

Peter Eichstädt [SPD]: Ich möchte meine Frage gern noch einmal stellen und Folgendes sagen: Ich habe nicht gefragt, ob der Minister das tun wird, sondern ich habe gefragt, ob Sie meiner Forderung zustimmen, um diese Situation hier im Parlament einer vernünftigen Lösung zuzuführen.

- Nein.

(Zuruf: Warum? - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie sich erst nachher damit auseinandersetzen! Das dauert doch vielleicht nur zehn Minuten!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN er-
teile ich nunmehr das Wort der Frau Kollegin Mo-
nika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was
bleibt nach dieser Debatte? Erstens. Wir stellen
fest, dass der Bildungsminister die Fragen nach den
Zahlen nicht beantwortet hat. Wir fragen in unse-
rem Berichtsantrag ja hier konkret danach.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Wir stellen zweitens fest, dass diesen Bericht der
Kollege Stegner übernommen hat, der uns differen-
ziert gesagt hat, was der Bildungsminister aufge-
schrieben hat. Es ist ja ganz erfreulich, dass uns zu-
mindest einer informiert.

Wir stellen drittens fest - und das finde ich schon
ziemlich interessant -, dass es überhaupt nicht mehr
um 450 Stellen geht, sondern es geht jetzt um
638 Stellen. Das ist eben noch einmal von dem Ab-
geordneten Hildebrand bestätigt worden. Er sagt ja,
der Kollege Stegner habe richtig gerechnet. Sein
Problem sei nur, dass dies nicht zu den 450 Stellen
passt. Das macht auch gar nichts; denn wir wissen
ja gar nicht, woher die 450 Stellen kommen. Also
reden wir inzwischen über 638 Stellen.

Somit wissen wir nach dem heutigen Tag, dass der
Bildungsminister dieses Landes - und der müsste ja
eigentlich informiert sein - davon ausgeht, dass die
Landesregierung plant, in dem **Haushaltssolidi-
erungskonzept** 638 Stellen zulasten der Bildung
zu streichen, die man gar nicht streichen dürfte,
wenn man die Bildungsqualität erreichen will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und der LINKEN)

Der Bildung im Land fehlen also anscheinend - so
die Rechnung des Bildungsministers - mehr als
600 Stellen für die **Bildungsqualität**.

Die CDU hat sehr klar gesagt, dass sie in keiner
Weise bereit ist, einem Nachtragshaushalt zuzu-
stimmen. Das heißt, unsere Schulen - und auch das
bleibt nach dem heutigen Tag festzuhalten - müssen
sich vorerst darauf einstellen, dass sie ab Sommer
weitere 300 Stellen verlieren. Das ist bitter, weil sie
schon im letzten Sommer 300 Stellen verloren ha-
ben. Da die Wahl im Mai ist, ist die Zeit danach na-
türlich sehr, sehr kurz. Trotzdem wird man handeln

müssen. Die Schulen werden durch diesen Wahlter-
min zum Spielball für Ihr Gezänk.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Dadurch dass sich die CDU weigert, einem Nach-
tragshaushalt zuzustimmen - in der FDP könnten
sich ja normalerweise gar nicht alle weigern, weil
sie das ja nun alle erkannt haben, oder Sie glauben
dem Bildungsminister nicht; ich weiß es nicht -,
verweigert sich die CDU der Notwendigkeit, die
Streichung von Stellen rückgängig zu machen.

Es geht also nicht um die Frage, ob es mehr Stellen
gibt, sondern es geht um die Frage, ob weitere
300 Stellen aus dem Bildungssystem herausgestri-
chen werden. Da sagt die CDU klipp und klar:
„Nein, das wollen wir nicht. Den Nachtragshaus-
halt, der die einzige Lösung wäre, wollen wir gleich
zum zweiten Mal ablehnen. Mit uns, der CDU, gibt
es keine Bildungsstellen.“ Das ist zumindest eine
klare Aussage und nicht so ein Herumgeeiere wie
bei der FDP. Aber in der Sache, meine Damen und
Herren von der CDU, ist es bitter für die Schulen
im Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Wenn ich die Debatte von heute zusammenfassen
darf, dann sage ich: Hahnenkampf statt Bildungs-
qualität, schwarz-gelbe Politik zulasten unserer
Kinder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich
schließe daher die Beratung und stelle zunächst
fest, dass der Berichtsantrag in der Drucksache
17/2156 Ziffer 1 durch die Berichterstattung der
Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

(Zuruf: Beinahe!)

Zu Ziffer 2 des Antrags in der Drucksache 17/2156
(neu) ist namentliche Abstimmung beantragt wor-
den. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsord-
nung muss eine namentliche Abstimmung stattfin-
den, wenn sie von 18 Abgeordneten verlangt wird.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerk-
samkeit. Wir sind im Abstimmungsverfahren. -
Sind Sie bereit, Herr Kollege? - Dann werden wir
jetzt fortfahren. Wer den Antrag auf namentliche

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Abstimmung unterstützen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich stelle fest, dass damit der Antrag auf namentliche Abstimmung das erforderliche Quorum erreicht hat. Ich bitte nun die beiden Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Antrag, Drucksache 17/2156 (neu), Nr. 2, haben 41 Abgeordnete zugestimmt, 47 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Antrag, Drucksache 17/2156 (neu), Nr. 2, ist damit abgelehnt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich verständigt und mir mitgeteilt, dass die Tagesordnungspunkte 40 und 55 auf die Februar-Tagung verschoben werden sollen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung eines Beteiligungs- und Kostenfolgeabschätzungsverfahrens nach Artikel 49 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (Konnexitätsausführungsgesetz - Konnexitäts-AusfG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/2150](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/2150 an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss zu überweisen. - Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/2151](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/2151 an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an

den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 A auf:

Landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/2119](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Da der Änderungsantrag Drucksache 17/2119 einen Berichts-antrag enthält, ist zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern vereinbart worden, diesen als selbstständig zu erklären und in der Sache abzustimmen. Ich sehe keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Das ist ein Berichts-antrag für die nächste Tagung. Wer dem Antrag Drucksache 17/2119 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/2167](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Antrag Drucksache 17/2167 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Europaausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Bürokratie und Verwaltungsaufwand in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 17/1758](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses
[Drucksache 17/1987](#)

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich erteile dem Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Detlef Buder, das Wort.

(Zurufe: Verweise auf die Vorlage! - Heiterkeit)

Detlef Buder [SPD]:

Es ist erstaunlich, wie man mit ganz kleinen Aktionen große Heiterkeit auslösen kann. - Ich verweise auf die Vorlage.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 17/1758 zur Kenntnis zu nehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 59 auf:

Illegale Drogen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/2137

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/2137, an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzei-

chen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Abstimmung über die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über die Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 17/2198

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 17/2198. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass kein Abgeordneter und keine Abgeordnete widerspricht. - Das ist so der Fall. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 17/2198 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und die interessante Debatte. Ich gebe bekannt, dass die nächste Tagung, die 25. Tagung des Landtags, am 22. Februar 2012 um 10 Uhr beginnt. Ich wünsche Ihnen allen ein gutes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:20 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
70. Sitzung am 27. Januar 2012
Defizite bei der Bildungsqualität abbauen
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2156
(Seite **6076** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	-
Dr. Christian von Boetticher	Nein	FDP	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	-	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	-
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Monika Heinold	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Heiner Rickers	Nein	Dr. Jörg Nickel	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	-
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	DIE LINKE	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
SPD		Ranka Prante	-
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	Ja	Björn Thoroe	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	SSW	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	-
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	-		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	88
Thomas Rother	Ja	davon	
Bernd Schröder	Ja	Jastimmen	41
Olaf Schulze	Ja	Neinstimmen	47
Marion Sellier	Ja	Enthaltungen	-